

Das gewerbliche Lehrlingswesen im Kanton Basel-Stadt

D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel,

vorgelegt von

Oswald Karli, von Basel.

Das gewerbliche Lehrlingswesen im Kanton Basel-Stadt

D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel,

vorgelegt von

Oswald Karli, von Basel.

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel auf Antrag der Herren Professoren
Dr. E. Salin und Dr. V. F. Wagner.

Basel, den 12. Mai 1947.

sign. Prof. Dr. V. F. Wagner
Dekan



Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	5
1. Teil: RECHTLICHE REGELUNG	7
1. Kapitel: Die Zeit vor der staatlichen Regelung des Lehrlingswesens	7
I. Die Verhältnisse im Handwerk, insbesondere im Lehrlingswesen, unter dem Einfluss der Zünfte	7
1. Das Handwerk	7
2. Das Lehrlingswesen	9
II. Die Folgen des Gesetzes über die Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke	11
III. Bestrebungen zur Förderung des Lehrlingswesens	13
1. Verbesserung der beruflichen Bildung	13
2. Bestrebungen zur Verbesserung des Lehrlingsschutzes	17
2. Kapitel: Das kantonale Lehrlingsgesetz vom 14. Juni 1906 und seine Durchführung	19
I. Vorarbeiten	19
II. Inhalt	20
III. Die Durchführung des Gesetzes	21
1. Die Schwierigkeiten der Durchführung	21
2. Das Obligatorium des Berufsschulbesuches und der Lehrab- schlussprüfungen für Lehrlinge und Lehtöchter der gewerb- lichen Berufe	24
3. Die Unterstellung der Fabriklehrlinge unter das kantonale Lehrlingsgesetz	25
4. Die Verordnungen über die Berufslehre	25
5. Das Obligatorium der kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen	28
3. Kapitel: Das Bundesgesetz über die berufliche Aus- bildung vom 26. Juni 1930 und seine Durch- führung	30
I. Vorarbeiten	30
II. Der Inhalt des Bundesgesetzes	31
III. Das Verhältnis des Bundesgesetzes zur damaligen Basel-Städti- schen Lehrlingsgesetzgebung	31
IV. Die Durchführung des Bundesgesetzes	33
4. Kapitel: Das kantonale Gesetz betr. das Lehrlings- wesen vom 13. Mai 1943	35
I. Notwendigkeit eines neuen kantonalen Gesetzes	35
II. Der Stand der Lehrlingsgesetzgebung nach Inkrafttreten des Ge- setzes vom 13. Mai 1943	36

2. Teil: BERUFSAUSBILDUNG	39
1. Kapitel: Die Berufsbildung der Lehrlinge und Lehrtöchter der gewerblichen Berufe	40
I. Die Meisterlehre	40
II. Die Lehrwerkstätten	42
1. Allgemeines	42
2. Geschichtliche Entwicklung	43
III. Die Berufsschulen	45
1. Allgemeines	45
2. Die Allgemeine Gewerbeschule	47
3. Die Frauenarbeitsschule	48
IV. Das Prüfungswesen	50
1. Die Zwischenprüfung	50
2. Die Lehrabschlussprüfung	51
V. Die Vorlehrkurse und die Vorklassen	51
1. Die Vorlehrkurse	51
2. Die Vorklassen	52
2. Kapitel: Gesamtarbeitsvertrag und Berufsbildung	53
I. Bestimmungen über das Lehrlingswesen	53
II. Berufliche Tüchtigkeit als Voraussetzung für die Vertragsfähigkeit	56
III. Besserstellung des gelernten Arbeiters	57
3. Teil: ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN PROBLEMATIK DES LEHRLINGSWESENS	59
1. Kapitel: Wonach richtet sich der Bedarf an Lehrlingen?	59
I. Der Bedarf der Wirtschaft	59
1. Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur	59
2. Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage	63
II. Der Einfluss der Bevölkerungsstruktur	68
III. Der Einfluss der psychologischen Faktoren	70
2. Kapitel: Der Lehrlingslohn	73
I. Geschichtlicher Rückblick	73
1. Das Lehrgeld	73
2. Der Lehrlingslohn	73
II. Heutige Situation	75
1. Unterschiedliche Beurteilung des Lohnanspruches	75
2. Hauptmerkmal: bescheidene Entschädigung der Lehrlinge	77
3. Niedere Löhne nach der Lehre	77
III. Notwendigkeit und Möglichkeiten der Besserstellung der Lehrlinge	79
1. Notwendigkeit	79
2. Möglichkeiten	80
a. Stärkere Progression der Lohnsätze	80
b. Richtlinien der Berufsverbände	81
c. Durch Gesamtarbeitsvertrag festgesetzte Mindestlöhne	82
d. Staatlich normierte Mindestlöhne	85

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Literaturverzeichnis

Einleitung

Langjährige Tätigkeit in Jugendorganisationen und Lehrtätigkeit an der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins weckte im Verfasser das Interesse, in einer wissenschaftlichen Arbeit das Lehrlingswesen einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. Es zeigte sich hierbei sogleich, dass neben allgemein wirtschaftlichen und juristischen auch soziale und politische Probleme zu behandeln wären. Von nicht geringerem Interesse erschien eine Darstellung der jüngsten Entwicklung wie sie zum heutigen Stand des Lehrlingswesens geführt hat.

Der Verfasser beschränkt sich darauf, das Lehrlingswesen des Kantons Basel-Stadt, wie es sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hat, darzustellen.

Die Arbeit will sich in weiterer Beschränkung nicht mit dem Berufsnachwuchs schlechthin, sondern nur mit demjenigen der gelernten Berufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und verwandter Wirtschaftszweige befassen, entsprechend dem Geltungsbereich des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung.¹⁾

Der Begriff "gewerblicher Lehrling" wird verwendet für die Lehrlinge jener Berufe, in welchen primär eine gewisse Handfertigkeit verlangt wird. Im einzelnen sind darunter nicht nur die Lehrlinge des Handwerks, sondern auch die der Industrie, des Gastgewerbes, des Reinigungsgewerbes, aber auch die technischen Lehrlinge, die Zeichnerlehrlinge und, wo nichts besonderes vermerkt, selbstverständlich stets auch die Lehrtöchter der betreffenden Berufe verstanden. Zu den "kaufmännischen Lehrlingen" gehören neben den eigentlichen Bürolehrlingen des Handels, des Gewerbes und der Industrie, der Verwaltungen und selbständigen Berufe auch die Verkäufer und die Buchhandlungsgehilfen.

Unter dem Begriff "Lehrlingswesen" möchte ich nach einer von Tanner²⁾ gegebenen Definition die Gesamtheit aller derjenigen Massnahmen des Staates und der Gesellschaft verstehen, welche eine planmässige Lehrlingsausbildung sichern sollen. Dazu gehören sowohl die Bestrebungen zur Hebung der beruflichen Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule, als auch alle Vorkehren, die zum körperlichen und seelischen Schutz des Lehrlings getroffen werden.

1) vgl. Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930 Art. 1 sowie die zugehörige Verordnung I vom 23. Dezember 1932 Art. 1. Eidgenössische Gesetzessammlung (Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen, im folgenden als AS zitiert) Bd. 46, S. 789 bzw. S. 808.

2) Tanner, Das Lehrlingswesen der Schweiz, Festschrift 25 Jahre Schweiz. Verband für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge (Zürich 1927) S. 248.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548827_0052

1. Teil: Rechtliche Regelung.

1. Kapitel: Die Zeit vor der staatlichen Regelung des Lehrlingswesens.

I. Die Verhältnisse im Handwerk, insbesondere im Lehrlingswesen, unter dem Einfluss der Zünfte.

1. Das Handwerk.

Die Zünfte und ihre Einrichtungen werden vielfach abschätzig beurteilt. Es ist dies bis zu einem gewissen Grad zu begreifen, sofern nur die letzten Jahrzehnte des zünftigen Handwerks ins Auge gefasst werden. Die Zünfte übten, nachdem das Handwerk einmal von einer fortgeschritteneren Produktionsweise konkurrenziert wurde, vielerorts einen hemmenden Einfluss auf das Wirtschaftsleben aus. Kleinlicher Konkurrenzneid und, in dessen Folge, Missbrauch der aufgestellten Zunftordnungen halfen mit, den Untergang des Zunftwesens herbeizuführen.

Andererseits darf nicht ausser acht gelassen werden, dass mit der Verdrängung der Zunftordnung durch die Gewerbefreiheit manche nützliche Einrichtung verschwunden ist und dass die zunftmässig geordnete Wirtschaft bis zuletzt noch auch ihre erheblichen Vorzüge aufgewiesen hat. Einer derselben ist darin zu finden, dass der Ausbildung der Lehrlinge und den Fragen des Berufsnachwuchses dauernd grosse Beachtung geschenkt worden ist.

Wenn wir die Geschichte der zünftigen Wirtschaft Basels betrachten, so fällt auf, wie ungewöhnlich lange sich die Zünfte hier haben halten können. Im Gegensatz zu Bern, das nach der Helvetik die Gewerbefreiheit beibehielt, und zu Zürich, das im Jahre 1837 zur Gewerbefreiheit überging, blieben die Zünfte in Basel teilweise bis zur Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 von ausschlaggebender Bedeutung für die Ordnung des handwerklichen Schaffens.

Nach der am Ende des 18. Jahrhunderts vollzogenen Auflockerung ist in Basel die alte Zunftordnung durch Dekret der Regierung vom 3. Dezember 1803 wieder hergestellt worden. Damit sank das Basler Gewerbewesen in seiner Organisation zum grössten Teil nochmals auf die Stufe zurück, die es bereits im 16. Jahrhundert erstiegen hatte.¹⁾ Doch zu wirklichem Leben liess sich die alte Ordnung nicht wiedererwecken. Schon im Verlauf der Zwanzigerjahre machte sich die fortschrittlichere Einstellung zum Wirtschaftsgeschehen wieder geltend. Damals wurden die Bestimmungen über die beschränkte Gesellenzahl und Lehrlingshaltung fallen gelassen.

Die Dreissigerwirren brachten nochmals einen Rückschlag, leiteten aber gleichzeitig eine Periode dauernder Auseinandersetzungen ein. Die Handwerker forderten von der Regierung nochmals die frühere straffe Durchführung der Zunftrechte. Gleichzeitig schlossen sie sich ängstlich

¹⁾ vgl. Camille Higy, Von der Zunftverfassung zur Gewerbefreiheit in Basel. (Diss. Basel 1919) S. 5.

gegen die Konkurrenten auf der Landschaft ab. Es war für Basels Wirtschaft eine wenig erfreuliche Zeit, erfüllt von kleinlichen Zänkereien, von Streitigkeiten, bei welchen der krämerhafte Geist der um ihre Existenz bangenden Handwerker deutlich zu Tage trat. Die Kraft, aus eigener Initiative eine Reorganisation des Gewerbewesens in die Wege zu leiten, besass das zünftige Handwerk nicht mehr.¹⁾

Es kam die neue Kantonsverfassung von 1847. In sie wurde nach langer Kämpfen ein § 11 aufgenommen, der bestimmte: "Die Einführung der Gewerbefreiheit ist der Gesetzgebung nicht gestattet. Aenderungen dermalen in Kraft bestehender Bestimmungen betreffend Schutz der zünftigen Handwerker oder neue Verfügungen dieser Art können nur durch den Grossen Rat getroffen werden."²⁾ Noch einmal hatten die Zünfte eine Gnadenfrist erhalten, während welcher sie sich mit den immer ungestümer werdenden Forderungen auf Einführung der Gewerbefreiheit auseinandersetzen konnten.

Auch die ein Jahr später in Kraft tretende Bundesverfassung konnte das Zunftwesen nicht vollständig beseitigen. Die Trennung der Gewerbe, die innere Organisation der Zünfte, die Vorschriften über die Lehrlingshaltung wurden durch sie nicht berührt.

Wie schwach die Stellung der "Zünftigen" im Handwerkerstand Basels aber schon geworden war, zeigt die Entwicklung der nächsten Jahre. In der Vorarbeit für das "Gesetz betr. Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke" kam ein gründlicher Meinungsumschwung zum Ausdruck. Die Regierung war durch einen Anzug eingeladen worden, "ein Gesetz vorzuschlagen, welches hiesigen Bürgern und Niedergelassenen erlaubt, solche Handwerksgegenstände ungehindert verfertigen zu dürfen, welche aus andern Kantonen frei eingeführt werden können".³⁾ Sie fasste aber ihre Aufgabe weiter, da sie den Moment als gekommen erachtete, um eine allgemeine Reform im Handwerk in die Wege zu leiten. Sie bekam hierin Recht. Am 3. April 1855 wurde das Gesetz nach Ueberwindung einer nur geringen Opposition angenommen. In den §§ 1 und 2 enthält das Gesetz Schutzbestimmungen für das zünftige Handwerk, die auch fernerhin einen, wenn auch stark abgeschwächten, Handwerkszwang beibehielten. Mit dem § 3 indessen wurde die Erlangung des Meisterrechts nicht mehr von peinlich erfüllter Lehr-, Wander- und Gesellenzeit abhängig gemacht, sondern lediglich vom Nachweis der erreichten Majorennität, der Erlernung und der Befähigung zum selbständigen Betriebe des Handwerks. Die §§ 4 - 7 enthielten Bestimmungen, die vom bisherigen Zunftwesen nicht mehr viel übrig liessen. So wurden im § 4 die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge und Gesellen fallen gelassen, sowie die Gestaltung ihres Verhältnisses zum Meister ganz dem freien Vertrag anheimgestellt. Die §§ 5 - 7 hoben die bisherige produktionslähmende Arbeitsteilung unter den Gewerben auf und gestatteten den Handel mit Handwerkserzeugnissen.

Beim Erlass dieses Gesetzes war man immer noch an den die Gewerbefreiheit nicht zulassenden § 11 der Basel-Städtischen Kantonsverfassung gebunden. Der Betrieb eines zünftigen Handwerks blieb weiterhin an die Erfüllung der Bedingungen des betreffenden Meisterrechts geknüpft. Durch das neue Gesetz sollte diesen Handwerkern erst Gelegenheit geboten werden, sich allmählich an eine freie Ordnung zu gewöhnen und sich auf die früher oder später eintretende Zeit vorzubereiten, wo sie der Stütze von Zunfteinrichtungen entbehren müssten.⁴⁾

1) vgl. Higy, S. 7.

2) Sammlung der Gesetze und Beschlüsse für den Kanton Basel-Stadt Bd. 5, S. 16. Wird im folgenden als Ges. Sig. BS zitiert.

3) eingereicht am 29. November 1853.

4) Ratschlag und Gesetzesentwurf betr. Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke, März 1855; Handel und Gewerbe Y 5, National-Zeitung vom 2. April 1855.

Schon drei Jahre später, anlässlich der Verfassungsrevision vom 28. Februar 1858, wurde der durch die Verhältnisse überholte § 11 aus der Verfassung entfernt.

Im Jahre 1860 wurde zum Gesetz von 1855 eine Ausführungsverordnung erlassen.¹⁾ Sie stellte es jedem zünftigen Handwerk frei, aus seiner Mitte diejenigen Meister zu bestimmen, welche die Ausweise über die absolvierte Berufslehre zu prüfen hatten, vom Bewerber ein Meisterstück anfertigen lassen und ihn eventuell auch einem mündlichen Examen unterziehen konnten.

Sowohl das Gesetz von 1855 und die zugehörige Verordnung, als auch alle früheren mit dem Art. 31 der neuen Bundesverfassung in Widerspruch stehenden Erlasse wurden 1874 durch die Bundesverfassungsrevision ausser Kraft gesetzt. Erst in diesem Moment verloren die Basler Zünfte ihren letzten wirtschaftlichen Einfluss.

2. Das Lehrlingswesen.

In den ersten Jahren nach dem Erlass des obenerwähnten Dekretes vom 3. Dezember 1803 wurden die Handwerksartikel revidiert und dem Kleinen Rat zur Ratifikation vorgelegt. Sie weisen eine Reihe von Bestimmungen über das Lehrlingswesen auf, die wir beinahe unverändert in vielen späteren Handwerksordnungen wieder finden. So regeln die Handwerksartikel des Jahres 1804 der Schneiderzunft²⁾ u. a., dass der Lehrling bei der Zunft unter Vorlegung des mit den Eltern abgeschlossenen Lehrvertrages vom Meister angemeldet werden muss, und dass die Lehrzeit drei Jahre zu dauern hat. Streitigkeiten zwischen Lehrling und Meister werden von den Zunftvorgesetzten geschlichtet. Nach abgeschlossener Lehrzeit muss sich der junge Handwerker mindestens drei Jahre als Geselle betätigen. Die Anzahl der Lehrlinge ist nicht ausdrücklich beschränkt.

Diese Ordnung treffen wir wiederum in den Handwerksartikeln vom Jahre 1846. Neu aufgenommen wurde lediglich die Bestimmung, dass kein Meister befugt sei, mehr als einen Lehrjungen zu halten.

Aus der Vielzahl der Handwerke seien weiter die Handwerksartikel der Spengler, Metzger und Bäcker herausgegriffen. Auch sie weisen innerhalb dieses Zeitabschnittes in der Regelung des Lehrlingsverhältnisses eine gewisse Konstanz auf. Aufgehoben wurde bei allen diesen Handwerken nur die Bestimmung, dass der Meister erst nach zwei- bis dreijährigem Unterbruch wieder berechtigt ist, einen neuen Lehrjungen einzustellen. An ihre Stelle trat das Verbot, mehr als einen Lehrling zu gleicher Zeit zu halten. Für die weitere Ausbildung wurde noch in der Mitte des Jahrhunderts in vielen Berufen eine mehr oder weniger genau festgelegte Wander- oder Gesellenzeit verlangt, während welcher sich der junge Handwerker im Beruf vervollkommen musste.

Zur gleichen Zeit war es nur demjenigen möglich, das Meisterrecht eines Handwerks zu erlangen, welcher sich über die Befähigung zur Ausübung des Berufes genügend ausweisen konnte, die notwendigen Lehr- und Wanderjahre hinter sich hatte und eine meist sehr hohe Aufnahmegebühr in die Zunftkasse bezahlte. In verschiedenen Berufen wurde ferner nach altem Brauch die Anfertigung eines Meisterstückes gefordert. Es mag aber auffallen, dass nach abgeschlossener Lehrzeit keine Lehrabschlussprüfung verlangt wurde. Diese Institution wurde erst im Zuge der Reformen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Basel eingeführt.

1) Verordnung über das Meisterrrecht vom 19. Mai 1860, Ges. Slg. BS Bd. 15, S. 55 ff.

2) Sammlung der Handwerksartikel der Stadt 19. Jahrhundert, Handel und Gewerbe Y 3.

Das Fehlen eines bestimmten Lehrplanes, über dessen Erfüllung oder Nichterfüllung sich Meister und Lehrling am Schluss der Lehre durch eine öffentliche Prüfung hätten Rechenschaft geben können, war wohl mit ein Grund, dass es zu gewissen Misständen in der Lehrlingshaltung kommen musste. Es ist vielleicht bezeichnend, dass im Verlaufe der leidenschaftlichen Diskussion um das Basler Handwerk anlässlich der Vorberatung der Verfassungsrevision in den Jahren vor 1847 den Handwerksmeistern vor allem ungenügende Berufsbildung und auch mangelnde Aufgeschlossenheit zur Last gelegt wurden. Die Mehrzahl der Handwerker wollte nicht einsehen, dass die von ihnen angewandte Produktionsweise, insbesondere aber die unrationelle Arbeitsteilung sowie die Beschränkung des Handels mit Handwerkserzeugnissen, einfach nicht mehr tragbar waren. So war 10 Jahre zuvor die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützligen gezwungen gewesen, ihre "Sonntagsschule für junge Handwerker" nach 9 jähriger Tätigkeit eingehen zu lassen, da die Handwerksmeister zu wenig Interesse dafür aufgebracht und ihren Lehrlingen den Besuch dieser Schule nicht ermöglicht hatten.

Auch ein neuerer Vorstoss der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützligen zur Errichtung einer Fortbildungsschule für Handwerkslehrlinge blieb unbeachtet.¹⁾ Die Vermutung liegt nahe, dass die Handwerker ihre Lehrlinge vor allem als billige Arbeitskräfte ausnützten und deren beruflicher Ausbildung nicht die nötige Beachtung schenkten. Niemand verlangte am Ende der langen Lehrzeit vom Meister über den Ausbildungsstand des Lehrlings Rechenschaft; dem angehenden Gesellen wurde ein Lehrbrief überreicht, welcher bestätigte, dass er die vorgeschriebene Lehrzeit ordnungsgemäss absolviert habe. Damit konnte er sich auf die Wanderschaft begeben und sich als Geselle betätigen. Lücken in seiner Berufsausbildung musste er nun während seiner Gesellenzeit ausfüllen. Häufig waren die Klagen darüber, dass der Lehrling vor allem im ersten Lehrjahr vom Meister zu Arbeiten herangezogen würde, die normalerweise ein Dienstbote zu erledigen hätte, und es wurde deshalb verständlicherweise eine Verkürzung der Lehrzeit gefordert, mit der Absicht, diesem Uebelstand dadurch abzuhelpen.²⁾

Fassen wir zusammen:

Um die Mitte des Jahrhunderts, vor Erlass des Gesetzes über die Aenderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke, war die Lage im Lehrlingswesen folgende:

Verhältnis zwischen Lehrling und Lehrmeister: es besteht ein schriftlicher Lehrvertrag; das Lehrverhältnis ist zudem bei der Zunft angemeldet. Ob Kost und Logis geboten wird, ob Lehrgeld zu zahlen ist, wird je nach Berufstradition verschieden gehandhabt. Durch ein gemeinsames Interesse am Berufsstand fühlen sich Meister und Lehrling weitgehend verbunden; patriarchalische Ordnung herrscht vor.

Berufsbildung: die Dauer der Lehrzeit in den einzelnen Berufen entspricht ungefähr den heutigen Normen, doch wurden die Lehrlinge zu vielen Arbeiten herangezogen, die ausserhalb ihres Berufes lagen. Es herrscht deshalb die Meinung vor, die Lehrzeit könne wesentlich verkürzt

1) W. Schmidlin: Ergebnisse der Beratungen der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützligen über die Fortbildung der Handwerker (Basel 1848).

2) Ratschlag und Gesetzesentwurf betr. Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke, März 1855.

werden, wenn die Meister sich ernsthafter an ihre Pflicht halten. Der Lehrling ist am Schluss seiner Berufslehre ungenügend ausgebildet; einen grossen Teil seiner beruflichen Ausbildung musste er sich während seiner Gesellenzeit aneignen. Lehrlingsprüfungen kennt man nicht.

Allgemeine Bestimmungen: der Lehrmeister ist meist nur befugt, einen einzigen Lehrlingen zur gleichen Zeit zu halten.

So standen die Dinge, als das mehrfach erwähnte Gesetz von 1855 in Kraft trat. Die Haupterrungenschaften des neuen Gesetzes sollten nicht auf dem Gebiet des Lehrlingswesens liegen, sondern bestanden vor allem in der Aufhebung der produktionshindernden Arbeitsteilung und in der Freigabe des Handels mit Handwerkserzeugnissen. Deshalb war das Gesetz von 1855 nicht dazu angetan, die Zustände im Lehrlingswesen auch nur im geringsten zu verbessern. Im Gegenteil, die Bestimmung des § 4, wonach das Lehrverhältnis dem freien Vertrag anheimgestellt und die Beschränkungen in bezug auf die Annahme von Lehrlingen aufgehoben sind, war der Anfang einer Entwicklung, die zu sehr misslichen Zuständen im handwerklichen Lehrlingswesen führte: der Lehrling wurde schutzlos der Willkür des Meisters ausgeliefert. Dies zu einer Zeit, wo in andern Kantonen bereits gesetzliche Bestimmungen über das Lehrlingswesen geschaffen waren, wie in St.Gallen, Zürich und Bern. Weitere auch das Lehrverhältnis regelnde Gewerbe-gesetze standen in den Kantonen Baselland und Schaffhausen in Ausarbeitung.¹⁾

Es hat in Basel Kreise gegeben, die gegenüber der vorgesehenen Regelung ihre Bedenken anmeldeten. In einer Eingabe an den Grossen Rat gab der damalige "Handwerker- und Gewerbeverein" seinen Befürchtungen Ausdruck, dass durch die beabsichtigte Neuordnung der Lehrungsverhältnisse dem gesamten Handwerkerstand grosse Schwierigkeiten entstehen könnten.²⁾

Wir werden uns im nächsten Abschnitt mit den Zuständen befassen, die sich als direkte Folge des Gesetzes von 1855 ergeben haben, und werden dabei feststellen, dass die Befürchtungen des Handwerker- und Gewerbevereins nicht grundlos gewesen sind.

II. Die Folgen des Gesetzes über die Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke.

Nach dem Zustandekommen der Verfassungsrevision von 1847 und des Gesetzes von 1855 galt es, die neue Ordnung praktisch zu verwirklichen. Die Diskussion um das Basler Handwerk und die Lehrlingsfrage im besonderen verstummte. Andere wichtige Probleme wie der Bahnbau, der Kampf gegen die Misstände in der Altstadt, die Abtragung der Stadtmauern u.s.w. traten in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Immerhin lassen uns vereinzelte Pressestimmen vermuten, dass die vom Gewerbe an die neuen Gesetze geknüpften Hoffnungen sich nicht voll erfüllten. So lesen wir die Klage, dass auswärtige Arbeiter in Basel mehr Erfolg hätten als einheimi-

1) Gewerbliche Enquête, III. Teil, betreffend die Gewerbe-gesetzgebung in der Schweiz, bearbeitet von F. Göttisheim. (Basel 1883).

2) Vorstellung des Handwerker- und Gewerbevereins an den Grossen Rat vom 30. März 1855, Handel und Gewerbe Y 5.

sche, und als Grund wird geltend gemacht, dass immer weniger begabte Jünglinge sich einer Handwerkslehre zuwendeten. Der Schreiber des betreffenden Artikels schliesst mit dem Aufruf: "Darum ihr Väter und Mütter, seid weniger eitel, lasst eure Söhne ein Handwerk erlernen, und zwar die tüchtigen Söhne".¹⁾ Andererseits wird den Handwerksmeistern etwa der Vorwurf gemacht, sie seien für ihre eigene Bildung wie auch für diejenige ihrer Lehrlinge zu wenig besorgt.²⁾

Wenn diese Verhältnisse näher untersucht werden, ist festzustellen, dass die Lockerung der gesetzlichen Zügel zu rasch vorgenommen worden war und dass das Handwerk auf die neue Freiheit ungenügend vorbereitet war. Das alte Zunftwesen wies gerade in bezug auf die Lehrlingsausbildung immer noch Ordnungen und Vorschriften auf, deren Auswirkungen für die Heranbildung tüchtiger Handwerker weiterhin noch nur günstig gewesen wären. Nun war das Lehrlingswesen plötzlich vom Gewerbe als solchem überhaupt losgelöst, die traditionelle Organisation aufgehoben und die Regelung der Lehrverhältnisse zu einer reinen Privatangelegenheit zwischen Meister und Lehrling geworden. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Lehrmeister und Lehrjunge schwand mehr und mehr, und der Lehrling wurde in die Stellung eines jugendlichen Arbeiters zurückgedrängt. Die Folge waren bei den Lehrlingen Lehrvertragsbrüche am laufenden Band, bei den Meistern vielfach die Neigung, die Lehrlinge nach Strich und Faden auszunützen. Der Lehrling wiederum, der vorzeitig der Lehre entliefe, betätigte sich alsdann als ungenügend ausgebildeter Arbeiter und musste sich mit einem geringen Lohn zufrieden geben. Auch die Eltern blieben nicht ohne Schuld, indem sie ihre Knaben nach beendeter Schulpflicht möglichst nur in eine solche Lehrstelle zu plazieren suchten, in welcher der Lehrling von Anfang an eine Entschädigung zugesichert erhielt.

Mit dem Meister war auch der Lehrling frei geworden, frei aber im Sinne einer Vogelfreiheit. So wurde er sehr bald eigentlich fürsorgebedürftig. Vorderhand aber befassten sich weder irgendwelche Berufsorganisationen, noch der Staat mit dem Lehrling. Alles war der Sorge und dem Gutdünken der Einzelnen überlassen.³⁾

Ich gestatte mir, an dieser Stelle einen Zweifel zu äussern an der Darstellung der damaligen Verhältnisse im Lehrlingswesen, wie sie Frau- enfelder in seiner "Geschichte der gewerblichen Berufsbildung der Schweiz" (Luzern 1938) gibt. Er führt aus, dass die Schweiz seit der Bundesverfassung von 1874 tatsächlich Gewerbefreiheit besass, dass mit dem Abbau der Zünfte das Gute, das sie für die Ausbildung des jungen Handwerkers leisteten, verschwand, und schreibt dann wörtlich: "Bald erstanden Gewerbevereine, so 1879 der Schweiz. Gewerbeverein. Schon 1880 begann er, in Basel Lehrlingsprüfungen durchzuführen, die durch seine Sektionen bald in der ganzen Schweiz aufgenommen wurden. Die Uebergangszeit, während der die Ausbildung der Lehrlinge nicht allgemein gefördert wurde, dauerte also nur von 1874 bis 1880."⁴⁾ Abgesehen davon, dass schon im Jahre 1877 in Basel Lehrlingsprüfungen, allerdings durch den Basler Gewerbeverein durchgeführt worden sind, ist die Richtigkeit der Behauptung, die Uebergangszeit habe nur von 1874 bis 1880 gedauert, sehr zu bezweifeln. Wäre dies nämlich zutreffend, so hätte es kein Lehrlingsproblem in dem Umfang

1) "Schweiz. Volksfreund" vom 29. Mai 1861.

2) "Schweiz. Volksfreund" vom 24. Dezember 1863.

3) vgl. auch Jahresberichte des Basler Gewerbevereins 1867 ff, ferner: Gutachten und Verhandlungen über das Lehrlingswesen in Deutschland (in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 10, 11 Leipzig 1875).

4) S. 16.

gegeben, wie es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts tatsächlich bestanden hat. Ich kann mir nicht vorstellen, aus welchem Grunde somit seit der Jahrhundertmitte alle die vielen Broschüren geschrieben worden waren, die die Hauptursache für das Darniederliegen des Handwerks immer wieder in der mangelhaften Ausbildung der Lehrlinge und in den im ganzen Lehrlingswesen herrschenden chaotischen Zuständen gesucht haben. Die falsche Ansicht, das Lehrlingswesen sei bis zum Jahre 1874 in der von den Zünften gewohnten Straffheit weitergeführt worden, mag daher rühren, dass Frauenfelder seinen Blick auf die 1874 erfolgte de iure-Auflösung der Zünfte gerichtet und das tatsächlich entscheidende Gesetz über die Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke entweder übersehen oder in seiner Bedeutung nicht genügend gewürdigt hat.

III. Bestrebungen zur Förderung des Lehrlingswesens.

1. Verbesserung der beruflichen Bildung.

a. Die Lehrlingsprämierung.

Es fehlte im Basler Handwerk und Gewerbe nicht an einsichtigen Köpfen, welche die herrschenden Misstände klar erkannten und sich für eine Besserung der bestehenden Zustände einsetzten.

Im Jahre 1867 wurde der damals bestehende Handwerker- und Gewerbeverein, der aus dem im Jahre 1834 gegründeten Handwerkerverein hervorgegangen war und in der Hauptsache aus Handwerksmeistern bestand, in den Basler Gewerbeverein umgewandelt. Seine Mitglieder rekrutierten sich fortan aus Industrie, Gewerbe und Handwerk.

Der Gewerbeverein machte sich von Anfang an zur Aufgabe, das Lehrlingswesen zu reformieren, in klarer Erkenntnis der Tatsache, dass alle Bestrebungen zur Hebung von Handwerk und Gewerbe beim Lehrlingswesen ansetzen müssten. Nur war er sich über die Art des Vorgehens nicht klar. Die nächstliegende Lösung wäre die Gründung einer Handwerker- und Kunstgewerbeschule gewesen. Da aber von den Behörden bereits das Projekt einer Umgestaltung der bestehenden Zeichnungs- und Modellerschule in Aussicht genommen war und Hoffnung auf dessen Verwirklichung bestand, liess man diese Möglichkeit vorderhand unberücksichtigt.¹⁾

Praktisch bekundete der Gewerbeverein seinen Willen, der Verbesserung des Lehrlingswesens zu dienen, zunächst dadurch, dass er für gute Schülerarbeiten an der Zeichnungs- und Modellerschule Prämien stiftete und die Kosten des Schulbesuches für einige unbemittelte Lehrlinge übernahm.

Diese kleinen Unterstützungsaktionen reichten natürlich nicht aus, um eine wirkliche Besserung im Lehrlingswesen herbeizuführen. Man sann nach weiteren Mitteln. Der Basler Kaufmann Georg Kiefer-Bär glaubte ein solches gefunden zu haben und regte in einem Vortrag 1869 an,²⁾ man solle durch Aussetzen von Prämien an Lehrlinge diese dazu veranlassen, am

1) Goettisheim, Der Basler Gewerbeverein während den ersten 25 Jahren seines Bestehens (Basel 1892) S. 104 f.

2) "Mittel zur Hebung von Handwerk und Gewerbe", 26. November 1869. "Schweiz. Volksfreund" 13. Dez. 1869.

Ende der Lehrzeit eine selbstverfertigte Arbeit als Prüfungsstück vorzuweisen. Darin sah er ein geeignetes Mittel, Lehrling und Meister zu einer verantwortungsbewussten, zielstrebigem Arbeitsweise während der Dauer der Lehrzeit zu erziehen. Der Vorschlag fand wohl momentan grossen Anklang, aber es stellte sich niemand für die praktische Durchführung dieses Projektes zur Verfügung. Erst 1876 sollte ein weiterer Vorstoss Kiefers von Erfolg gekrönt sein, nachdem im Jahre 1873 ein zweiter Versuch nochmals erfolglos gewesen war. Diesmal stellte Kiefer den bestimmt formulierten Antrag, der Gewerbeverein soll seine Kommission beauftragen, jährlich drei bis vier Lehrlinge, die ihre Lehre absolviert hatten und sich dadurch besonders auszeichneten, dass sie ihre Produkte richtig berechnen können, zu prämiieren. Um seiner Anregung Nachdruck zu verschaffen, verpflichtete sich Kiefer, während der ersten vier Jahre je Fr. 50.- für die Prämierung zur Verfügung zu stellen.¹⁾ Daraufhin wurden vom Gewerbeverein folgende Bedingungen aufgestellt: "Der Gewerbeverein verteilt ca. 20 Prämien nebst Anerkennungsdiplom an solche Lehrlinge, welche

- a. sich durch ein Zeugnis ihrer Lehrherren über eine befriedigend vollbrachte resp. zu Ende gehende Lehrzeit ausweisen können,
- b. ein selbstverfertigtes gutes Lehrstück einreichen und
- c. die Herstellungskosten desselben richtig berechnen können."

Auf Grund dieses Reglements wurden im Jahre 1877 die ersten 14 Lehrlinge prämiert. Die Geldmittel wurden von Zünften und Gesellschaften aufgebracht.²⁾

Mit dieser ersten Lehrlingsprämierung, die zugleich auch die erste dieser Art in der ganzen Schweiz war, war in Basel ein Grundstein zu einer äusserst wertvollen Institution gelegt worden, die sich bis heute hat erhalten können. Wohl müssen wir festhalten, dass es nicht so sehr die Prüfung war, welche die Lehrlinge anzuziehen vermocht hat, als vielmehr die Aussicht auf Gewinnung einer Geldprämie. Es dauerte noch etliche Jahre, bis der Lehrlingsprämierung die ihr zukommende Bedeutung zugemessen und der ideelle und praktische Wert der jährlichen Lehrabschlussprüfungen erfasst wurde.³⁾ Zur Erhärtung dieser Behauptung sei angeführt, dass die jährliche Teilnehmerzahl in der Zeit der freiwilligen Prüfungen nie über 100 Lehrlinge gestiegen ist.

Den Initianten war daran gelegen, dem jungen Berufsnachwuchs etwas mehr Selbstbewusstsein mit auf den weiteren Lebensweg zu geben, als es die meisten der damaligen Handwerksmeister noch besaßen und denen zum grossen Teil ein gewisser Berufsstolz sehr mangelte. Die Prüfung hatte für Lehrling und Lehrmeister die Bedeutung eines Rechenschaftsberichtes über die zu Ende gegangene Lehrzeit. Ausser diesen vorwiegend erzieherischen Motiven, die für eine möglichst Verbreitung der Idee der Lehrlingsprämierung sprachen, spielten noch andere Ueberlegungen mit. Das Publikum sollte auf die Selbsthilfebestrebungen des Gewerbes aufmerksam gemacht und eine möglichst grosse Zahl vermöglicher Eltern veranlasst werden, ihre Söhne wieder einer Handwerkslehre anzuvertrauen. Das Diplom sollte aber auch dem jungen Handwerker sein Fortkommen erleichtern, während es andererseits dem Meister die Auswahl tüchtiger Arbeitskräfte ermöglichte. Dies waren die Hoffnungen, die man auf die neue Institution der Lehrlingsprämierung setzte. Es war ihr aber so lange wenig Erfolg beschieden, als es jedem andern Berufsangehörigen möglich war,

1) Goettisheim, S. 107.

2) Goettisheim, S. 108 f.

3) Schmid-Carlin, Die gewerblichen Lehrlingsprüfungen Basel-Stadt 1877-1927 (Basel 1929) S. 9.

sich ohne Diplom in seinem Beruf zu betätigen und selbst als Meister wieder Lehrlinge zu halten und auszubilden.

b. Die gewerbliche Berufsschule.

Die Lehrlingsprämierung des Basler Gewerbevereins war nicht das einzige Institut, das der Verbesserung der Berufsausbildung der Handwerkslehrlinge dienen sollte. Mit ihr teilte sich in diese Aufgabe die gewerbliche Berufsschule.

Bereits im Jahre 1796 war von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen eine "Zeichen- und Modellier-Schule" gegründet worden, die unter diesem Namen bis zum Jahre 1886 bestand. Sie hatte sich in erster Linie die Förderung der zeichnerischen Fähigkeiten des handwerklichen Nachwuchses zur Aufgabe gestellt. Doch darf sie deswegen nicht mit einer Gewerbeschule heutigen Stils verglichen werden. Der Besuch der Kurse war für die gewerblichen Lehrlinge fakultativ. Vielen Handwerkern fehlte aber die nötige Einsicht in die Nützlichkeit des Werkes, sodass der mangelhafte Besuch der Schule stets zu Klagen Anlass gab. Das Organisationsstatut der Anstalt wurde verschiedentlich geändert und den Erfordernissen der Zeit angepasst. Ein letztes Mal vor ihrer Verstaatlichung geschah dies noch im Jahre 1880. Dabei verwertete man diesen und jenen vom Gewerbeverein gemachten wertvollen Vorschlag aus der Praxis. Aus solchen entstand dann im Rahmen der bestehenden Schule eine erste eigentliche Lehrlingsschule. Diese zerfiel in bau-technische und mechanisch-technische Klassen. Der Unterricht konnte in Verbindung mit der praktischen Lehre in der Werkstatt des Meisters besucht werden und sollte diejenigen Berufskenntnisse, welche in der Werkstatt nicht erworben werden konnten, vermitteln. Es handelte sich insbesondere um die zeichnerischen und die theoretischen. Diese Lehrlingsschule nahm ihre Tätigkeit im Jahre 1881 auf.¹⁾ In den wenigen Jahren bis zu ihrer Verstaatlichung betrug die durchschnittliche Schülerzahl 132 Schüler pro Semester.²⁾

c. Der "Verein junger Kaufleute".

Die Ausbildung des kaufmännischen Lehrlings oder Handelslehrlings, wie er meist genannt wurde, war ähnlich mangelhaft wie diejenige des gewerblichen. Die kräftig fortschreitende Arbeitsteilung gestaltete die wünschenswerte umfassende Ausbildung immer schwieriger. Auch der junge Kaufmannsanwärter wurde mitten in den Betrieb hineingestellt und seine Arbeit musste sich nach den Erfordernissen des Unternehmens, und nicht nach der Nützlichkeit für seine Ausbildung, richten. Wie im Gewerbe, wurde auch im Handelsstand der Lehrling als billige Arbeitskraft betrachtet und während einer langen, vier bis sechs Jahre dauernden Lehre meist übermässig beansprucht. Eine brauchbare, die praktische Berufslehre ergänzende theoretische Ausbildung wurde ihm selten zuteil.³⁾

1) Das Basler Schulwesen 1880-1930 hg. vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Basel 1930) S. 247 ff.

2) Erziehung LL 12.

3) vgl. "Schweiz. Volksfreund" vom 9. Juli 1867 und 26. Juli 1867.

Zwei Möglichkeiten schienen offen zu stehen, diesem Uebel abzuhelpen: entweder wurde für eine bessere und zweckmässigere Ausbildung vor Lehrbeginn gesorgt, mit dem Ziel, dem Lehrling die Einarbeitung in alle vorkommenden Tätigkeiten und deren Verständnis im Rahmen der gesamtberuflichen Organisation zu erleichtern, oder aber es wurde ihm Gelegenheit geboten, sich im Verlaufe der Lehre theoretisch weiterzubilden. Es lag nahe, jenen Weg durch Errichtung einer Handelsschule, diesen durch Einrichtung von Fortbildungskursen in der Art etwa der gewerblichen Berufsschule zu begehen. Keiner von beiden wurde eingeschlagen. Die Gesundung sollte von da aus kommen, dass im Jahre 1862 einige initiativ junge Kaufleute sich zum "Verein junger Kaufleute" zusammenschlossen und sich zur Aufgabe machten, durch die Organisation von Sprach- und Handelskursen zur Hebung des Kaufmannsstandes beizutragen. Die Bestrebungen des jungen Vereins wurden von Erfolg gekrönt. Seine Kurse erfreuten sich sehr bald grossen Interesses.¹⁾

Vergleichen wir die verschiedenen Bemühungen zur Hebung der gewerblichen und kaufmännischen Berufsausbildung, so fällt in erster Linie auf, dass der Staat am Zustandekommen keiner der drei geschilderten Werke massgebend beteiligt gewesen ist. Es entspricht dies vollkommen der damals herrschenden liberalen Staatsauffassung. So waren die Fortbildungskurse für Kaufleute von einigen Privaten ins Leben gerufen worden und es dauerte bis ins Jahr 1882, bis sich der Kanton zur Schaffung einer Handelsschule entschliessen konnte, während zum Beispiel in Zürich schon 20 Jahre früher an der dortigen Kantonsschule eine Handelsabteilung geschaffen worden war. Mit der Handwerkerschule stand es ähnlich. Der Staat leistete zeitweise einen unbedeutenden Beitrag an die Kosten; der Rest musste durch Schulgelder sowie aus den Mitteln der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen aufgebracht werden. Die Lehrlingsprämierung schliesslich war eine private Einrichtung, der erstmals im Jahre 1889 ein kleiner Staatsbeitrag zugeflossen ist.

Weiterhin war allen Institutionen gemeinsam, dass der Erfolg ihrer Bemühungen ganz vom guten Willen der Lehrmeister abhing. Ging es bei der gewerblichen Fortbildungsschule um die zum Schulbesuch notwendige Zeit, so bedurfte es bei der Lehrlingsprämierung der Erlaubnis zur Herstellung des Prüfungsstücks in der Werkstatt des Meisters. Die Möglichkeit des Kursbesuches beim "Verein junger Kaufleute" wiederum hing von der in den einzelnen Handelsbetrieben üblichen Arbeitszeit ab. Man darf sich deshalb keinen Illusionen hingeben über die von den genannten Institutionen erzielten Resultate. Dies gilt vor allem für die gewerbliche Berufsschule, sollen doch noch im Jahre 1890 von 55 Lehrlingen, die die Lehrlingsprüfung ablegten, nur deren zwei diese Anstalt besucht haben.²⁾ Es ist darum zu verstehen, dass die sog. Nabholz'schen Vorschläge³⁾, die sowohl das Obligatorium der Lehrlingsprüfung als auch das Schulbesuches forderten, vom Basler Gewerbeverein lebhaft begrüsst worden sind. Trotzdem wurden diese Forderungen erst im 20. Jahrhundert verwirklicht. Alsdann hatte der Gesetzgeber allerdings den Vorteil, auf reiche Erfahrungen der schweizerischen und kantonalen Gewerbevereine abstellen zu können.

1) Jahresbericht Kaufm. Verein Basel 1862/63 ff.

2) Schmid-Carlin S. 30.

3) Dem Schweiz. Gewerbeverein 1882 vorgelegt, vgl. Goettisheim S. 113 f.

d. Bestrebungen auf gesamtschweizerischem Gebiet.

Die treibende Kraft bei der Förderung der beruflichen Ausbildung auf gesamtschweizerischem Boden war der im Jahre 1879 gegründete Schweizerische Gewerbeverein. Er setzte sich sehr aktiv für die in Basel eingeführten Lehrlingsprüfungen ein. Er war massgebend beteiligt an der gewerblichen Enquête, die im Jahre 1883 vom Bund durchgeführt wurde. Deren Ergebnisse bestätigten die für Basel dargestellten Mängel im Lehrlingswesen. Ein Gutachten Prof. Bendels regte in der Folge die Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung durch Fachschulen, Gewerbmuseen und Berufsverbände an.¹⁾ Diese Bestrebungen wurden durch den Bundesbeschluss vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung unterstützt.²⁾ Wenige Jahre später folgten zwei weitere Bundesbeschlüsse, denen zufolge auch an den kaufmännischen Unterricht und den hauswirtschaftlichen und beruflichen Unterricht der weiblichen Personen Bundesbeiträge gewährt wurden.³⁾

2. Bestrebungen zur Verbesserung des Lehrlingsschutzes.

Waren auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung immerhin einige bemerkenswerte Fortschritte gegenüber der Zeit unmittelbar nach 1855 zu verzeichnen (Lehrlingsprüfungen, Lehrlingsschule, Kurse des "Vereins junger Kaufleute"), im eigentlichen Lehrverhältnis änderte sich zunächst nicht viel. Während für die Arbeiter in den Fabriken schon 1869 ein kantonales⁴⁾ und 1877 ein eidgenössisches⁵⁾ Gesetz erlassen wurde und während ein weiteres kantonales Gesetz von 1884/1888 den Schutz der weiblichen Arbeiterinnen in mittleren und grösseren Gewerbebetrieben brachte⁶⁾, blieb der männliche Arbeiter in den Handwerksbetrieben einschliesslich des Lehrlings, als der schwächere Vertragspartner, vorläufig ohne Schutz. Erst im Jahre 1876 nahmen Schutzbestrebungen greifbare Gestalt an, dies in der Idee der Schaffung eines kantonalen Lehrlingsgesetzes. Im Verlaufe eines Referates vor dem Basler Gewerbeverein machte damals Redaktor Börlin den Vorschlag, auf gesetzlichem Weg eine aus Vertretern der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitgebererschaft sowie des Staates gebildete Instanz zu schaffen, deren Aufgabe die Ueberwachung des gesamten Lehrlingswesens sein sollte. Die Lehrverträge sollten registriert und jeglicher Vertragsbruch bestraft werden. Börlin trat ausserdem für eine umfassende Förderung des Gewerbe- und Fortbildungsschulwesens ein.⁷⁾

Dies war ein sehr kühner Vorstoss, wenn man bedenkt, dass erst zwei Jahre zuvor die Gewerbefreiheit ihren Einzug in Basel hatte halten können. Im Grunde genommen sehnte man jenen Zustand im Lehrlingswesen schon wieder zurück, den man 1855 etwas übereilig dem Schlagwort der

1) Bendel, Zur Frage der gewerblichen Erziehung in der Schweiz (Winterthur 1883).

2) AS Bd. 7, S. 613 ff.

3) Bundesbeschluss betr. die Förderung der kommerziellen Bildung vom 15. April 1891 und dazugehörige Verordnung vom 24. Juli 1891. AS Bd. 12, S. 148 bzw. 151 ff.

Bundesbeschluss betr. die hauswirtschaftliche und berufliche Bildung des weiblichen Geschlechts vom 20. Dezember 1895, AS Bd. 15, S. 448 f.

4) Fabrikgesetz vom 15. November 1869, Ges. Slg. BS Bd. 17, S. 92 ff.

5) Bundesgesetz betr. die Arbeit in den Fabriken vom 23. März 1877, AS Bd. 3, S. 241 ff.

6) Gesetz betr. die Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter vom 11. Februar 1884, Ges. Slg. BS Bd. 21, S. 218 f.

7) Gesetz betr. den Schutz der Arbeiterinnen vom 23. April 1888, Ges. Slg. BS Bd. 22, S. 13 ff.

Das Lehrlingswesen mit besonderer Berücksichtigung des Kleingewerbes. Referat gehalten am 10. Nov. 1876. "Basler Nachrichten" vom 18. November 1876.

Gewerbefreiheit geopfert hatte. Der Hauptunterschied gegenüber der damaligen Regelung bestand nun allerdings darin, dass diesmal auch der Staat zur Mithilfe herangezogen werden sollte. Das war wohl mit ein Grund, weshalb sich ein grosser Teil der Handwerker mit den Vorschlägen Börlins nicht befreunden konnte, was zur Folge hatte, dass auf Jahre hinaus alles beim Alten blieb.

Gegen Ende des Jahrhunderts drang aber die Erkenntnis immer mehr durch, dass die Berufsverbände weniger zu erreichen vermochten als sie gewünscht hatten. Sie konnten höchstens durch ihre Vertragsformulare sowie durch Aufklärung ihrer Mitglieder einen gewissen Einfluss auf diese ausüben. Einen wirksamen Schutz der Arbeitskraft des Lehrlings vor Ausbeutung konnten sie nicht herbeiführen.

Dass der Lehrling in einer freien Wirtschaft besonderen Schutzes und besonderer Obsorge von seiten des Staates hat bedürftig werden müssen, ergibt sich aus verschiedenen Umständen. Seine jugendliche Unerfahrenheit, seine materielle Abhängigkeit und die mangelnde Charakterfestigkeit bringen ihn zum vornherein in eine geschwächte Stellung. Der blosse zivilrechtliche Vertrag erwies sich für eine beiden Teilen gerechtwerdende Regelung des Lehrverhältnisses als unzureichend. Ebenso genügte die Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie in Kanton und Bund bestand, nicht. Es drängte sich die Schaffung eines eigenen Lehrlingsgesetzes auf. Dieses musste zu gleicher Zeit ein Berufsbildungs-, ein zivilrechtliches und ein Arbeiterschutz-Gesetz sein. Solche Gesetze auf kantonalem Boden entstanden 1890 in Neuenburg, 1895 in Fryburg, 1896 in der Waadt, 1899 in Genf, 1901 in Obwalden, 1903 in Glarus und im Wallis, 1904 in Zug, 1905 in Bern, 1906 in Luzern und Zürich.

In Basel setzten sich insbesondere der Gewerbeverein und der Arbeiterbund für eine gesetzliche Regelung ein. Jener erstrebte neben einer allgemeinen Normierung des Lehrlingswesens vor allem das Obligatorium der Lehrabschlussprüfungen, während dieser sein Augenmerk auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Lehrlinge richtete.

2.Kapitel: Das kantonale Lehrlingsgesetz vom 14. Juni 1906 und seine Durchführung.¹⁾

I. Vorarbeiten.

Die Aussicht auf den baldigen Erlass eines Bundesgesetzes über das Gewerwesen, durch welches auch das Lehrlingswesen hätte geregelt werden sollen, verzögerte in Basel, wie in verschiedenen anderen Kantonen, die Inangriffnahme eines Lehrlingsgesetzes.

Zwei Jahre nach der Ablehnung der Verfassungsrevision von 1894, die dem Bund das Recht der Gesetzgebung über das Gewerwesen übertragen hätte, nahm die Basler Regierung die Vorarbeiten zu einem Lehrlingsgesetz auf. Sie zog bei sämtlichen Kantonsregierungen Erkundigungen ein über das Bestehen von Bestimmungen, die das Lehrlingswesen betrafen. Das Ergebnis dieser Umfrage vermochte der Regierung anscheinend nicht den gesuchten Rückhalt für eigenes Handeln zu geben, denn sie unternahm daraufhin keine weiteren Schritte.

Ende 1899 wurde im Grossen Rat von J.F.Schär ein Anzug folgenden Inhalts gestellt: "Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob nicht über die gewerbliche und kaufmännische Berufslehre ein Gesetz zu erlassen sei."²⁾ Mit Beschluss vom 11.Januar 1900 wurde der Anzug dem Regierungsrat überwiesen.³⁾

Nachdem die Berufsverbände um ihre Meinungsäusserung angegangen worden waren, bestellte das Departement des Innern eine vorberatende Kommission und beauftragte den Anzugsteller J.F.Schär mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes. Die Beratungen im Departement und in der Kommission führten zum Gesetzesentwurf, der am 14.April 1904 dem Grossen Rat vorgelegt wurde. Aus nicht ganz durchsichtigen Gründen verzichtete der Rat auf eine sofortige artikelweise Beratung und überwies den Entwurf an eine Kommission.⁴⁾ Es dauerte weitere zwei Jahre, bis das Gesetz in seiner endgültigen Fassung am 14.Juni 1906 vom Grossen Rat genehmigt wurde.⁵⁾

1) Gesetz betr. das Lehrlingswesen vom 14. Juni 1906, Ges. Slg. BS Bd. 26, S. 26 ff.

2) Grossratsprotokoll 1899.

3) Grossratsprotokoll 1900.

4) Die National-Zeitung schrieb dazu: "Wenn aber eine Materie so durchberaten ist wie die vorliegende, wenn fast alle Mitglieder des Grossen Rates, welche ein besonderes Interesse oder ein besonderes Verständnis dafür haben, schon in den vorberatenden Kommissionen in ausführlichster Weise ihr Urteil abgegeben und an dem betr. Entwürfe mitgearbeitet haben, so kann man sich mit Fug und Recht fragen, ob es nicht richtiger vom Grossen Rate gehandelt wäre, wenn er die Vorlage sofort behandeln würde. Aber das Lehrlingsgesetz weist 33 Paragraphen auf und die Hitze war wirklich gross in der Aula." (Der Rat tagte damals in der Aula des Museums.) "National-Zeitung" vom 12. Juni 1904.

5) Für alle juristischen Probleme siehe: Hans Peter Tschudi, Privates und öffentliches Lehrlingsrecht (Diss. Basel 1936);

Annemarie Glig, Das Lehrlingsrecht im schweiz. öffentlichen Recht (Diss. Zürich 1940).

II. Inhalt.

Das Gesetz enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen:

1. Geltungsbereich.

Das Gesetz findet Anwendung auf alle kaufmännischen und gewerblichen Lehrlinge, nicht aber auf Fabriklehrlinge und Lehrlinge der Bundesbetriebe.¹⁾

2. Aufsicht.

Das Lehrlingswesen wird der staatlichen Aufsicht unterstellt. Eine paritätische Kommission, bestehend aus 14 Mitgliedern (Lehrlingspatronat), wird dem Departement des Innern zur Mitwirkung bei der Aufsicht zugeteilt.

3. Berufslehre.

A. Mindestalter. Die Einstellung eines Lehrlings ist erst nach zurückgelegtem vierzehnten Altersjahr gestattet.

B. Das Recht, Lehrlinge zu halten, hat grundsätzlich jedermann der in bürgerlichen Rechten steht. Das Gesetz nennt in § 7 besondere Fälle, in denen fehlbaren Geschäftsinhabern diese Befugnis entzogen werden kann.

C. Der Lehrvertrag ist schriftlich nach bestimmten Normen auszufertigen und beim Departement des Innern zu deponieren.

D. Pflichten von Lehrmeister und Lehrling. Die §§ 13-15 umschreiben die Pflichten des Lehrmeisters in bezug auf Ausbildung und Erziehung des Lehrlings, während § 18 diejenigen Bedarfe des Lehrlings gegenüber dem Lehrmeister (Fleiss, Treue, Gehorsam, Verschwiegenheit in geschäftlichen Angelegenheiten) darlegt.

E. Berufsschule - Lehrabschlussprüfung. Dem Regierungsrat ist die Befugnis gegeben, den Besuch der Berufsschule und die Teilnahme an den Lehrabschlussprüfungen für die Lehrlinge bestimmter Berufe obligatorisch zu erklären.

4. Schutzbestimmungen.

A. Arbeitszeit - Nacharbeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt grundsätzlich höchstens 10 Stunden. Die regelmässige Verwendung von weiblichen Lehrlingen zu Nacharbeit ist untersagt. Für männliche Lehrlinge kann sie nur in Gewerben, die dem täglichen Bedarfe dienen oder bei denen es die Natur des Betriebes erfordert, zugelassen werden.

B. Sanitarische Bestimmungen. Die Arbeitsräume, in denen die Lehrlinge beschäftigt werden, und die Schlafräume der mit dem Lehrmeister in häuslicher Gemeinschaft lebenden Lehrlinge unterliegen hinsichtlich der sanitarischen Verhältnisse der Aufsicht des Gewerbeinspektors und der Sanitätspolizei.

5. Strafbestimmungen.

Für Uebertretungen des Gesetzes werden Geldbussen angedroht.

1) Die Fabriklehrlinge mussten vom Gesetz ausgenommen werden, nachdem sich ein bundesrätliches Gutachten dahingehend geäußert hatte.

III. Die Durchführung des Gesetzes.

1. Die Schwierigkeiten der Durchführung.

Das Gesetz trat - ohne dass das Referendum ergriffen worden wäre - am 1. November 1906 in Kraft. Eine Vollziehungsverordnung,¹⁾ die kurz vorher erlassen worden war, umschrieb insbesondere den Aufgabenkreis des Lehrlingspatronates. Abgabe von Gutachten, Vorberatung von Verordnungen und Reglementen betreffend das Lehrlingswesen, Wahl der staatlichen Prüfungskommission und der Experten, Festsetzung der zum Besuch der beruflichen Vor- und Fachkurse notwendigen wöchentlichen Stundenzahl waren nur einige der zahlreichen Obliegenheiten dieses Organs. Weitergehende Befugnisse bedeuteten das Recht und die Pflicht zur Vornahme von Inspektionen an den Arbeitsorten der Lehrlinge und die Begutachtung der Anträge auf Entzug des Rechtes zum Halten von Lehrlingen.

Die Tatsache, dass das Gesetz ohne Volksabstimmung in Kraft treten konnte, war nicht unbedingt ein Vorteil für seine Durchführung. Infolge der ungenügenden öffentlichen Diskussion - sogar in den Zeitungen findet man nur spärliche Stellungnahmen - mangelte dem Gesetz die Popularität und bei der stillen Inkraftsetzung "der Respekt vor dem in jeder Abstimmung zum Ausdruck kommenden Volkswillen".²⁾ Dies kam in erster Linie in den nun folgenden Jahren zum Ausdruck, da es galt, das Gesetz allen Widerständen und aller Unpopularität zum Trotz durchzuführen.

Beratung und Erlass des Lehrlingsgesetzes fielen in eine unruhige Zeit. Im Jahre 1902 war in der Person von Eugen Wullschlegler zum ersten Mal ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei in den Regierungsrat gewählt worden. Drei Jahre später waren die Sozialdemokraten im Grossen Rat die grossen Nutzniesser des neuen Proporzwahlsystems, das nach 30 Jahre dauernden Kämpfen in der Verfassung aufgenommen worden war.³⁾ Zur gleichen Zeit brachen heftige Lohnkämpfe und Streiks aus, vor allem im Baugewerbe. Zum ersten Mal sah sich die Regierung genötigt, zur Herstellung von Ruhe und Ordnung Militär aufzubieten. Die Meisterschaft des Baugewerbes antwortete auf die Massnahmen der Arbeitnehmer mit einer allgemeinen Sperre und Schliessung der Bauplätze, wodurch Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft weiter anstiegen. Die Folge dieser Machtkämpfe war ein enger Zusammenschluss in beiden Lagern. Auf der einen Seite nahmen die Gewerkschaften an Umfang mächtig zu, auf der anderen erfolgte ein engerer Zusammenschluss der Fabrikanten und Meister im Basler Gewerbeverband.⁴⁾

Das Lehrlingsgesetz wurde von der Arbeitnehmerseite stets als Teil der Arbeiterschutzgesetzgebung aufgefasst. Bei den Beratungen war denn auch der Schutz der Lehrlinge vor Ausbeutung in den Vordergrund gestellt worden. Mit dem Obsiegen dieser Richtung erhielt das Gesetz in seiner endgültigen Fassung stark gewerbepolizeilichen, somit verbietenden Charakter, und erfüllte daher nicht in befriedigender Weise die Wünsche der Arbeitgeberschaft, die von ihm die Einführung obligatorischer Prüfungen und dadurch Schutz gegen das Pfschertum erwartet hatte. Es spielte

1) Allg. Vollziehungsverordnung zum Gesetz betr. das Lehrlingswesen vom 6. Oktober 1906, Ges. Sig. BS Bd. 26 S. 65 ff.

2) Stocker, Sind wir mit der Lehrlingsgesetzgebung auf dem rechten Weg? (Referat: Abgedruckt in Heft 7 des Verbandes der schweiz. Lehrlingspatronate) S. 5.

3) Paul Burckhardt: Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart, (Basel 1942) S. 337 f.

4) Paul Burckhardt: S. 352.

weiter eine Rolle, dass die Diskussion um das neue Gesetz oft in sehr klassenkämpferischem Ton geführt worden war. Dies, und die Tatsache, dass die Leitung des Gewerbeinspektorates, dem das Lehrlingswesen unterstellt war, in den Händen eines Sozialdemokraten lag, machte die von Natur aus skeptischen und jeder staatlichen Einmischung abholden Kaufleute und Handwerksmeister vollends widerspenstig und erschwerte die Durchführung des Gesetzes in der ersten Zeit ungeheuer. Vielfach weigerten sich die bisherigen Lehrmeister, weiterhin Lehrlinge einzustellen. Nicht nur die an sich schon heikle Aufgabe des Lehrlingspatronates wurde erschwert, die Abneigung gegen jeglichen Eingriff des Staates ging, wie uns der erste Basler Berufsberater, Herr Stocker, mitteilte, soweit, dass es nicht möglich gewesen wäre, eine staatliche Berufsberatungsstelle und Lehrstellenvermittlung zu eröffnen, ohne auf heftigsten Widerstand seitens der Meisterschaft zu stossen. So wurde die im Gesetz vorgesehene Berufsberatungsstelle von der Pestalozzigesellschaft geführt. Der Durchführung des Gesetzes wurden nicht nur von seiten seiner ursprünglichen Gegner, die sich insbesondere aus dem Handelsstande rekrutierten, Hindernisse aller Art in den Weg gelegt, sondern auch von gewerblichen Kreisen, die zuvor zu den unentwegtesten Anhängern einer staatlichen Regelung gezählt hatten.

Die grossen Handelshäuser waren dem Gesetz zum vornherein abhold. Sie bangten nicht um ihre Existenz wie der Grossteil des Basler Handwerks, das sich von der sich immer noch ausdehnenden Industrie bedroht fühlte. Sie empfanden überhaupt jeden staatlichen Eingriff als einen Angriff auf ihre Freiheit. Zur Eigenart des Kaufmannsberufes gehörte auch, dass auf der Seite der Arbeitnehmer keine Berufsorganisation vorhanden war, die geschlossen auftraten und die Interessen der Angestellten wahren konnte. Die Handelsherren waren gewohnt, nach ihrem Gutdünken mit ihrem Personal umzugehen und, was uns hier besonders interessiert, Lehrlinge einzustellen und auszubilden wie es ihnen beliebte. Ganz im Gegensatz zu der im Jahre 1899 vorgetragenen Behauptung eines Mitgliedes der Basler Handelskammer, dass es keinerlei Mängel im kaufmännischen Lehrlingswesen gebe, die das Eingreifen der Gesetzgebung notwendig machten,¹⁾ steht die Tatsache, dass verhältnismässig sehr wenige der Lehrlinge einen Lehrvertrag in Händen hatten, der ihnen eine kontinuierliche Ausbildung garantieren und sie vor Willkür des Lehrherrn einigermaßen schützen konnte. Aus den Ergebnissen der Betriebszählung von 1905 geht hervor, dass von den kaufmännischen nur 31,9%, von den gewerblichen Lehrlingen aber 50,2% einen Lehrvertrag besaßen.

Die Folge des neuen Gesetzes war, dass viele Arbeitgeber sich weigerten, einen schriftlichen Vertrag abzuschliessen oder überhaupt weiterhin Lehrlinge auszubilden, während andere die Lehrverhältnisse zu verschleiern versuchten. Gewissenhaftere Unternehmer glaubten, infolge der fortgeschrittenen Arbeitsteilung dem jungen Kaufmann in ihrem Hause keine umfassende Berufsausbildung mehr vermitteln zu können und verzichteten deshalb auf die weitere Einstellung von Lehrlingen.

Die Regierung war sich dieser Entwicklung voll bewusst und, wenn sie diese auch nicht verhindern konnte, so schenkte sie ihr doch alle Aufmerksamkeit. So beklagt sich das Departement des Innern in einem Schreiben an verschiedene Kantonsregierungen, dass die Handelsgeschäfte auf die Lehrlingshaltung verzichteten und statt der Lehrlinge Ausläufer und Hilfsarbeiter einstellten.²⁾ Ein vom Gewerbeinspektorat geführtes Verzeichnis ergab,

1) Schreiben des Herrn Alioth an den Regierungsrat vom 9. Juni 1898, Handel und Gewerbe V 14.
2) vom 17. November 1910, Handel und Gewerbe V 14.

dass innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren - nämlich von 1907/1910-110 Handelsbetriebe keine kaufmännischen Lehrlinge mehr einstellten, während die gleichen Firmen bei der Bestandesaufnahme Ende 1906 noch 247 Lehrlinge angemeldet hatten. Die Gesamtzahl der kaufmännischen Lehrlinge nahm im Beobachtungszeitraum um 16,2% ab. Man hatte sich auf eine derartige Reaktion von seiten der Kaufleute gefasst machen müssen, nachdem sich der Kaufmännische Verein gegen eine Unterstellung des kaufmännischen Lehrlings unter das Lehrlingsgesetz ausgesprochen hatte, und diese in der Kommissionsberatung nur durch Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen war.

Etwas anderer Art, aber auf den ersten Blick noch weniger verständlich, waren die Widerstände, die von gewerblicher Seite der Gesetzesdurchführung entgegengebracht wurden. Aus diesen Kreisen war die Anregung zu einem Lehrlingsgesetz gekommen; - weshalb nun die plötzliche Unzufriedenheit? Der Grund dürfte vor allem in folgendem gesucht werden müssen: Die Idee eines Lehrlingsgesetzes war von den Meisterverbänden ausgegangen. Diese sahen darin eine Möglichkeit, den Gewerbeschutzzgedanken seiner Verwirklichung näher zu bringen. Nun hatte das Gesetz aber nicht das gewünschte Obligatorium der Lehrabschlussprüfungen gebracht, sondern deren Einführung dem Gutdünken des Regierungsrates überlassen. Statt dessen stand in absehbarer Zeit das Obligatorium des Schulbesuches für gewerbliche Lehrlinge in Aussicht, das den Lehrling während ca. 6 Stunden pro Woche aus der Werkstatt des Meisters weg auf die Schulbank beordnete. Damit waren die Handwerksmeister nicht einverstanden, eine Haltung, die uns heute beinahe unverständlich erscheint. Wie konnten sie denn einerseits mit dem Hinweis auf ausbildungsmässige Hebung des Handwerkerstandes das Obligatorium der Lehrabschlussprüfungen fordern und andererseits sich dem obligatorischen Schulbesuch widersetzen und diese Angelegenheit durch private Abmachung regeln wollen? ¹⁾

Eine ähnliche Mentalität kam auch in den Antworten auf eine Umfrage vom 20. Februar 1911 ²⁾ zum Ausdruck, die das Departement des Innern auf Grund des § 25 des Gesetzes von 1906 bei sämtlichen Berufsverbänden des Gewerbes durchführte. Es ging darum, zu erfahren, wie sich die befragten Verbände zu einer Verkürzung der Lehrzeit und einer zahlenmässigen Beschränkung der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Lehrlinge stellten. Es waren wiederum die Meisterverbände, die sich, im Gegensatz zu den Arbeitnehmerorganisationen der gleichen Berufe, einer Beschränkung der Lehrzeit widersetzen, weil sie für die Zeit, welche die Lehrlinge in der Berufsschule zubringen mussten, durch eine längere Lehrzeit entschädigt sein wollten. Auch das Gewerbe reagierte auf das neue Gesetz in der Weise, dass es mit der Einstellung von Lehrlingen zurückhielt, wenn auch nicht in dem Masse, wie dies im Handelsstand geschah. Der Bestand an gewerblichen Lehrlingen ging von 1907 - 1909 nur ganz geringfügig, um 5,7%, zurück, während sich in der gleichen Zeitperiode die Gesamtzahl an Lehrmeistern, kaufmännischen und gewerblichen, um 19,3% verringerte.

Dies geschah alles, ohne dass der Besuch der Berufsschulen und die Lehrlingsprüfungen obligatorisch erklärt worden wäre. Noch anfangs des Jahres 1911 berichtete ein Mitarbeiter der National-Zeitung über die Krisenstimmung, die wegen des Lehrlingswesens herrsche, und klagt über die allgemein langsame Durchführung des Lehrlingsgesetzes. Bis zu diesem Zeitpunkt sei das Gesetz erst in ganz formalen Dingen durchgedrungen, so

1) Das Basler Schulwesen 1880-1930, S. 260.

2) Handel und Gewerbe Y 14.

mit der Anmeldung der Lehrlinge beim Gewerbeinspektorat und der Anwendung der vorgeschriebenen Lehrvertragsformulare.¹⁾

Der grösste Mangel des neuen Gesetzes bestand aber, darüber war man sich allgemein einig, darin, dass die Lehrlinge aus den dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellten Betrieben nicht ins kantonale Lehrlingsgesetz hatten einbezogen werden können. Trotz verschiedener Vorstösse (Schweiz. Gewerbeverein, Kantonsregierungen) beharrte der Bundesrat auf seinem Standpunkt, so dass die Fabriklehrlinge vorderhand nicht der kantonalen öffentlich - rechtlichen Regelung unterworfen werden durften.

Trotz mancher Mängel, die dem neuen Gesetz anhafteten, darf der Fortschritt nicht übersehen werden, den es gebracht hat. Insbesondere sei darauf hingewiesen, dass durch die Anmeldepflicht der Lehrverhältnisse für die Organe des Staates eine einigermaßen befriedigende Kontrollmöglichkeit geschaffen worden ist. Die Schutzbestimmungen, die die Arbeitszeit und die Nachtarbeit regelten und bestimmte sanitärische Mindestanforderungen an Arbeits- und Schlafräume stellten, waren ein unbestreitbarer Fortschritt. Mit der Befugnis zu Prüfungs- und Schulobligatorium waren dem Regierungsrat die gesetzlichen Grundlagen für einen entsprechenden Beschluss in die Hand gegeben. - Eine einheitliche Normierung der Lehrzeit und der Höchstzahl der im gleichen Betrieb beschäftigten Lehrlinge konnte vom Regierungsrat durch Verordnung in einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden.

2. Das Obligatorium des Berufsschulbesuches und der Lehrabschlussprüfungen für Lehrlinge und Lehrtöchter der gewerblichen Berufe.

Das im Lehrlingsgesetz vorgesehene Obligatorium des Gewerbeschulbesuches wurde im Jahre 1910 eingeführt.²⁾ Die Voraussetzungen für einen geregelten Schulunterricht waren im Hinblick auf den zu erwartenden grossen Andrang von Schülern durch ein neues Gewerbeschulgesetz im Jahre 1908 geschaffen worden.³⁾ Die Einführung geschah schrittweise in der Art, dass im Frühjahr 1910 zunächst die Lehrlinge der Nahrungsmittelgewerbe, im Herbst diejenigen der Bekleidungsgewerbe sowie die Schreiner-, Wagner- und Gärtnerlehrlinge zum Kursbesuch verpflichtet wurden. Im Frühjahr 1911 folgten die Kunsthandwerker, im Herbst die Mechaniker, Bauhandwerker und alle übrigen Berufsarten.⁴⁾

Durch die Neuordnung stieg der Schülerstand der Gewerbeschule in den Jahren 1910 bis 1913 von 1427 auf 2538, also um 1111 Schüler.⁴⁾ Da der Verwaltungsbericht des Regierungsrates am 31. Dezember 1913 einen Totalbestand von 1195 gewerblichen Lehrlingen nennt, muss vermutet werden, dass die Zahl derjenigen sehr gering war, die zuvor freiwillig von der Bildungsmöglichkeit an der Gewerbeschule Gebrauch gemacht hatten, schätzungsweise nur etwa 7% aller Lehrlinge.

Durch ein weiteres Reglement wurden im Jahre 1913 die Lehrtöchter des Handwerks zum Besuch der Berufsschule und zur Ablegung der Lehrabschlussprüfung verpflichtet.⁵⁾ Auch hier zeigte sich eine ähnliche Ent-

1) "National-Zeitung" vom 28. März 1911.

2) Reglement betr. die Verpflichtung der männlichen Lehrlinge der gewerblichen Berufsarten zum Besuch der beruflichen Vor- und Fachkurse und zur Ablegung der Lehrlingsprüfungen, vom 19. Januar 1910, Ges. Sig. BS Bd. 27, S. 217 f.

3) Gesetz betr. die Allg. Gewerbeschule vom 9. April 1908, Ges. Sig. BS Bd. 26, S. 287 ff.

4) vgl. "Das Basler Schulwesen 1880-1930" S. 265.

5) Reglement betr. die Verpflichtung der Lehrtöchter der gewerblichen Berufsarten zum Besuch der beruflichen Vor- und Fachkurse und zur Ablegung der Lehrlingsprüfungen vom 16. April 1913, Ges. Sig. BS Bd. 29, S. 109 f.

wicklung wie bei den Lehrlingen, indem die Schülerinnenzahl der Frauenarbeitsschule von 1375 im Jahresmittel 1912/13 um 332 auf 1707 im Schuljahr 1914/15 anstieg.¹⁾ Bei einer Gesamtzahl von 350 Lehrtöchtern, die Ende 1914 gezählt wurden, ergibt sich, dass nur ca. 5% der Lehrtöchter die Schule schon früher freiwillig besucht hatten.

Die erste obligatorische Lehrabschlussprüfung fand für die männlichen Angehörigen der gewerblichen Berufe im Jahre 1912 und für die Lehrtöchter im Jahre 1915 statt.

Zu diesem Zeitpunkt waren aber weder die ca. 200 bis 300 Fabriklehrlinge, noch die ca. 800 kaufmännischen Lehrlinge schon zum Besuch von Berufsschulen verpflichtet.

3. Die Unterstellung der Fabriklehrlinge unter das kantonale Lehrlingsgesetz.

So sehr die kantonalen Behörden mit den Berufsverbänden der Unternehmer und der Arbeiter die Unterstellung der Lehrlinge in den Fabriken gleich denjenigen in den übrigen Betrieben unter das Lehrlingsgesetz als wünschbar erachtet hatten, musste doch die Frage der bundesrechtlichen Zulässigkeit einer Anwendung des kantonalen Lehrlingsgesetzes auf die Fabriklehrlinge verneint werden. Das Fabrikgesetz erhob nämlich den Anspruch, die Arbeitsverhältnisse aller in den Fabriken beschäftigten Personen, also auch der Lehrlinge, ausschliesslich zu ordnen.

Das neue Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken vom 18. Juni 1914, das auf den 1. Januar 1920 in Kraft trat²⁾, brachte hierin eine grundlegende Aenderung. In Artikel 77 Absatz 3 wird nämlich bestimmt, dass bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes über das Lehrlingswesen die kantonalen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, besonders diejenigen über die Ausbildung, vorbehalten bleiben, soweit sie den Vorschriften des Obligationenrechtes und des Fabrikgesetzes nicht widersprechen.

Hierauf genehmigte der Grosse Rat am 28. Oktober 1920 schon nach erster Lesung ein Gesetz, welches die Fabriklehrlinge dem kantonalen Lehrlingsgesetz unterstellte.³⁾ Mit der einzigen Ausnahme der Arbeitszeitbestimmung wurden alle Vorschriften des Gesetzes auf die Fabriklehrlinge anwendbar erklärt.

Das Gesetz trat auf den 1. Januar 1921 in Kraft. Im selben Jahre noch wurde das Obligatorium der Lehrabschlussprüfungen auf die Fabriklehrlinge ausgedehnt und damit eine längst als unhaltbar empfundene Lücke in der Berufsbildung des gewerblichen Nachwuchses geschlossen.

4. Die Verordnungen über die Berufslehre.

Von Anfang an ging das Streben der Berufsverbände auf vermehrte Mitarbeit bei der Gesetzesdurchführung. Ein erster Schritt dazu war die Uebertragung der Lehrlingsprüfungen an den kantonalen Gewerbeverband, den Konditorenverein und die Kommission zur Prüfung der Buchdrucker-

1) "Das Basler Schulwesen 1880-1930" S. 232.

2) AS Bd. 30, S. 535 ff.

3) Gesetz betr. Abänderung des Gesetzes vom 14. Juni 1906 über das Lehrlingswesen, vom 28. Oktober 1920, Ges. Slg. BS Bd. 31, S. 488 f.

lehrlinge.¹⁾ Als bald verlangten diese Organisationen, dass ihnen auch die gesetzlich vorgesehene Ueberwachung der Lehrlingsausbildung sowie die Aufsicht über die Betriebe übertragen werden. Sie begründeten diese Forderung damit, dass sie erklärten, nur eine von Sachverständigen durchgeführte Aufsicht könne den gestellten Anforderungen genügen.²⁾ Ueberhaupt herrschte die Meinung vor, dass man mit der Lehrlingsgesetzgebung nicht auf dem rechten Wege sei, so lange man glaube, der Staat könne die ganze Materie ohne die Mithilfe der Berufsverbände regeln. Als Beispiel einer Berufsorganisation, die vollkommen selbständig, ohne irgendwelche Hilfe des Staates, ihr gesamtes Lehrlingswesen zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten regle, wurde immer wieder auf die Buchdrucker hingewiesen. Ganz klar wurde die Forderung von Stocker gestellt: "Die Regelung des Lehrlingswesens ist notwendig, aber der Staat ist nicht die geeignete Instanz hiezu; es ist dies in erster Linie die Aufgabe der Berufsverbände, nach dem Muster des Buchdruckergewerbes." Das Gesetz solle dahingehend geändert werden, dass der Staat wohl einzelne grundlegende Bestimmungen aufstellt, an die sich die Verbände zu halten haben, im übrigen aber den Berufsverbänden weitgehende Rechte einräumt.³⁾ Mit dieser Forderung trat ein Mitglied des Gewerbeverbandes in einem Postulat an die Regierung heran.⁴⁾

Wenn auch in der Folge das Lehrlingsgesetz nicht in der beabsichtigten Weise revidiert wurde, so führten, wie wir einem Bericht von A. Schmid-Carlin entnehmen,⁵⁾ die in diesem Zusammenhang im Gewerbeverband geführten Besprechungen doch zu einer wichtigen Neuerung, den Verordnungen über die Berufslehre. In diesen konnten die Forderungen der Berufsorganisationen weitgehend verwirklicht werden. Vorerst wurde daran gedacht, Lehrlingsordnungen in den Berufsverbänden aufstellen zu lassen und sie ohne Hilfe des Staates durchzuführen. Jede der dem Gewerbeverband angeschlossenen Organisationen hätte eine Lehrlingskommission zu wählen gehabt, die in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Lehrlingspatronat die Aufgabe gehabt hätte, das Lehrlingswesen in ihrem Beruf zu überwachen, die Durchführung der Lehrlingsregulative zu beaufsichtigen und in Fällen von Streitigkeiten und Störungen einzelner Lehrverhältnisse zu vermitteln.

Die Lehrlingsregulative sollten für die einzelnen Berufe ordnen:

1. Dauer der Lehr- und Probezeit.
2. Lohn, Lehrgeld, Kautions.
3. Unfall- und Krankenversicherung.
4. Die in den einzelnen Betrieben zulässige Maximalzahl von Lehrlingen.
5. Arbeitszeit.
6. Ferien.
7. Lehrgang und Lehrziel, Unterricht an der Gewerbeschule.
8. Die besonderen Anforderungen betr. Eintrittsalter, Vorbildung und körperliche Eignung der Lehrlinge.
9. Lehrlingsprüfungen (ev. Eintritts- und Zwischenprüfungen).
10. Verfahren bei Streitigkeiten.
11. Mitwirkung der Gesellen, speziell bei den Lehrlingsprüfungen.

1) Verwaltungsbericht Basel-Stadt 1909, Abschnitt VIII S. 50.

2) Jahresbericht Basler Gewerbeverband 1915, S. 2 f.

3) Stocker a.a.O. S. 13 f.

4) Postulat G.Höchli, Grossratsprotokoll 1917.

5) Die gewerblichen Lehrlingsprüfungen Basel-Stadt 1877-1927 (Basel 1929) S. 35 ff.

Man sah nun aber ein, dass solche Lehrlingsregulative nur von Nutzen sein können, wenn sie von Gesetzes wegen für einen ganzen Berufszweig verbindlich erklärt werden. Dies konnte auf Grund des § 25 des Lehrlingsgesetzes ohne weiteres geschehen, da dieser folgendes bestimmte: "Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungswege nach Anhörung der beteiligten Berufsverbände für gewisse Berufe nähere Bestimmungen über das Lehrlingswesen, insbesondere über die Dauer der Lehrzeit und die in einem Betriebe zulässige Maximalzahl von Lehrlingen aufstellen."

So kam man sehr rasch von der ursprünglichen Forderung nach Nichteinmischung des Staates ab, da man einsah, dass es ohne gewisse Zwangsmittel nicht möglich ist, die Lehrlingsregulative bei allen Meistern eines Berufes durchzusetzen. Auf diese Weise wurden die Lehrlingsregulative zum Gesetz, das für organisierte und nicht organisierte Betriebsinhaber gleichermaßen verbindlich war.

Eine erste Verordnung dieser Art wurde in der Folge für das Bäcker-gewerbe ausgearbeitet, da es sich gezeigt hatte, dass in diesem Gewerbe eine eigentliche Lehrlingszüchterei betrieben wurde. Am 31. Dezember 1920 genehmigte der Regierungsrat die Verordnung über die Berufslehre im Bäcker-gewerbe.¹⁾ Diese enthielt eine Bestimmung über die Dauer der Lehrzeit, eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge, sowie die Vorschrift für die Lehrlinge, sich vor Lehrantritt durch ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand auszuweisen. Statt der ursprünglich vorgesehenen Lehrlingskommission erhielt eine sog. Fachkommission, bestehend aus einem Meister und einem Arbeitnehmer, die Pflicht, alle Lehrverhältnisse im Bäcker-gewerbe zu überwachen und bei Unstimmigkeiten dem Gewerbe-inspektorat Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.

Zwei Jahre später wurde eine ähnliche Verordnung für das Schuhma-chergewerbe erlassen.²⁾ In dieser ging man bereits etwas weiter. Ueber den Inhalt der Verordnung für das Bäcker-gewerbe hinaus wurde ein genau-es Lehrprogramm festgelegt und das Halten von Lehrlingen nur solchen Meistern gestattet, die den Schuhmacherberuf entweder selber erlernt haben oder die Ausbildung einem gelernten Schuhmacher übertragen können. Ferner sah diese Verordnung eine Zwischenprüfung unter Auf-sicht der Fachkommission vor.

Die grosse Bedeutung der neuen Lehrordnungen und der Fachkom-missionen wurde bald allgemein anerkannt, so dass sich der Regierungsrat entschloss, einheitliche Bestimmungen über die Regelung und Beaufsichti-gung der Berufslehre zu erlassen,³⁾ worin er den Aufgabenkreis der Fach-kommissionen ein für allemal fest umschrieb.

Ihre Aufgabe sollte in folgendem bestehen:

1. Prüfung der angemeldeten Lehrverhältnisse und Berichterstattung über die Eignung von Lehrstelle und Lehrling.
2. Ueberwachung der Ausbildung der Lehrlinge.
3. Aufsicht über die Zwischenprüfungen und Antragstellung über die Vornahme einzelner Zwischenprüfungen.
4. Untersuchung und Schlichtung von Beschwerden und Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis.
5. Begutachtung von Fachfragen, die ihnen vom Lehrlingspatronat und andern Behörden vorgelegt werden.

1) Ges. Slg. BS Bd. 31, S. 547 ff.

2) VO über die Berufslehre im Schuhmachergewerbe, vom 3. Januar 1922, Ges. Slg. BS Bd. 32, S. 122.

3) VO über die Regelung und Beaufsichtigung der Berufslehre vom 24. Dezember 1923, Ges. Slg. BS Bd. 32, S. 420 ff.

Die Fachkommissionen wurden auf Vorschlag der Berufsverbände vom Lehrlingspatronat gewählt.

Bis zum Inkrafttreten eidgenössischer Reglemente sind auf kantonalem Boden für die meisten Berufe Berufslehrverordnungen erlassen worden.

Halten wir am Schlusse dieses Abschnittes folgendes fest:

Mit der Festlegung einer Maximalzahl von Lehrlingen und der einheitlichen Dauer der Lehrzeit für alle Betriebe desselben Berufes ist ein grosser Fortschritt erzielt worden; sind doch damit Zustände beseitigt worden, die an die schlimmsten Zeiten des Lehrlingswesens im 19. Jahrhundert erinnerten. Es war nun dem asozialen Meister verunmöglicht, den sozial gesinnten Konkurrenten auf Grund einer hohen Zahl billiger Arbeitskräfte in Gestalt der Lehrlinge zu konkurrenzieren. Ebenso war es ihm verwehrt, seine Lehrlinge in einer unverhältnismässig langen Lehre auszunützen und sie vom rechtzeitigen Eintritt ins Erwerbsleben abzuhalten.

Wenn wir die Stellungnahme der Meisterverbände im Jahre 1911, wo sich der Grossteil der Arbeitgeberorganisationen sowohl einer Beschränkung der Lehrzeit als auch einer Begrenzung der Lehrlingszahl widersetzt hat, mit derjenigen aus dem Jahre 1918 vergleichen, wo der Anstoss zur Aufstellung von Lehrlingsregulativen aus diesen Kreisen gekommen ist, so staunen wir über die radikale Wandlung, die innerhalb dieser kurzen Zeit in den Reihen der Basler Meister Platz gegriffen hat. Immerhin darf nicht vergessen werden, dass zwischen den genannten beiden Daten vier Jahre Krieg liegen. Das gemeinsame Erlebnis der Grenzbesetzung hat sicher das Seine dazu beigetragen, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer besser verstehen gelernt haben, während anderseits der Arbeiter in seinem Selbstbewusstsein gestärkt worden ist, eine Erscheinung, die man auch nach dem letzten Weltkrieg feststellen können. Er forderte deshalb vermehrtes Mitspracherecht, nicht nur in den staatlichen Behörden (sozialistische Mehrheiten im Grossen Rat von 1917 und 1920), sondern auch in beruflichen Dingen. So hat es kommen können, dass in der Zeit grösster Krise im Basler Gewerbe Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verständigung gelangt sind, gemeinsam die vorzüglichen, in der Schweiz einzig dastehenden Berufslehrverordnungen ausgearbeitet und sich in den paritätischen Fachkommissionen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Berufsnachwuchses zusammengefunden haben.

5. Das Obligatorium der kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen.

Es mag erstaunen, dass es in Basel bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung im Jahre 1933 nicht möglich geworden ist, die kaufmännischen Lehrlinge denjenigen der gewerblichen Berufe gleichzustellen und sie ebenfalls zum Besuch der beruflichen Fortbildungsschule zu verpflichten, obwohl dies in verschiedenen Kantonen schon der Fall war. Gleichfalls wurden erst kurz vor Erlass des Bundesgesetzes die ersten obligatorischen Lehrabschlussprüfungen durchgeführt.

Wohl führte der "Kaufmännische Verein Basel", vormals "Verein junger Kaufleute", seit 1862 freiwillige Kurse in Sprach- und Handelsfächern und seit 1895 Lehrabschlussprüfungen durch. Während die Kurse eine stets wachsende Teilnehmerzahl aufwiesen, beteiligten sich an den Prüfungen nie mehr als 70 Lehrlinge.

Es war vor allem der Kaufmännische Verein selbst, der sich bis auf eine Ausnahme während der letzten Kriegs- und der ersten Nachkriegs-

jahre konsequent jeglichem Obligatorium der Prüfungen widersetzt hat. Er tat dies mit der Begründung: "Wir wollten nicht durch gesetzlichen Zwang der Initiative des Einzelnen den Impuls und den wertvollen Schwung rauben. Auch sollte gerade die Freiwilligkeit der Prüfung den erfolgreichen Kandidaten zu besonderer Empfehlung dienen, und ferner fürchteten wir eine Verflachung der ernst und streng durchgeführten Examen."¹⁾ Gegen den obligatorischen Schulunterricht wurde eingewendet, dass "darin namentlich die Gefahr einer Herabsetzung des Bildungsniveaus" zu erblicken sei.²⁾

Das Lehrlingspatronat, das entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes vorerst keinen Unterschied zwischen kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen zu machen gedachte, verzichtete angesichts der Haltung der interessierten Kreise darauf, den Schulbesuch für die kaufmännischen Lehrlinge zusammen mit den gewerblichen Lehrlingen obligatorisch zu erklären. Es fügte seiner Rechtfertigung die etwas merkwürdige Begründung bei, dass zunächst bei den Gewerbelehrlingen Erfahrungen gesammelt werden sollten.³⁾ Wie in den Berufen des Handwerks, wurden gegen Ende des ersten Weltkrieges auch im Handelsstand Forderungen nach einer Revision des Lehrlingsgesetzes in bezug auf ein vermehrtes Mitspracherecht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erhoben, mit dem Ziel, "allseitig ein lebhaftes und gesundes Interesse an der volkswirtschaftlich, berufsständisch und privatwirtschaftlich gleich wichtigen Sache der Berufsbildung" zu wecken.⁴⁾ Neben der Trennung des Lehrlingspatronates in eine kaufmännische und eine gewerbliche Abteilung, wurde das Obligatorium sowohl des Schulunterrichts als auch der Lehrabschlussprüfungen angestrebt. Das Erziehungsdepartement arbeitete darauf einen entsprechenden Entwurf aus. Bei dessen Beratung wollte aber plötzlich die Mehrheit der Anwesenden von einem obligatorischen Schulunterricht absehen, für welchen der Kaufmännische Verein eben noch eingetreten war, und befürwortete nunmehr die Verpflichtung zur Ablegung einer Prüfung am Schluss der Lehre. Der Regierungsrat erliess darauf ein Reglement, das diese Verpflichtung festlegte.⁵⁾ Das Obligatorium des Schulbesuches wurde hingegen infolge "technischer" Schwierigkeiten vorläufig zurückgestellt.

Im Jahre 1927 wurden die ersten obligatorischen kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen in Basel durchgeführt. Deren Ergebnis war aber derart katastrophal, dass sich auch die Behörden mit der Angelegenheit befassten und zum Schluss kommen mussten, dass nur die Verpflichtung zum Besuch der Berufsschule eine Besserung bringen könne. Doch wurde auf kantonalem Boden vorläufig nichts mehr unternommen, da der Erlass eines Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung unmittelbar bevorstand.

1) Jahresbericht KVB 1925/26 S. 9/10.

2) Jahresbericht KVB 1907/08 S. 70.

3) Jahresbericht KVB 1907/08, 1908/09.

4) Jahresbericht KVB 1917/18 S 31.

5) Reglement betr. die Verpflichtung der kaufmännischen Lehrlinge und Lehtöchter zur Ablegung der Lehrlingsprüfung, vom 21. August 1925, Ges. Slg. BS Bd 33, S. 239 ff.

3.Kapitel: Das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930 und seine Durchführung.

I. Vorarbeiten.¹⁾

Nicht nur in Basel, sondern auch auf dem übrigen Gebiet der Eidgenossenschaft war es bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts um die berufliche Ausbildung nicht gut bestellt. Der Schweizerische Gewerbeverein und die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft bemühten sich, die Verhältnisse zu bessern. Die Frage der Unterstützung beruflicher Bildungsbestrebungen durch den Bund wurde erstmals in der Bundesversammlung durch ein Postulat vom 26. April 1882 aufgeworfen. Eine im Jahre 1883 auf Veranlassung des Bundesrates vom Schweizerischen Gewerbeverein durchgeführte Enquête erwies die unbedingte Notwendigkeit, irgendwelche Massnahmen zu ergreifen, um den bestehenden Uebelständen, die weite Kreise von Industrie und Handwerk in ihrer Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen drohten, abzu- helfen. Sie führte zum bereits erwähnten Bundesbeschluss vom 27. Juni 1884 betr. die gewerbliche und industrielle Berufsbildung, demzufolge der Bund den in Frage kommenden Berufsbildungsanstalten jährliche Beiträge zusicherte.²⁾ Weitere Bundesbeschlüsse, von 1891³⁾ und 1895⁴⁾, erbrachten Beiträge an den kaufmännischen Unterricht und den hauswirtschaftlichen und beruflichen Unterricht für weibliche Personen.

Ungefähr zur gleichen Zeit waren Bestrebungen im Gange, einen Art. 34 ter in die Bundesverfassung aufzunehmen, welcher dem Bund die Befugnis erteilen sollte, über das Gewerbewesen einheitliche Bestimmungen zu erlassen. In der Volksabstimmung vom 4. März 1894 wurde die Verfassungsänderung zwar abgelehnt, bald aber wenig verändert von ihren Befürwortern wieder neu angestrebt. Am 5. Juli 1908 wurde die Vorlage hierauf angenommen. Damit war der Bundesverfassung ein Art. 34 ter eingefügt, lautend: "Der Bund ist befugt, auf dem Gebiete des Gewerbewesens einheitliche Bestimmungen aufzustellen."

Auf Grund des neuen Verfassungsartikels stellten die Vertreter der grossen wirtschaftlichen Verbände ein Programm für die Gesetzgebung auf. In diesem sind das Lehrlingswesen und die berufliche Fortbildung unter den Gebieten genannt, mit denen sich die eidgenössische Gewerbe-Gesetzgebung zuerst zu beschäftigen hätte.

In den nun folgenden Jahren wurden von den interessierten Verbänden verschiedene Vorschläge eingereicht. Unter diesen ist vor allem der Entwurf des Schweizerischen Gewerbeverbandes vom 9. Juni 1918 zu erwähnen. Mit diesem wurde eine wertvolle Diskussionsgrundlage geschaffen.⁵⁾ In der Folge führten die Beratungen einer Expertenkommission zu "Vorentwurf und Motiven zu einem Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung", 1924 vom eidgenössischen Arbeitsamt publiziert. Nachdem alle beteiligten Kreise Gelegenheit gehabt hatten, sich zum Vorentwurf zu äussern, wurde im Laufe des Jahres 1927 der Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der dann den

1) Die Unterlagen zum vorliegenden Abschnitt sind der Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1928 entnommen, Bundesblatt Jg. 80 Bd. 2, S. 725 ff.

2) AS Bd. 7, S. 613 ff.

3) BB betr. die Förderung der kommerziellen Bildung vom 15. April 1891, AS Bd. 12, S. 148 ff.

4) BB betr. die hauswirtschaftliche und berufliche Bildung des weiblichen Geschlechts vom 20. Dezember 1895, AS Bd. 15, S. 448 f.

5) Entwurf eines BG betr. Berufslehre und Berufsbildung, Gewerbliche Zeitfragen Heft 28 (Bern 1918).

eidgenössischen Räten zusammen mit der Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1928 vorgelegt wurde. Nach geringfügigen Aenderungen wurde dem Gesetz sowohl vom National- als auch vom Ständerat in den Schlussabstimmungen vom 25. bzw. 26. Juni 1930 oppositionslos zugestimmt. Am 30. September 1930 lief die Referendumsfrist unbenützt ab, worauf das Gesetz vom Bundesrat auf den 1. Januar 1933 in Kraft gesetzt werden konnte.

II. Der Inhalt des Bundesgesetzes.

Das Bundesgesetz ist in folgende Abschnitte gegliedert:

1. Geltungsbereich (Art. 1).
2. Berufslehre (Art. 2 bis 24).
3. Anlernung eines Berufes (Art. 25).
4. Vorlehrkurse (Art. 26 und 27).
5. Beruflicher Unterricht (Art. 28 bis 34).
6. Lehrabschlussprüfung (Art. 35 bis 41).
7. Höhere Fachprüfungen (Art. 42 bis 49).
8. Bundesbeiträge (Art. 50 bis 53).
9. Vollzug (Art. 54 bis 56).
10. Strafbestimmungen (Art. 57 bis 59).
11. Uebergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 60 bis 62).

Auf die einzelnen Abschnitte des Gesetzes soll hier nicht eingegangen werden, da die Hauptbestimmungen im neuen kantonalen Lehrlingsgesetz wiederkehren, welches ausführlicher darzustellen sein wird.¹⁾

III. Das Verhältnis des Bundesgesetzes zur damaligen Basel-Städtischen Lehrlingsgesetzgebung.

Es ist nicht unsere Aufgabe, auf Fragen der Kompetenzabgrenzung einzugehen, die sich bei Erlass des neuen Gesetzes ergeben haben. Immerhin sei festgehalten, dass das Bundesgesetz mit Bezug auf die darin geregelten Materien absolute Geltung beanspruchen muss, und dass die kantonalen Lehrlingsgesetze mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes nur soweit aufgehoben wurden, als sie sich auf Verhältnisse bezogen, die durch das Bundesgesetz geregelt werden. So blieben die kantonalen Bestimmungen über den Lehrlingsschutz in Kraft, da diese im neuen Gesetz nicht enthalten sind. Wie die Botschaft des Bundesrates ausdrücklich erwähnt, soll es sich bei der Neuregelung im wesentlichen nicht um eine Beseitigung, sondern vielmehr um einen Ausbau des bereits Bestehenden handeln.²⁾

So soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, die alten kantonalen Bestimmungen über die berufliche Ausbildung und die neuen eidgenössischen gegeneinander abzuwägen, um festzustellen, ob das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung auch für Basel, das sich eines fortschrittlichen gewerblichen Berufsbildungswesens rühmen durfte, einen Schritt vorwärts bedeutet oder ob es einen Rückschritt gebracht hat.

Ein offensichtlicher Fortschritt gegenüber der vorherigen Basler Gesetzgebung ist zunächst im Obligatorium des beruflichen Unterrichts für alle Lehrlinge zu erblicken. Ein solcher hat übrigens in verschiedenen

1) Vollständiger Text siehe AS Bd. 48, S. 789 ff.

2) vgl. Bundesblatt Jg. 80, Bd. 2, S. 743.

Kantone längst zu Recht bestanden, während Basel in bezug auf die kaufmännischen Lehrlinge aus den vorne angeführten Gründen - trotz seines fortschrittlichen Lehrlingsgesetzes - noch eine wenig rühmliche Ausnahme machte. Es war dies vor allem auf die Haltung der Basler Handelskammer zurückzuführen, die immer wieder gegen alle Bestrebungen, den obligatorischen Schulunterricht für die kaufmännischen Lehrlinge einzuführen, opponierte. Sie hatte umsomehr Erfolg, als sie den Kaufmännischen Verein Basel in der gleichen Richtung zu beeinflussen vermochte. Der Bundesrat hat denn auch in seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung die Basler Handelskammer als einzige Institution erwähnen müssen, die wiederholt gegen das Obligatorium des Schulbesuches eingetreten ist. - Auf Grund des Bundesgesetzes hat der obligatorische Unterricht für die kaufmännischen Lehrlinge in Basel mit dem Sommersemester 1933 seinen Anfang genommen.

Eine wertvolle Förderung hat das neue Gesetz durch eine Einrichtung erfahren, die im Jahre 1922 in Basel geschaffen und darauf von verschiedenen Kantonen übernommen worden ist. Es sind dies die gewerblichen Vorlehrgänge. Diese bedeuten insbesondere für die Berufe der Holz- und Metallbearbeitung eine wertvolle systematische Einführung in den Beruf.¹⁾ Es sind Bestimmungen über ihre Einführung in einzelnen Berufen und über die Anrechnung als Teil der Lehrzeit ins Gesetz aufgenommen worden; zudem sind diese Kurse ausdrücklich subventionsberechtigt erklärt worden.

Eine wichtige nützliche Neuerung besteht ferner darin, dass nunmehr auf Grund des Art. 25 des Bundesgesetzes Personen, die in einem Beruf mindestens doppelt so lange angelernt worden sind, als die vorgeschriebene oder übliche Lehrzeit beträgt, und die den beruflichen Unterricht besucht haben, ebenfalls zur Lehrabschlussprüfung zuzulassen sind. Wie das Gesetz hiezu ausführt, sollen in erster Linie tüchtige Arbeiter dafür in Frage kommen, die während ihrer Minderjährigkeit nicht in der Lage gewesen sind, eine Lehre zu absolvieren. Diese Einrichtung hat vorher nicht bestanden. Sie ist sehr zu begrüßen, gestattet sie doch manchem Unbemittelten, auf Grund seiner beruflichen Tüchtigkeit später noch ein Fähigkeitszeugnis zu erlangen, das ihm den weiteren beruflichen Aufstieg und die Zulassung zur Meisterprüfung erlaubt.

Die durch das Gesetz neu geschaffene Möglichkeit, dass Berufsverbände gesetzlich anerkannte Meisterprüfungen²⁾ durchführen können, bedeutet einen weiteren Fortschritt.³⁾

Damit hat ein altes Postulat des Schweizerischen Gewerbeverbandes seine Verwirklichung gefunden. Die materiellen Vorteile dieser Institution sind heute schon ziemlich offensichtlich. Auf Grund der Verordnung II zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung kann in bestimmten Berufen die Lehrlingshaltung vom Bestehen einer solchen Meisterprüfung abhängig gemacht werden. Auch wird angestrebt, dass bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten in erster Linie die diplomierten Meister berücksichtigt werden müssen. In einzelnen Fällen ist man bereits auch dazu übergegangen, nur diplomierte Meister als für die Gesamtarbeitsverträge verträglich anzuerkennen.⁴⁾ Welche Bedeutung dieser Einrichtung ganz allgemein zugemessen wird, kommt sowohl in der Tatsache zum Ausdruck, dass bis Ende 1946 schon 54 Meisterprüfungsreglemente aufgestellt worden sind, als auch in der lebhaften Diskussion, die seit einigen Jahren in der Öffentlichkeit waltet.

1) siehe nachfolgend S. 51 f.

2) Zu diesen Prüfungen ist jede Person zugelassen, die in bürgerlichen Ehren steht, das Fähigkeitszeugnis oder einen als gleichwertig bezeichneten Fähigkeitsausweis besitzt und seit dem Abschluss der Lehrzeit mindestens drei Jahre im Beruf tätig gewesen ist. Bundesgesetz Art. 45.

3) Nach der Auflösung der Zunftordnung haben Meisterprüfungen in Basel erstmals wieder im Jahre 1922 stattgefunden. Damals führte der Schneidermeisterverband auf freiwilliger Basis solche Prüfungen durch; einige weitere Verbände folgten diesem Beispiel noch im selben Jahr.

4) So im Basler Tapezierer-Decorateur-Gewerbe, Gesamtarbeitsvertrag vom 27. Dezember 1939.

Diesen Fortschritten dürften kaum nennenswerte Nachteile des Gesetzes gegenüber der früheren kantonalen Gesetzgebung gegenüberstehen. Wenn auch von gewerblicher Seite geltend gemacht worden ist, dass das Fallenlassen der kantonalen Berufslehrverordnungen, die besonders in Basel einen ganz vorzüglichen Ausbau erfahren hatten und den eidgenössischen Reglementen in mancher Beziehung überlegen waren, sehr zu bedauern sei, so darf doch nicht übersehen werden, wie begrenzt das Wirtschaftsgebiet des Kantons ist und wie sehr die auf seinem Gebiet liegenden Betriebe infolgedessen der Gefahr ausgesetzt sind, bei zu hoch geschraubten sozialen Forderungen konkurrenzunfähig zu werden. Mit den eidgenössischen Reglementen wird ein Ausgleich unter den Kantonen geschaffen.

Trotz allem ist Basel auch auf dem Gebiet der Lehrlingsgesetzgebung ein sehr fortschrittlicher Kanton geblieben, hat er doch weiterhin die gemäss einer Verordnung aus dem Jahre 1923 mit der Beaufsichtigung der Berufslehre beauftragten Fachkommissionen beibehalten, die als ein aus Berufsleuten paritätisch zusammengesetztes Organ eine unbürokratische Aufsicht über die Lehrverhältnisse garantieren. Diese Lösung des sehr heiklen Problems gilt anerkanntermassen als vorbildlich.

IV. Die Durchführung des Bundesgesetzes.

Das neue Bundesgesetz und die zugehörige Verordnung I ¹⁾ regeln die Berufsbildung abschliessend, so dass den Kantonen nur noch die allfälligen Vollziehungsverordnungen zu erlassen und etwaige organisatorische Massnahmen zu treffen obliegt. Für Basel war dies verhältnismässig leicht zu bewerkstelligen und bedurfte keiner grossen Umstellungen. Einzig das Obligatorium des Schulbesuches für die kaufmännischen Lehrlinge verursachte einige Schwierigkeiten, da es dem Kaufmännischen Verein, dem der Unterricht übertragen worden war, an Lehrkräften und Raum mangelte. Gesetzgeberisch wurde die Materie durch drei Verordnungen geregelt, ²⁾ wodurch eine gewisse Konzentration verschiedener Vorschriften und eine grössere Uebersichtlichkeit erreicht worden ist.

Im allgemeinen kann man sagen, dass der Uebergang von der alten kantonalen zur neuen eidgenössischen Gesetzgebung über das Lehrlingswesen in Basel reibungslos vor sich gegangen ist, und dass die ruhige Fortentwicklung, die wir schon für das Jahrzehnt 1920/30 - wenn auch nicht *expressis verbis* - als charakteristisch feststellen konnten, auch in diesem Zeitraum ihren Fortgang genommen hat.

Erst im Jahre 1938 ist es wieder zu einer Diskussion über grundsätzliche Fragen über das Lehrlingswesen im Basler Grossen Rat gekommen. Im Oktober dieses Jahres suchte der Regierungsrat um die Bewilligung eines Kredites zur Errichtung einer Lehrwerkstätte für Mechaniker an der Allgemeinen Gewerbeschule nach. ³⁾ Der dauernde Mangel an Lehrstellen für Mechaniker machte diese Massnahme notwendig. Sie wurde vom Gewerbeverband, dem Metallarbeiterverband sowie den Maschinenindustriellen unterstützt. In der im Grossen Rat gepflogenen Diskussion wurde hauptsächlich von liberaler Seite geltend gemacht, die Hauptursache des

1) Verordnung I zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 23. Dezember 1932, AS Bd. 48, S. 808 ff.

2) VO betr. den Vollzug des BG vom 27. März 1934, Ges. Slg. BS, Bd. 36, S. 240 ff.

VO betr. Beaufsichtigung der Berufslehre vom 11. Januar 1935, Ges. Slg. BS Bd. 36, S. 371 ff.

VO betr. den oblig. Unterricht für Lehrlinge und die Lehrabschlussprüfung vom 5. Februar 1937, Ges. Slg. BS Bd. 37, S. 331 ff.

3) Grossratsprotokoll 1938.

herrschenden Lehrstellenmangels sei in der zu weitgehenden Einmischung des Staates zu suchen. Wenn dagegen Abhilfe geschaffen werde, werde sich auch die Haltung der Lehrmeister ändern und es könnten wieder vermehrt Lehrlinge in Lehrstellen untergebracht werden. Doch siegte die Richtung, welche die Notwendigkeit einer Lehrwerkstätte betonte. Dem Auftrag auf Rückweisung an eine Kommission wurde nicht stattgegeben und der Errichtung der geplanten Lehrwerkstätte zugestimmt.¹⁾ Schon in der nächsten Sitzung reichte der Hauptvotant in der Debatte um die Lehrwerkstätte, Schlossermeister Ackermann, einen von verschiedenen seiner liberalen Fraktionskollegen mitunterzeichneten Anzug ein, der den Regierungsrat einlud, "zu prüfen und zu berichten, ob und in welcher Weise den Arbeitgebern die Haltung von gewerblichen und kaufmännischen Lehrlingen erleichtert werden kann."²⁾ Der Anzugsteller dachte dabei, wie er in der Begründung seines Anzugs ausführte, nicht so sehr an eine Vermehrung der zulässigen Lehrlingszahl im einzelnen Betrieb, als vielmehr an eine weitergehende Unterstützung der Lehrmeister durch das Gewerbeinspektorat sowie an staatliche Prämien für diese. Es sei, so führte er weiter aus, nachdem sich der Kanton einmal grundsätzlich für die Förderung des Lehrlingswesens entschieden habe, indem er den Kredit für die Lehrwerkstätte bewilligt habe, nicht mehr als recht und billig, wenn der Lehrmeister für seine grossen Bemühungen vom Staat auch eine angemessene Entschädigung erhalte. Damit erübrige sich die Errichtung weiterer Lehrwerkstätten und die Lehrlingsausbildung könnte so auf billigere Weise gefördert werden. In seiner Antwort führte der Regierungsrat aus, dass Subventionen und gesetzgeberische Massnahmen auf diesem Gebiet im Kanton nicht zulässig seien, da diese in den Kompetenzbereich des Bundes fielen. Immerhin könnte geprüft werden, ob nicht Firmen, die sich in der Lehrlingsausbildung auszeichnen, bei der Vergebung von Aufträgen besonders berücksichtigt werden sollten. Der Anzug wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt.³⁾

Aus der Behandlung dieser Angelegenheit muss der Schluss gezogen werden, dass die Oeffentlichkeit mit der bestehenden Ordnung auf dem Gebiet des Lehrlingswesens im allgemeinen zufrieden war. Dies zeigt sich in der Folge auch bei der Beratung des Entwurfs zu einem kantonalen Lehrlingsgesetz, die am 13. Mai 1943 im Grossen Rat stattfand. Das Gesetz wurde bereits nach der ersten Lesung mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimmen angenommen. Es ist keine einzige Aenderung von Bedeutung am regierungsrätlichen Entwurf vorgenommen worden.⁴⁾ Wie beim Gesetz von 1906 ist auch diesmal das Referendum nicht ergriffen worden. Ein Vergleich zu damals lässt sich allerdings schwerlich ziehen. Handelte es sich 1906 darum, eine bisher vom Staat nicht angetastete Sphäre des öffentlichen Lebens durch Gesetz zu regeln, so galt es 1943 nur, bereits Eingelebtes und Bekanntes in Gesetzesform zu fassen. Weniger Glück hatte hingegen die Regierung mit ihrem Projekt für den Neubau der Gewerbeschule, das, obwohl auch hier die Notwendigkeit eines Neubaus unbestritten war, wegen seiner hohen Kosten vom Basler Volk in der Volksabstimmung vom 30./31. Oktober 1943 mit 18'256 gegen 15'352 Stimmen abgelehnt worden ist.

1) Grossratsprotokoll 1938, "Basler Nachrichten" vom 13./14. Oktober 1938.

2) Anzug Ackermann vom 27. Oktober 1938, Grossratsprotokoll 1938.

3) "Basler Nachrichten" vom 24./25. November 1938.

4) Grossratsprotokoll 1943.

4.Kapitel: Das kantonale Gesetz betr. das Lehrlingswesen vom 13. Mai 1943.¹⁾

I. Notwendigkeit eines neuen kantonalen Gesetzes.

Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung standen in Basel parallele eidgenössische und kantonale Vorschriften nebeneinander in Kraft. Wohl durften kantonale Bestimmungen, die Materien betrafen, welche durch das Bundesgesetz geordnet waren, nicht mehr angewendet werden. Formell waren sie aber nicht aufgehoben, so dass es für die Beteiligten beinahe unmöglich war, sich in den unübersichtlichen Verhältnissen zurechtzufinden. Man fand es deshalb mit der Zeit unerlässlich, dass der Kanton die berufliche Ausbildung auf eine solche Weise normiere, dass möglichst wenig Reibungen entstehen können und auch der einzelne Lehrmeister instande sei, sich über die für ihn massgebenden Vorschriften ein Bild zu machen. In Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen des Kantons arbeitete der Regierungsrat einen Gesetzesentwurf aus, den er zusammen mit seinem Ratschlag am 15. April 1943 dem Grossen Rat vorlegte. Wie schon vorne erwähnt, stimmte der Grosse Rat diesem Entwurf in seiner Sitzung vom 13. Mai 1943 zu, worauf das Gesetz zusammen mit einer regierungsrätlichen Vollziehungsverordnung²⁾ auf den 1. Oktober desselben Jahres in Kraft gesetzt werden konnte.

Als erster Zweck des neuen Gesetzes wurde genannt, die in vielen Erlassen - der Ratschlag nennt deren 12 - zerstreuten Vorschriften zusammenzufassen, damit eine übersichtliche Ordnung entstehe. Hierbei war überhaupt zu prüfen, ob die noch geltenden Bestimmungen - z.T. stammten sie aus dem Lehrlingsgesetz von 1906 - noch befriedigten oder ob eine Neuordnung erwünscht wäre. Es zeigte sich, dass wohl verschiedene Institutionen veraltet, andere dagegen noch durchaus zeitgemäss waren. Revisionsbedürftig geworden war z.B. die Institution des Lehrlingspatronates. Schon sein Name, der von der Betreuung einzelner Lehrlinge durch die Kommission ausging, war nicht mehr am Platze. Die Aufgaben des Lehrlingspatronates hatten sich längst gewandelt und bestanden z.Zt. des Gesetzeserlasses vor allem in der Begutachtung wichtiger Fragen der Lehrlingsausbildung zuhanden der interessierten Behörden. Auch seine Zusammensetzung entsprach nicht mehr den Bedürfnissen. Um aber nicht eine zu grosse und damit unbewegliche Kommission zu schaffen, bildete man zwei Berufsbildungskommissionen, eine kaufmännische und eine gewerbliche. In ihnen sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichmässig vertreten sein; ebenso muss mindestens eine Frau unter den Mitgliedern sein.³⁾ Ferner war beim Neuerlass des Gesetzes Gelegenheit, verschiedene Neuerungen, die auf dem Verordnungswege eingeführt worden waren, nun im Gesetz zu verankern. So wurde die Institution der Fachkommissionen ins Gesetz aufgenommen.⁴⁾

1) Vollständiger Text siehe Ges. Sig. BS Bd. 39, S. 32 ff.

2) Verordnung über die Vollziehung des Gesetzes betr. das Lehrlingswesen vom 13. Mai 1943 vom 31. Aug. 1943, Ges. Sig. BS Bd. 39, S. 86 ff.

3) Gesetz betr. das Lehrlingswesen § 41.

4) Gesetz § 17.

Ein zweiter Zweck des Gesetzes bestand im Ausbau des Lehrlings-schutzes, in welchem die Kantone immer noch unbeschränkt legiferieren dürfen. Seit längerer Zeit schon wurden Lehrlinge, die in einen Beruf einzutreten wünschten, der besondere Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit des jungen Menschen stellte, dem Schularzt zu einer ärztlichen Untersuchung überwiesen. Nach Ansicht der beteiligten Kreise, besonders der Lehrmeister der in Frage stehenden Berufe, genügte es aber nicht, diese Prüfung des Gesundheitszustandes auf freiwilliger Basis durchzuführen; Uneinsichtige sollten zu einer Untersuchung vor Lehrantritt gezwungen werden können. Im Gesetz nun wurde die Grundlage für ein solches Obligatorium geschaffen. Ebenso wurde festgelegt, dass der Regierungsrat für Berufe, die besondere Gefahren für die Gesundheit der Jugendlichen aufweisen, eine ärztliche Ueberwachung während der Lehrzeit anordnen kann.¹⁾

Ein weiterer Zweck des Gesetzes bestand in der Einführung der obligatorischen Versicherung gegen Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle. Die Versicherung liegt unbestritten im Interesse sowohl der Lehrlinge wie der Meister, da die letztern bei Unfällen schon oft zu hohen Schadenersatzleistungen verpflichtet worden sind. Das Gesetz bestimmt, dass der Arbeitgeber die Prämien für die Versicherung gegen Betriebsunfälle übernehmen muss; die Bezahlung der Prämien für Nichtbetriebsunfälle ist zwischen den Parteien im Lehrvertrag zu regeln.²⁾

II. Der Stand der Lehrlingsgesetzgebung nach Inkraft-treten des Gesetzes vom 13. Mai 1943.

Im Folgenden versuchen wir, uns einen kurzen Ueberblick über die geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften über die Berufsausbildung und den Lehrlingsschutz zu verschaffen.³⁾

1. Geltungsbereich.

Die Lehrlingsgesetzgebung findet Anwendung auf die Berufe des Handwerks, der Industrie, des Verkehrs, des Handels und verwandter Wirtschaftszweige.

2. Berufslehre.

Als Lehrling darf nur eingestellt werden, wer das 15. Altersjahr vollendet hat.

Der Regierungsrat kann in Berufen, die besondere Gefahren für die Gesundheit der Lehrlinge aufweisen, eine ärztliche Untersuchung vor dem Lehreintritt sowie eine ärztliche Ueberwachung während der Lehrzeit anordnen.

Nur solche Betriebe sind befugt Lehrlinge einzustellen, die Gewähr für eine fachgemässe Ausbildung bieten und in welchen der Lehrling nicht gesundheitlichen und sittlichen Gefahren ausgesetzt ist. In bestimmten Berufen ist die Möglichkeit zur Annahme von Lehrlingen mit gewissen Ausnahmen davon abhängig gemacht, dass der Betriebsinhaber oder der mit der Ausbildung beauftragte Vertreter die Meisterprüfung bestanden hat.

1) Gesetz § 3.

2) Gesetz § 10.

3) vgl. Erlasse betr. die berufliche Ausbildung und das Lehrlingswesen im Kanton Basel-Stadt. (Herausgegeben vom Gewerbe-Inspektorat Basel-Stadt 1943) S. 7 ff.

Die Zahl der Lehrlinge, die in einem Betrieb gleichzeitig beschäftigt werden dürfen, ist in den eidgenössischen Berufsreglementen festgesetzt.

Spätestens bei Beginn der Lehrzeit muss ein nach bestimmten Normen aufgestellter schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen werden, der innert 14 Tagen nach Ablauf der Probezeit dem Gewerbeinspektorat zur Genehmigung vorgelegt werden muss.

Die Pflichten des Lehrmeisters und des Lehrlings entsprechen den im Gesetz von 1906 bereits festgelegten. Die Lehrlinge sind ohne Unterschied des Berufes zum Besuch des beruflichen Unterrichts verpflichtet. Als Richtlinie für die Ausbildung im Betrieb dient das in den Berufsreglementen enthaltene Lehrprogramm. Für ungenügende Ausbildung im Betrieb ist der Betriebsinhaber schadenersatzpflichtig, sofern er sich nicht exculpieren kann.

Die Dauer der Lehrzeit ist durch die Berufsreglemente geordnet. Die ersten vier Wochen der Lehrzeit gelten als Probezeit; sie kann mit Zustimmung des Gewerbeinspektorates bis auf 6 Monate verlängert werden.

Aus wichtigen Gründen kann das Lehrverhältnis jederzeit aufgelöst werden, und zwar sowohl von den Vertragsparteien, als auch vom Departement des Innern. Ist kein wichtiger Grund vorhanden, so kann dies nur im gegenseitigen Einverständnis geschehen.

3. Schutz des Lehrlings.

Alle Betriebe haben ihre Lehrlinge gegen Unfälle zu versichern.

Arbeitsraum, Arbeitsmaschinen und Werkzeuge müssen derart beschaffen sein, dass Gesundheit und Leben der Lehrlinge bestmöglich geschützt sind.

Für die Arbeitszeit der Lehrlinge in den Fabrikbetrieben ist das Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken massgebend, die Arbeitszeit der Lehrlinge der übrigen Betriebe richtet sich nach dem kantonalen Arbeitszeitgesetz. Nachtarbeit ist mit bestimmten Ausnahmen (Bäcker-, Gastwirtschafts- und Kaminfegergewerbe) untersagt.

Der jährliche Ferienanspruch beträgt 12 Werktage.

4. Aufsicht über die Lehrverhältnisse.

Die Aufsicht ist Sache des Gewerbeinspektorates, das zur Mitwirkung paritätische Fachkommissionen und wo nötig die Baupolizei sowie das Gesundheitsamt zuziehen kann.

5. Beruflicher Unterricht.

Der berufliche Unterricht, zu dessen Besuch der Lehrling während der ganzen Dauer der Lehrzeit verpflichtet ist, wird an der Allgemeinen Gewerbeschule, der Frauenarbeitsschule und der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins erteilt. Massgebend für die Schulpflicht ist der Lehrort. Die jährliche Pflichtstundenzahl schwankt zwischen 160 - 320 Stunden für gewerbliche und zwischen 240 - 360 Stunden für kaufmännische Lehrlinge.

6. Prüfungen.

1. Zwischenprüfungen: Sie dienen der Kontrolle über den Stand der Ausbildung. Das Departement des Innern kann sie für einen Beruf obligatorisch erklären. Im Einzelfall kann eine solche auch vom Gewerbeinspektorat angeordnet werden.

2. Lehrabschlussprüfungen: Die Teilnahme an der Lehrabschlussprüfung ist für alle Lehrlinge obligatorisch. Der Prüfungsstoff

richtet sich nach den eidgenössischen Reglementen über die Mindestanforderungen der Lehrabschlussprüfung in den einzelnen Berufen. Wer die Prüfung mit Erfolg bestanden hat, erhält das eidgenössische Fähigkeitszeugnis und darf sich hinfort gelernter Berufsangehöriger nennen.

Beim Fehlen eidgenössischer Verbandsprüfungen ist die Durchführung Sache der Kantone. In Basel steht diese Aufgabe der Berufsbildungskommission zu, die ihrerseits die Organisation der Examen Berufsverbänden übertragen kann. Die Berufsverbände haben eine Prüfungskommission zu bestellen, welche - abgesehen von den Vertretern der Berufsbildungskommission - paritätisch zusammengesetzt sein muss. Die Durchführung der Lehrabschlussprüfung für die kaufmännischen Lehrlinge ist dem Schweiz. Kaufmännischen Verein übertragen.

3. Die höheren Fachprüfungen: Durch diese Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Bewerber die zur selbständigen Ausübung seines Berufes notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse besitzt.

Die höheren Fachprüfungen - im Gewerbe Meisterprüfungen genannt - werden von den Berufsverbänden veranstaltet.

Wer die Prüfung besteht, ist zur Führung desjenigen Titels berechtigt, der im Prüfungsreglement festgelegt ist (Schlossermeister, Schreinermeister u.s.w.).

7. Vollzug.

Der Vollzug der Bestimmungen über die berufliche Ausbildung liegt dem Gewerbeinspektorat unter der Aufsicht des Departements des Innern ob, dem als beratende und begutachtende Organe eine Kommission für die gewerbliche und eine solche für die kaufmännische Berufsbildung zur Seite stehen. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement übt die Oberaufsicht über den Vollzug der bundesrechtlichen Vorschriften aus. Bei allen wichtigen Massnahmen sind die Berufsverbände anzuhören.

Als Strafen sieht das Bundesgesetz Bussen von Fr. 5.- - 500.- vor, während für Uebertretungen kantonaler Vorschriften Bussen bis Fr. 1'000.- und in schweren Fällen Haft angedroht sind.

2. Teil: Berufsausbildung.

Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, den jungen Menschen in einen Beruf einzuführen. Viele Methoden sind schon versucht worden, haben sich bewährt und werden heute noch angewandt; andere wieder mussten aufgegeben werden, weil sie durch die Entwicklung von Wirtschaft und Technik überholt waren. Im Folgenden seien einige der wichtigsten, allgemein anerkannten Formen der Berufslehre kurz dargestellt:

In der Meisterlehre (Werkstattlehre) erwirbt sich der Lehrling sein berufliches Rüstzeug ausschliesslich in der Werkstatt, im Betrieb des Meisters. Er ist dabei vollständig auf sich und auf die beruflichen Fähigkeiten desjenigen angewiesen, der sich mit seiner Ausbildung befasst. Zur Zeit der Zünfte und bis weit ins 19. Jahrhundert, teilweise sogar bis ins 20. Jahrhundert hinein, war dies in den gewerblichen und den kaufmännischen Berufen die normale Art der Berufslehre.

Als sich diese berufliche Ausbildung aus später näher darzulegenden Gründen als ungenügend erwies, ergänzte man sie durch Unterrichtskurse an einer Berufsschule. - Auf diesem Wege wird noch heute der Grossteil des kaufmännischen und des gewerblichen Nachwuchses ausgebildet.

Die gewerbliche Berufslehre kann aber auch in einer Lehrwerkstätte absolviert werden. Diese kann eine private sein, d.h. ein selbständiger, besonders gut qualifizierter Meister erhält das Recht, in seinem Betrieb eine grosse Zahl Lehrlinge auszubilden; oder aber sie ist eine staatliche Einrichtung, welcher wiederum ein Fachmann vorsteht, der in der Art eines Lehrers in ganztägigem praktischem Unterricht die jungen Leute in ihren Beruf einführt. In diesem Fall ist für eine ergänzende theoretische Ausbildung bereits im Rahmen des ganztägigen Kurses gesorgt.

Im Gegensatz zu der vorwiegend praktisch orientierten Ausbildung in Meisterlehre oder Lehrwerkstätte steht der Besuch von ganztägigen Unterrichtskursen an einer Berufsschule. In diesen wird mehr Gewicht auf die theoretische Ausbildung gelegt. Wir denken dabei an die Handelsfachschulen und an die Fachschulen in der Art der heute noch bestehenden Techniken.¹⁾ Diese letzteren dienen in erster Linie der Heranbildung des beruflichen Kaders.

In den beiden folgenden Kapiteln seien nun insbesondere diejenigen Einrichtungen dargestellt, die in Basel der gewerblichen Lehrlingsausbildung dienen.

1) Heute wird als Voraussetzung zum Besuch eines Technikums meist eine abgeschlossene Berufslehre verlangt.

1. Kapitel: Die Berufsbildung der Lehrlinge und Lehrtöchter der gewerblichen Berufe.

I. Die Meisterlehre.

"Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass jeder angehende Berufsmann eine praktische Lehre zu absolvieren hat und dass die praktische Lehre durch eine entsprechende theoretische Ausbildung in Berufsschulen zu ergänzen ist."¹⁾ Bei diesem Grundsatz war man nicht erst Ende der Zwanzigerjahre angelangt. Diese Erkenntnis war schon der tragende Gedanke all jener Bestrebungen, die Ende des letzten und anfangs des jetzigen Jahrhunderts auf die Förderung des beruflichen Unterrichts für Lehrlinge und dessen gesetzliches Obligatorium hinzielten. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die Technik haben sich derart geändert, dass die traditionelle ausschliessliche Berufslehre beim Meister als ungenügend abgelehnt werden muss. Die Anforderungen, die heute an den selbständigen Berufsmann gestellt werden, sind so hoch, dass er mit einer Ausbildung, die nur aus Volksschulbesuch und praktischer Lehre in einem Betrieb bestünde, im Existenzkampf nicht mehr bestehen könnte.

Nach wie vor liegt das Hauptgewicht der Berufslehre aber in der praktischen Lehre, die entweder in der Werkstatt eines Handwerksmeisters, einer industriellen Unternehmung oder in einer staatlichen Lehrwerkstätte absolviert wird. Untersuchen wir kurz, welche Anforderungen bei diesem Ausbildungssystem an den Lehrmeister und dessen Betrieb gestellt werden müssen, damit Gewähr für eine umfassende und gründliche Berufsausbildung geboten ist.

1. In erster Linie ist die gute Ausbildung des Lehrlings abhängig von der Persönlichkeit des Lehrmeisters, von dessen charakterlichen Eigenschaften und dessen beruflicher Tüchtigkeit. Unter Lehrmeister verstehen wir hier diejenige Person, die sich mit der Ausbildung des Lehrlings direkt befasst. Es ist dies vielfach nicht der Betriebsinhaber selbst, wenn auch das Lehrverhältnis unmittelbar nur für den Betriebsinhaber Rechtswirkungen begründet. Es ist sogar möglich, dass dieser nicht einmal die Fähigkeit besitzt, Lehrlinge auszubilden, wie dies in grösseren Betrieben nicht selten der Fall ist. Das schliesst nun nicht aus, dass das Recht zur Haltung von Lehrlingen von der Eignung des tatsächlichen Lehrmeisters abhängig gemacht wird, in der Weise, dass einem Betrieb, in welchem dem Lehrmeister die nötigen persönlichen Eigenschaften und beruflichen Fähigkeiten mangeln, das Recht zur Lehrlingshaltung entzogen werden kann. In bestimmten Berufen ist heute dieses davon abhängig gemacht, dass entweder der Betriebsinhaber oder der mit der Lehrlingsausbildung betraute Angestellte die Meisterprüfung bestanden hat, wobei allerdings für besondere Verhältnisse Ausnahmen gestattet sind.²⁾

2. Aber nicht nur an den Lehrmeister sind ganz bestimmte Anforderungen zu stellen, auch vom Betrieb selbst ist zu verlangen, dass er sich nach Art und Einrichtung für eine fachgemässe systematische Ausbildung im Beruf eignet. In erster Linie müssen solche Betriebe von der Lehrlings-

1) Joss, Meisterlehre und Berufsschule (Zürich 1928) S. 6.

2) Verordnung II zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 11. Juni 1936, Art. 3 und 4, AS Bd. 52 S. 721 f.

haltung ausgeschlossen werden, die technisch nicht in der Lage sind, eine umfassende Berufsausbildung zu vermitteln, wie Spezialbetriebe oder einseitige Reparaturbetriebe. Es lässt sich dies nicht vereinbaren mit der Forderung nach einer umfassenden Ausbildung des Lehrlings. Denn darüber ist man sich einig, dass die Lehre dem jungen Menschen eine möglichst breite Grundlage schaffen soll und dass es für ihn gefährlich ist, wenn er sich schon in der Lehre allzusehr spezialisiert.

3. Die Aufgabe des Lehrmeisters - in grösseren Betrieben des Betriebsinhabers - besteht bei der Berufsausbildung nach dem Wortlaut des Bundesgesetzes einmal in der Sorge dafür, dass sich die Ausbildung auf alle Arbeiten erstreckt, die für die Ausübung des Berufes unentbehrlich sind, und dass dabei tunlichst in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge vorgegangen wird.¹⁾ Diesem jetzt im Gesetz aufgenommenen Grundsatz entsprechend sind in den meisten Berufen schon in den Jahren nach 1920 auf kantonalem Boden Berufslehrverordnungen aufgestellt worden, deren Aufgabe es u.a. war, dem Meister Richtlinien für das systematische Vorgehen bei der Heranbildung des Berufsnachwuchses zu geben. Ähnliche Lehrprogramme wurden in der Folge auch auf Grund des Bundesgesetzes mit Wirksamkeit für das ganze Gebiet der Schweiz aufgestellt, von denen nur aus wichtigen Gründen abgewichen werden darf. Sie enthalten neben einer genauen Berufsbezeichnung, der festgesetzten Lehrzeitdauer und der Höchstzahl der pro Betrieb zulässigen Lehrlinge und einigen die Berufslehre betreffenden allgemeinen Anweisungen in der Hauptsache ein nach Lehrjahren unterteiltes Lehrprogramm. Anhand eines Reglementes über die Mindestanforderungen der Lehrabschlussprüfung im betreffenden Beruf kann sich der Lehrmeister ein genaues Bild davon machen, welche Fertigkeiten und Kenntnisse er dem Lehrling zu vermitteln hat.

An dieser Stelle ist auch die Frage der Akkordarbeit zu erörtern. Sowohl das kantonale Gesetz von 1906 als auch das Bundesgesetz von 1930 enthalten einschränkende Bestimmungen über die Beschäftigung der Lehrlinge im Stücklohn. Diese wird in beiden Gesetzen nur insoweit statthaft erklärt, als sie die Ausbildung nicht beeinträchtigt. Darüber hinaus normiert das Bundesgesetz, dass die Akkordarbeit auf Vorschlag der betreffenden Berufsverbände durch Verordnung für bestimmte Berufe während eines Teils oder der ganzen Lehrzeit vollständig untersagt werden kann.²⁾ Wenn auch immer wieder geltend gemacht wird, dass das Ziel der Ausbildung in erster Linie darin liege, den Lehrling zu exakter Ausführung der Arbeiten seines Berufes zu erziehen, dass man demnach mehr Gewicht auf die Qualität der Arbeit zu legen habe als auf deren Quantität, wird andererseits doch auch die Ansicht vertreten, dass eine vollständige Untersagung der Akkordarbeit nicht überall im Interesse des Lehrlings liege. Dieser werde durch die Arbeit im Stücklohn dazu erzogen, seine Zeit richtig auszunützen, nachdem er sich einmal die Grundlagen seines Berufes angeeignet hat. Es sei auch zu bedenken, dass gewisse Betriebe derart auf Akkordarbeit eingestellt sind, dass ein gänzlich Verbot dieser Arbeit bedeuten würde, dass der Lehrling gar nicht in allen vorkommenden Arbeiten geschult werden könnte.³⁾

Es ist zu bezweifeln, ob diese Begründung wirklich stichhaltig ist und ob nicht vielmehr das alte gewerkschaftliche Postulat auf vollständige Beseitigung der Akkordarbeit für Jugendliche weiter zu unterstützen wäre.

1) Bundesgesetz Art. 13 Abs. 1.

2) Bundesgesetz Art. 13 Abs. 3.

3) vgl. Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1928, Bundesblatt Jg. 80, Bd. 2, S. 750.

Die Tatsache ist geblieben, dass die Jugendlichen bei diesem Arbeitssystem gesundheitlich zermürbt und geschädigt werden, dazu werden die Anforderungen, wenn einmal ein gewisser Grad der Fertigkeit erreicht ist, ständig höher geschraubt. Die grosse Gefahr besteht weiterhin, dass der Lehrling als billige Arbeitskraft während der Dauer der Lehrzeit ausgenutzt wird, statt dass er in dieser Zeit sich ausschliesslich der beruflichen Ertüchtigung widmen kann.

Es sind aber nicht alle Meister ideale Lehrlingsausbildner und die kleinere Zahl der Betriebe ideale Lehrgelegenheiten. Die Notwendigkeit einer ergänzenden beruflichen Ausbildung durch die Berufsschule kann nicht bestritten werden. Die Mehrzahl der Betriebe ist schon lange nicht mehr in der Lage, dem Lehrling einen systematischen Lehrgang zu bieten, wie dies für seine gründliche berufliche Ausbildung vonnöten wäre. Die Ausbildung richtet sich zu sehr nach dem jeweiligen Stand der Arbeiten des Betriebes, nach den vorhandenen Aufträgen. Meist beginnt der Lehrling seine Lehrzeit mit Handlangerarbeiten. Dann wird er bald vom einen, bald vom andern Arbeiter auf einen Arbeitsplatz mitgenommen, und es kann leicht geschehen, dass er nach ein bis zwei Jahren von den primitivsten handwerklichen Kunstgriffen keine Ahnung hat, von einem Ueberblick über das ganze Gebiet seines Berufes ganz zu schweigen. Dazu kommt, dass man vom modernen Handwerker mehr verlangt als nur handwerkliches Können. Der selbständige Kleinmeister ist auch sein eigener Propagandist, sein eigener Buchhalter. Was denkt man von einem Betriebsinhaber, der fehlerhaft und schlecht geschriebene Briefe an seine Kunden und Lieferanten schreibt? Man könnte einwenden, dass es die Aufgabe der Volksschule wäre, die jungen Leute derart zu schulen, dass sie später keiner weiteren Unterweisung mehr bedürfen. Von diesem Idealzustand sind wir aber noch weit entfernt.

Aus all diesen Gründen muss dem Lehrling die Möglichkeit gegeben sein, in Ergänzung der Meisterlehre sich an einer Berufsschule die fehlenden praktischen und theoretischen Kenntnisse zu erwerben. Die Schule soll ihm, wenn immer möglich, einen systematischen Lehrgang in den grundlegenden Handgriffen des beruflichen Arbeitens bieten; sie soll ihn dazu anleiten, eine selbständige Buchhaltung zu führen, Berechnungen selbst anzustellen, einen formgerechten Schriftverkehr zu pflegen.

Die so ergänzte Meisterlehre hat ihre unverkennbaren Vorteile. Wenn auch der im grossen und ganzen festgesetzte Lehrgang stets durch allerschwersten Arbeitsaufträge störend beeinflusst wird, es also nicht möglich ist, den Lehrling methodisch vom Einfachen zum Schwierigen fortzuführen, darf doch nicht vergessen werden, dass der Lehrling mitten im betrieblichen Leben steht und nicht wie eine Pflanze im Treibhaus in einer Werkstätte hochgezüchtet wird. Er lernt früh schon den Konkurrenzkampf kennen, er sammelt seine Erfahrungen im Verkehr mit den Kunden und erfährt so eine ausgezeichnete Schulung in der Führung eines Geschäftes. Ganz abgesehen davon, dass diese Berufslehre die für die Eltern und das Gemeinwesen vorteilhafteste ist. Sie ist mit Recht die weitaus häufigste Art der Berufslehre geblieben.

II. Die Lehrwerkstätten.

1. Allgemeines.

Die Ursachen, die zur Errichtung von Lehrwerkstätten geführt haben, sind mannigfacher Art. Einmal lagen sie in den bereits ausgeführten Nachteilen der Meisterlehre; in diesen Werkstätten kann ein vollständiger sy-

stematischer Lehrgang geboten werden. Dann musste vielfach infolge fortschreitender Spezialisierung die Lehrlingsausbildung aufgegeben werden, was einen empfindlichen Lehrstellenmangel zur Folge hatte. Die durch die Errichtung von Lehrwerkstätten geschaffenen Lehrgelegenheiten sollten den entstandenen Ausfall wettmachen. Aber auch aus anderen Gründen können in einem bestimmten Beruf für längere Zeit das Angebot an Lehrstellen und die Nachfrage nach solchen nicht übereinstimmen. Es kann durchaus möglich sein, wie dies für Basel der Fall ist, dass sich in einem Wirtschaftsgebiet Jahr für Jahr eine beträchtliche Zahl Schulentlassener zur Erlernung eines Berufes entschliessen, dass aber die notwendige Anzahl an Lehrstellen nicht vorhanden ist, weil Betriebe der betreffenden Branche nur in relativ kleiner Zahl vorhanden sind. Durch eine zweckmässige Gestaltung des Ausbildungsprogramms kann in der Lehrwerkstätte eine Berufsausbildung auf sehr breiter Grundlage geboten und damit die Gefahr frühzeitiger Spezialisierung vermieden werden. Es ist erwiesen, dass der aus der Lehrwerkstätte hervorgehende junge Berufsmann, auch wenn er nicht Spezialarbeiter ist, sich seiner besseren allgemeinen Bildung wegen rasch im Berufsleben zurechtfindet und vorwärts kommt. Die Lehrwerkstätten eignen sich vor allem für Berufe, die wenig Kundenarbeit verlangen, dafür aber umso umfangreichere theoretische Berufskenntnisse konstruktiver, rechnerischer und künstlerischer Art. Dies besonders aus dem Grunde, weil die gesamte Ausbildung in enger Verbindung von Theorie und Praxis geboten werden kann. Wenn man nur die Vorteile des methodischen Aufbaus in Berücksichtigung ziehen wollte, müsste der Lehrwerkstätte gegenüber der Meisterlehre der unbedingte Vorzug gegeben werden. Einen vollständigen Ersatz für die Meisterlehre kann aber die Lehrwerkstätte so lange nicht bieten, als die Lehrlinge daselbst den Verkehr mit den Kunden nicht erleben, und der Vielheit an individuellen Ansprüchen des Publikums nicht begegnen. Es wird auch geltend gemacht, dass die Lehrwerkstätten dadurch, dass sie vom Arbeitsmarkt unbeeinflusst Lehrlinge ausbilden können, einen Ueberschuss an solchen produzieren. Dazu ist zu bemerken, dass eine Lehrwerkstätte nur so lange daselbstberechtigt ist, als ein wirklicher Mangel an guten Lehrstellen einem tatsächlichen Ueberschuss der Nachfrage nach Berufsarbeitern gegenübersteht.

2. Geschichtliche Entwicklung.

a. Schweiz.

Der Tiefstand des Handwerks, den wir in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Basel feststellen konnten, ¹⁾ trat auch in der übrigen Schweiz sowie in den umliegenden Ländern - vor allem in Frankreich und Deutschland - zu Tage. Allerorts wurde man sich bald bewusst, dass nur eine Verbesserung der Ausbildung zu einer wirklichen Hebung des Handwerkerstandes führen könne. Hingegen waren die Meinungen über den dabei einzuschlagenden Weg geteilt. In Frankreich wurde die Errichtung von Lehrwerkstätten empfohlen, während die deutschen Gewerbekreise der Förderung der Meisterlehre den Vorzug gaben. Der Schweizerische Gewerbeverein befasste sich wiederholt mit der Frage der Errichtung von Lehrwerkstätten, nachdem schon 1881 in einer von ihm prämierten Preisschrift die Einführung von Lehrwerkstätten in solchen Berufen angeregt worden war, in denen die Meister nicht genügend Garantie für eine seriöse Ausbildung der Lehrlinge bieten.²⁾ In den Jahren 1886/87 war dieser

1) vgl. S. 11 ff.

2) Hug, Das gewerbliche Lehrlingswesen, Preisschrift, (Winterthur 1881).

Fragenkomplex im Schweizerischen Gewerbeverein Gegenstand von eingehenden Diskussionen. Er empfahl in der Folge die Errichtung von Lehrwerkstätten. Schon ein Jahr später wurden die ersten Werkstätten dieser Art in Betrieb genommen, nämlich in Zürich eine solche für Schreiner, in Bern je eine für Schreiner und Schuhmacher. 1889 erfolgte in Winterthur die Eröffnung einer Lehrwerkstätte für Metallarbeiter. 1894 wurden die bernischen Werkstätten durch je eine Abteilung für Schlosser und Spengler erweitert. Dann trat ein Stillstand ein. - Nach dem Vorbild der badischen und württembergischen Nachbarländer wandte man sich vermehrt dem Ausbau der Meisterlehre und den gewerblichen Fortbildungsschulen in der Art unserer Gewerbeschule zu. In den Kantonen der welschen Schweiz dagegen entstand erst nach 1890 ebenfalls eine beträchtliche Anzahl von Lehrwerkstätten.¹⁾

b. Basel.

In Basel wurde im Jahre 1938 eine erste Lehrwerkstätte eröffnet, obwohl es auch hier Ende des letzten Jahrhunderts nicht an Stimmen gefehlt hatte, die eine sofortige Einrichtung von Lehrwerkstätten forderten. So war im Basler Grossen Rat 1893 ein Anzug eingereicht worden, der den Regierungsrat einlud, "zu prüfen und zu berichten, ob nicht zur Förderung einer rationellen gewerblichen Bildung Lehrwerkstätten einzuführen seien."²⁾ Mit der Begründung, es werde angenommen, die Regierung schenke auch fernerhin dem Lehrlingswesen die nötige Aufmerksamkeit, schritt der Rat jedoch über diesen Anzug zur Tagesordnung. Nur wenige Jahre später verlangte auch die Holzarbeitergewerkschaft in einer Eingabe an die Regierung die Einführung von Lehrwerkstätten; mit dem gleichen negativen Erfolg.³⁾ Gegen Ende des ersten Weltkrieges befassten sich dann auch Kommission und Direktion der Allgemeinen Gewerbeschule mit der Frage der Errichtung von Lehrwerkstätten. Eine vom damaligen Berufsberater Stocker durchgeführte Umfrage hatte ergeben, dass insbesondere die hiesigen Maschinenfabriken, die Werkstätten für Kleinmechanik und die elektrotechnischen Betriebe die Einrichtung einer staatlichen Lehrwerkstätte begrüßen würden. Ein detaillierter Vorschlag der Kommission der Gewerbeschule wurde sowohl dem Erziehungs- als auch dem Regierungsrat vorgelegt. Die Behörden äusserten jedoch Bedenken, ob die vorgeschlagene Lösung den erhofften Fortschritt für die Verhältnisse bei den Mechanikern bringen würde und konnten sich auch aus finanziellen Gründen nicht zur Ausführung des kostspieligen Projektes entschliessen. Dies rief den initiativen Basler Berufsberater auf den Plan, der hierauf im Grossen Rat ein Postulat stellte, in welchem er die Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten als Ersatz fehlender Berufsbildungsgelegenheiten forderte.⁴⁾ Nach nochmaligem Studium der Angelegenheit kam die Kommission der Allgemeinen Gewerbeschule zum Schluss, "dass sich seit der Einreichung des Projektes von 1919 infolge der herrschenden wirtschaftlichen Krisis die Aussichten, eine Lehrwerkstätte auf eine sichere Grundlage zu stellen, bedeutend verschlimmert hätten."⁵⁾ Gegenüber dem Vorschlag der Einrichtung von Lehrwerkstätten trat immer mehr das Interesse für die sogenannten Vorlehrklassen in den Vordergrund. Ihrem weiteren

1) Frauenfelder, Geschichte der gewerblichen Berufsbildung (Luzern 1938) S. 64 f. und S. 201.

2) Anzug A. Müller vom 12. Januar 1893, Grossratsprotokoll 1893.

3) Eingabe der Holzarbeitergewerkschaft an den Basler Regierungsrat Juni 1898, Handel und Gewerbe Y 14.

4) Postulat Stocker vom 17. März 1921, Grossratsprotokoll 1921.

5) Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt über das Postulat O. Stocker betr. Errichtung von Lehrwerkstätten vom 6. August 1926, S. 11.

Ausbau wurde in der Folge das Projekt der staatlichen Lehrwerkstätten geopfert.

Die Frage der Lehrwerkstätten wurde 1936/37 erneut aufgegriffen, als es darum ging, Pläne für ein neues Gewerbeschulhaus auszuarbeiten. Eine von der Kommission der Allgemeinen Gewerbeschule eingesetzte Subkommission, der je ein Vertreter der Maschinenindustrie, des Gewerbeverbandes, des Metallarbeiterverbandes, des Gewerbeinspektorates und des Arbeitsbeschaffungsrates angehörten, befasste sich eingehend mit dem Problem und kam zur Ueberzeugung, dass die Errichtung einer Lehrwerkstätte für Mechaniker eine Notwendigkeit sei, dies vor allem im Hinblick auf die aus der Vorlehre entlassenen jungen Leute, die von den Privatbetrieben nicht in Lehrstellen aufgenommen werden können.¹⁾ In seiner Sitzung vom 13. Oktober 1938 genehmigte der Grosse Rat das Projekt der Errichtung einer Lehrwerkstätte für Mechaniker und bewilligte den vom Regierungsrat angeforderten Kredit von Fr. 75'000.- für die Einrichtungs- und Betriebskosten im ersten Jahr.²⁾ Verschiedene Nachtragskredite ermöglichten in den folgenden Jahren die Schaffung weiterer Klassen.

III. Die Berufsschulen.

1. Allgemeines.

Wir haben gesehen, dass die Meisterlehre mit gewissen Nachteilen verbunden ist. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die dort gebotene Berufsausbildung unbedingt einer Ergänzung sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht bedarf.

Diese Aufgabe fällt der Berufsschule zu. Sie hat dem Lehrling diejenigen Kenntnisse zu vermitteln, die er sich bei der praktischen Arbeit im Lehrbetrieb nicht aneignen kann. Neben der Ergänzung des praktischen Könnens ist der Lehrling insbesondere in die theoretischen Grundlagen des Berufes einzuführen und ferner gilt es, ihm das notwendige geschäftliche Wissen zu vermitteln.

Dem jungen Menschen fehlt aber nach der Volksschule ganz allgemein der Einblick ins Erwerbsleben; noch ist sein Charakter nicht gefestigt. Damit fällt der Berufsschule auch die vornehme Aufgabe zu, neben der Vermittlung von Wissensstoff, die Charakterbildung der Schüler einerseits und ihre staatsbürgerliche Erziehung andererseits zu fördern. Der berufliche Unterricht sollte deshalb von keiner Seite als eine mehr oder weniger lästige Nebenerscheinung der Berufslehre abgelehnt, sondern muss als ein wichtiger Bestandteil derselben betrachtet werden.

Es bliebe noch die Frage der bestmöglichen Gestaltung des beruflichen Unterrichts zu diskutieren. Ausschlaggebend bei der Aufstellung eines Schulprogramms auf Grund der bestehenden Gesetze müssen sein: die Vorbildung der Gewerbeschüler, die Situation des Gewerbes im Rahmen der Wirtschaft des Schuleinzugsgebietes, sowie der Stand der Technik. Mit andern Worten, es ist selbstverständlich, dass Art und Inhalt des Unterrichts nicht nur zu verschiedenen Zeiten anders sind, sondern dass gleichzeitig auch Unterschiede zwischen den Schulen verschiedener Orte bestehen können. Dies hängt, wie gesagt, von den Gegebenheiten in den betref-

1) vgl. Ratschlag betr. die Bewilligung eines Kredites zur Errichtung einer Lehrwerkstätte für Mechaniker an der Allg. Gewerbeschule, 13. Oktober 1938.

2) vgl. S. 33 f.

fenden Berufen ab. Im Ratschlag zum Postulat Stocker wird u.a. auch zu diesem Problem Stellung genommen und dabei festgestellt, dass sich in Basel in früheren Jahren bei den Lehrlingen besonders Lücken in der Berufstheorie, ganz besonders auch in den zeichnerischen Fähigkeiten zeigten. Während sich in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg für die meisten Berufe die Notwendigkeit ergab, zur Ergänzung der Werkstattlehre auch praktische Übungen zu betreiben. "Die Zunahme der Übungswerkstätten an unserer Gewerbeschule, die heute für die Mehrzahl der Berufe eingerichtet sind, ging parallel mit der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Einschränkung der Möglichkeit, in der Meisterwerkstätte den Lehrlingen eine ausreichende praktische Ausbildung zu bieten."¹⁾

Demgegenüber ist festzuhalten, dass innerhalb der Schweiz heute noch grosse Differenzen in bezug auf die Gestaltung des gewerblichen Berufunterrichtes bestehen. Während sich beispielweise in vielen Schulen unseres Landes der Berufskundeunterricht mit dem Vorzeigen von Materialien und Maschinen, im Durcharbeiten von Merkblättern und dergl. erschöpft, ist man in Basel nach wie vor unbedingt von der Notwendigkeit einer praktischen Ergänzung dieses Berufskundeunterrichts überzeugt. Viele Lehrbetriebe sind derart spezialisiert, dass sie den Lehrling nicht mehr mit allen zur Ausübung des Berufes notwendigen Maschinen und Einrichtungen vertraut machen können. Der Lehrgang in den Betrieben wird vorwiegend durch die fallweise Arbeit bestimmt und ist deshalb lückenhaft und unsystematisch. Aus diesen Gründen gliederte man in Basel der Allgemeinen Gewerbeschule sog. Schulwerkstätten an, in welchen den Lehrlingen im Rahmen des Berufskundeunterrichts eine systematische praktische Berufseinführung geboten wird, die die Lehre beim Meister sinnvoll ergänzt.

Da das BIGA eine Subventionierung dieser Einrichtung durch den Bund in Frage gestellt hatte, entspann sich in den Jahren 1936/37 eine heftige Diskussion zwischen den interessierten Kreisen Basels und den Bundesbehörden, die mit der schliesslichen Anerkennung des baslerischen Standpunktes ihren Abschluss fand.²⁾

Gemäss der Wegleitung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements für die Organisation der beruflichen Unterrichts an gewerblichen Schulen besteht der Pflichtunterricht aus berufskundlichen und geschäftskundlichen Fächern. Zu den berufskundlichen Fächern gehört Zeichnen (geometrisches und Projektionszeichnen, Fachzeichnen) sowie die eigentliche Berufskunde (gewerbliche Naturlehre, Material-, Werkzeug-, Maschinen- und angewandte Berufskunde, d.h. Berufskunde unter Einbezug praktischer Vorführungen und Übungen). Geschäftskundliche Fächer im Sinne der erwähnten Wegleitung sind Muttersprache und Korrespondenz, Rechnen, Buchführung, Staats- und Wirtschaftskunde.

Anhand dieser Wegleitung arbeiten die Gewerbeschulen ihren Stundenplan aus, wobei die jährliche Stundenzahl für den Unterricht in den obligatorischen Fächern 200 bis 300 betragen darf, oder für Berufe, die keines Zeichenunterrichts bedürfen, 160 bis 240 Stunden.

1) Bericht des Regierungsrates ... über das Postulat O.Stocker ... vom 6. August 1926 S.6.

2) vgl. hiezu auch: Strub, Ist der oblig. Werkstattunterricht an der Gewerbeschule notwendig oder überflüssig? Bern 1937 / Jeangros, Meisterlehre und Gewerbeschule, Bern 1937 / Ernst Siegfried, Entwicklung und Bedeutung der gewerblichen Berufsschule im Kanton Bern, Diss. Bern 1936 S. 156 ff und die dort zit. Literatur / Schmid-Carlin, Bericht über die gewerblichen Lehrabschlussprüfungen, Basel-Stadt 1936.

2. Die Allgemeine Gewerbeschule.

Im Anschluss an die auf Seite 15 gemachten Ausführungen sei über die Geschichte der Gewerbeschule in neuerer Zeit noch folgendes berichtet: 1)

Das baselstädtische Schulgesetz des Jahres 1880 ordnete die Verhältnisse der allgemein bildenden Schulen und brachte die Unentgeltlichkeit des Unterrichts für alle Schulstufen. Die gewerblichen Berufsschulen, die damalige Zeichnungs- und Modellierschule sowie die Frauenarbeitschule, wurden weiterhin der Fürsorge der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen überlassen, die aus eigenen Mitteln, aus den Schulgeldern, ferner mit Beiträgen des Staates und der Zünfte die Kosten der Schulen bestritt. Die Erkenntnis, dass Basels Berufsschulwesen im Vergleich zu andern in- und ausländischen Städten reichlich rückständig war, sowie die stets wachsenden Kosten und die Notwendigkeit eines Neubaus bereiteten den Weg für die kommende Verstaatlichung der Anstalt, die von der damaligen Regierungspartei, den Radikalen, eifrig befürwortet und durch das Gesetz vom 20. Dezember 1886 Tatsache wurde. 2) Nachdem die Schule im Jahre 1893 das noch heute von ihr benützte neue Gebäude bezogen hatte, zeigte sich, dass die innere Organisation verschiedene Mängel aufwies. Offenbar waren von den massgebenden Instanzen die Bedürfnisse des beruflichen Unterrichts nicht in vollem Umfang erkannt worden. So bestanden zwei Schulstufen, eine untere, in welcher nur allgemeine Fächer, und eine obere, in welcher wohl eigentliche berufskundliche Fächer gelehrt wurden, in die aber nur eintreten konnte, wer das Lehrziel der untern Stufe erreicht hatte. Auch zu dieser Zeit stand der Zeichenunterricht noch weit im Vordergrund. Wohl wurden bis zur Revision des Gewerbeschulgesetzes im Jahre 1908 noch allerlei Verbesserungen, wie Vermehrung des Fachunterrichtes, Weglassung des Sonntags- und Abendunterrichtes für Lehrlinge vorgenommen, jedoch vermochten sie alle nicht die unter den Gewerbetreibenden der Stadt herrschende Unzufriedenheit über die Schule zu beseitigen.

Erst mit der Gesetzesrevision vom 9. April 1908 erfolgte die Anpassung der Schulorganisation an die Anforderungen, die das Obligatorium des Schulbesuches für Gewerbelehrlinge an die Schule stellte. Immer mehr wurde der praktische Unterricht in den Vordergrund gestellt, "ja durch die Ausdehnung, die dem praktischen Unterricht der Lehrlinge in Schulwerkstätten gegönnt wurde, stellte sich die Basler Allgemeine Gewerbeschule in die Reihen der modernsten und am weitesten entwickelten Schulen nicht nur der Schweiz, sondern des ganzen deutschen Sprachgebietes." 3) Eine enge Zusammenarbeit der Schule mit dem Gewerbe, die vor allem in der gemeinsamen Ausarbeitung von Lehrplänen zum Ausdruck kam, die vermehrte Schaffung von Berufsklassen sowie die Tatsache, dass immer häufiger Leute aus der Praxis mit der Erteilung des Unterrichtes betraut wurden, liessen die Schule zu einer hervorragenden Institution werden, die heute einen massgeblichen Anteil an der Ausbildung des gewerblichen Berufsnachwuchses unserer Stadt und von deren Umgebung hat.

Dass die eben gestreiften Ziele, Zusammenarbeit von Schule und Gewerbe, Uebereinstimmung der Lehrpläne von Schule und Beruf, noch heute als zeitgemässe Forderungen bestehen, erhellt aus einem Referat des jetzigen Direktors der Allgemeinen Gewerbeschule, in welchem er mit

1) vgl. Das Basler Schulwesen 1880-1930 S. 247 ff.

2) Gesetz betr. die Errichtung einer allgemeinen Gewerbeschule Ges. Slg. BS Bd. 21, S. 340 ff.

3) Das Basler Schulwesen 1880-1930, S. 270.

Nachdruck auf diese Punkte hinweist. Nach ihm ist von der modernen Gewerbeschule zu verlangen, dass sie möglichst früh Werkstattunterricht erteilt (er weist dabei auf die in Basel gemachten Erfahrungen hin), damit dem Lehrling auf Grund der dort erworbenen Grundlagen die Arbeit im Lehrbetrieb leichter von der Hand gehe.¹⁾ In Basel ist ein Postulat verwirklicht, das bei allen Diskussionen um Schulreform immer wieder aufgestellt wird: die vermehrte Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens. Es darf natürlich nicht ausser acht gelassen werden, dass es nirgends leichter, aber auch bei keiner Bildungsanstalt so dringend ist, diesem Begehren Rechnung zu tragen, wie gerade bei einer Berufsschule. Die Basler Gewerbeschule hat in dieser Beziehung Pionierarbeit geleistet.

Damit man sich ein Bild machen kann von der Bedeutung, die der Allgemeinen Gewerbeschule als Bildungszentrum von Handwerk und Industrie in der Nordwestecke unseres Landes zukommt, seien nur folgende Zahlen genannt;²⁾

Die Gewerbeschule wurde im Jahresmittel 1945/46 insgesamt von	
2476 Lehrlingen besucht. Davon entfallen auf die Abteilung	
Ernährungs- und Bekleidungsberufe	560
Baugewerbliche Berufe	722
Kunstgewerbliche Berufe (inkl. Lehrtöchter)	286
Mechanisch-technische Berufe (inkl. Lehrwerkstätte)	908
Total	2476

3. Die Frauenarbeitsschule.

a. Kurse für die Lehrtöchter der gewerblichen Berufe.

Wie die Zeichnungsschule, war auch die Frauenarbeitsschule eine Gründung der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen. Am 21. August 1879 eröffnete die genannte Gesellschaft nach dem Muster deutscher Frauenarbeitsschulen eine Schule zur hauswirtschaftlichen Bildung des weiblichen Geschlechts. Durch theoretischen und praktischen Unterricht in den weiblichen Handarbeiten und in der Führung eines Hauswesens sollten die Schülerinnen für den häuslichen Beruf oder für den Erwerb ausgebildet werden. Da es sich für die Schweiz um einen völlig neuen Schultyp handelte, musste die Leitung ihr besonderes Augenmerk auch auf die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte richten. Sie ging deshalb 1887 selbst zur Ausbildung von Gewerbelehrerinnen über, nachdem vorerst Lehrerinnen aus der badischen Nachbarschaft herangezogen wurden. Es war dies der erste Kurs dieser Art auf Schweizerboden.

Der stets wachsende Umfang und die zunehmende Bedeutung der Schule führte die verantwortlichen Instanzen bald zur Ueberzeugung, dass es nicht angehe, eine Unterrichtsanstalt vom Umfang der Frauenarbeitsschule noch länger von Privaten betreiben zu lassen. Auf Grund eines am 11. Oktober 1894 vom Grossen Rat erlassenen Gesetzes³⁾ ging die Schule auf den 1. Januar 1895 an den Staat über, was den Schülerinnen vor allem den Vorteil des unentgeltlichen Unterrichts brachte.

Den entscheidenden Ausbau in Richtung der gewerblichen Berufsschule

1) Bossart, Gewerbe und Berufsschule, Referat geh. vor dem Basler Gewerbeverband, "Basler Nachrichten" vom 27. Juni 1944.

2) Allg. Gewerbeschule und Gewerbemuseum Basel, Bericht über das Jahr 1945-46 S. 14 f.

3) Gesetz betr. Errichtung einer Frauenarbeitsschule, Ges. Slg. BS Bd. 23, S. 35 ff.

erfuhr die Frauenarbeitsschule mit der Einführung des obligatorischen Schulbesuches für die Lehrtöchter der gewerblichen Berufe im Jahre 1913. Die Schule umfasste fortan drei Abteilungen: 1. hauswirtschaftliche Abteilung, 2. gewerbliche Abteilung, 3. eine Abteilung zur Ausbildung von Lehrerinnen.

Eine entscheidende Umgestaltung der Lehrpläne erfolgte 1936/37 nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes. Die Unterrichtsfächer für die Lehrtöchter sind seither analog denjenigen, welche an der Allgemeinen Gewerbeschule erteilt werden und zerfallen ebenfalls in die geschäftskundlichen und berufskundlichen Fächer.

Seit dem Frühjahr 1937 besteht eine Lehrwerkstätte für Damenschneiderinnen. Die Teilnehmerinnen erhalten ihre vollständige Ausbildung in der Schule und bestehen nach dreijährigem Besuch mit den übrigen Lehrtöchtern die Lehrabschlussprüfung.¹⁾

Im Winter-Semester 1945/46 besuchten 456 Schülerinnen die gewerbliche Berufsschule, bei einer Gesamtschülerinnenzahl von 2878.²⁾

b. Die Ausbildungskurse für Verkäuferinnen.

Im Gegensatz zu den beiden andern grossen Städten der deutschen Schweiz, Zürich und Bern, schenkte man in Basel der Berufsbildung der Verkäuferinnen verhältnismässig sehr spät die ihr zukommende Beachtung. Während in Zürich schon 1912 eine Verkäuferinnenschule bestand, und Bern im Jahre 1921 als erster Kanton den gelernten Verkäuferinnenberuf anerkannte, wurden in Basel erstmals im Jahre 1925 vom Kaufmännischen Verein, in Verbindung mit der Abteilung Kleinhandel des Kantonalen Gewerbeverbandes, freiwillige Kurse für Verkäuferinnen organisiert. Die Kurse waren der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins angeschlossen und wurden während der kurzen Zeit der Freiwilligkeit von 1925/30 von einer stets steigenden Zahl von Schülerinnen besucht.³⁾

Erst ein Reglement des Jahres 1930 brachte sowohl die Verpflichtung zum Besuch der beruflichen Fachkurse, als auch zur Ablegung einer Lehrabschlussprüfung, die seit 1928 bereits auf freiwilliger Basis durchgeführt worden war.⁴⁾ Zugleich wurden die Verkäuferinnenkurse von der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins losgelöst und vom Herbst 1931 an die Frauenarbeitsschule mit deren Fortführung betraut. Die Aufsicht über die neu angegliederte Verkäuferinnenabteilung erhielt eine besondere Kommission, bestehend aus Vertretern der Kleinhandelskammer, des Kaufmännischen Vereins, des Gewerbeinspektorates, der staatlichen Berufsberatung und der Frauenarbeitsschule. Der Unterricht umfasst heute folgende Pflichtfächer: Warenkunde, Verkaufs- und Berufskunde, Deutsch, Französisch, Rechnen, Buchhaltung, Staats- und Wirtschaftskunde. Die Schülerinnenzahl der Verkäuferinnenabteilung betrug im Winter-Semester 1945/46 380 Schülerinnen.⁵⁾

1) vgl. Fluri, Eine städtische Frauenarbeitsschule einst und jetzt (Basel o.J.) S. 10.

2) Frauenarbeitsschule Basel, Bericht über das Schuljahr 1945/46, S. 31.

3) 1925: 71, 1930: 177 Schülerinnen.

4) Reglement betr. die Verpflichtung der Verkäuferinnenlehrtöchter zum Besuch der beruflichen Fachkurse und zur Ablegung der Lehrlingsprüfung vom 7. November 1930, Ges. Slg. BS Bd. 35, S. 78 f.

5) Frauenarbeitsschule, Bericht über das Schuljahr 1945/46, S. 31.

IV. Das Prüfungswesen.

1. Die Zwischenprüfung.

Die Zwischenprüfung dient in der Hauptsache dazu, Fehlleitungen in der Berufswahl sowie unqualifizierte Lehrbetriebe festzustellen, bevor der grössere Teil der Lehrzeit verstrichen und beidseitig schwerer Schaden entstanden ist. Denn soll das Lehrlingsgesetz nicht toten Buchstabe bleiben, muss in irgend einer Form die Möglichkeit einer Kontrolle der Lehrverhältnisse gegeben sein. Bereits an anderer Stelle erwähnten wir die Fachkommissionen, deren Aufgabe es ist, die neu angemeldeten Lehrverhältnisse zu prüfen und dem Gewerbeinspektorat hinsichtlich der Eignung von Lehrling und Lehrstelle Bericht zu erstatten. Doch ist ihre Aufgabe damit nicht erschöpft, sondern die Ueberwachung erstreckt sich auf die ganze Dauer der Lehrzeit. Als ein sehr geeignetes Mittel, sich in einem späteren Zeitpunkt ein Urteil über die Fähigkeit des Lehrlings zu verschaffen, kann die Zwischenprüfung angesehen werden, die von den Fachkommissionen durchgeführt werden kann. Diese soll in keiner Weise die Werkstattbesuche verdrängen, sondern sie in besonders schwierigen Fällen sinnvoll ergänzen und damit vielleicht auch schwarz auf weiss beweisen, was vom Lehrherrn oder Lehrling anders nicht gerne geglaubt wird. Wenn unter Umständen beim persönlichen Augenschein den Eigenheiten des Betriebes mehr Rechnung getragen werden kann, so garantiert eine Zwischenprüfung absolute Objektivität im Verfahren. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass ihre Durchführung, gesamtschweizerisch gesehen, überall dort eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der betreffenden Kantone oder Berufsverbände sein wird, wo es sich um Berufe mit kleinen Lehrlingszahlen und weitzerstreuten Lehrbetrieben handelt. Die Institution der Zwischenprüfung wurde von jeher nicht nur von den Berufsverbänden, sondern auch von den interessierten Behörden und Berufsberatungsstellen befürwortet, die ihr neben der Lehrabschlussprüfung eine grosse Bedeutung zumessen.

Verschiedene Berufslehrverordnungen unseres Kantons, erstmals 1922 diejenige des Schuhmachergewerbes, schrieben die Zwischenprüfung als ein Mittel zur Beaufsichtigung der Lehrverhältnisse vor. Die Institution bewährte sich ausgezeichnet und fand in der Folge auch Eingang in das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung von 1930. Mit Art. 17 wird dort den Kantonen, oder auf Wunsch der Berufsverbände auch diesen, das Recht eingeräumt, solche Zwischenprüfungen durchzuführen.

In Ausführung des Art. 17 bestimmt das kantonale Lehrlingsgesetz vom 13. Mai 1943, dass die Zwischenprüfungen im Einzelfall auf Wunsch einer der beiden am Lehrvertrag beteiligten Parteien, einer Fachkommission oder der Berufsschule vom Gewerbeinspektorat angeordnet werden können.¹⁾ In Berufen dagegen, in welchen aus Erfahrung Mängel in der Ausbildung zu befürchten sind, kann das Departement des Innern Zwischenprüfungen für alle Lehrlinge des betreffenden Berufes obligatorisch erklären. Diese haben frühestens ein halbes Jahr nach Lehrantritt und spätestens bei Ablauf der halben Lehrzeit zu erfolgen.

Sofern nicht Berufsverbände mit der Organisation der Prüfungen betraut sind, ist dies Sache des Gewerbeinspektorates.²⁾ In jedem Fall ist eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzte Prüfungskommission mit der Durchführung der Prüfungen zu betrauen.³⁾

¹⁾ Gesetz betr. das Lehrlingswesen vom 13. Mai 1943 § 28 Abs. 3.

²⁾ Gesetz § 28 Abs. 4.

³⁾ Gesetz § 29 Abs. 2.

2. Die Lehrabschlussprüfung.

Ueber die Lehrabschlussprüfungen, so genannt zum Unterschied von den übrigen Lehrlingsprüfungen wie Aufnahme-, Eignungs- und Zwischenprüfungen, ist nicht mehr viel zu sagen, nachdem bereits auf S. 13 ff über deren Entstehung im Basler Gewerbeverein sowie über ihren Zweck und ihre Entwicklung verschiedentlich Ausführungen gemacht worden sind; so bei Anlass der Einführung des Prüfungsobligatoriums und bei der Darstellung der gegenwärtig geltenden Gesetzgebung.

Immerhin seien der Vollständigkeit halber noch folgende Hinweise gegeben:

a) Die Prüfungen in den berufskundlichen Fächern (Arbeitsprüfung, Berufskennntnisse, Fachzeichnen) für gewerbliche Lehrlinge und Lehtöchter werden vom Kant. Gewerbeverband durchgeführt. Eine Ausnahme stellen diejenigen für die Lehrlinge des Buchdrucker- und Lithographengewerbes dar.

Die Prüfung in den geschäftskundlichen Fächern wird für alle Berufe in Zusammenarbeit mit den Organen der Gewerbeschule vom Gewerbeverband durchgeführt.

b) Die Lehrabschlussprüfungen der Verkäuferinnenlehtöchter werden von der Kleinhandelskammer und diejenigen

c) der kaufmännischen Lehrlinge und Lehtöchter von der Kreiskommission Basel des Schweiz.Kaufmännischen Vereins durchgeführt.

Das ganze Prüfungswesen liegt also in den Händen der Berufsverbände; der Staat übt nur eine Aufsicht darüber in der Weise aus, dass er eine bestimmte Anzahl Vertreter in die im übrigen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzten Prüfungskommissionen abordnet.

Wer sich ein Bild machen will vom Umfang der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Stadt und den dabei erzielten Leistungen, sei auf den alljährlich erscheinenden Bericht über die gewerblichen Lehrlingsprüfungen sowie auf die Jahresberichte des Kaufmännischen Vereins Basel hingewiesen.

Ich möchte mich ebenfalls im Rahmen dieser Arbeit nicht näher auslassen über die an den Prüfungen gestellten Anforderungen, sondern begnüge mich mit dem Hinweis auf die fast für jeden Beruf bestehenden, in den letzten Jahren vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement erlassenen Prüfungsreglemente, welche die Bedingungen für das ganze Gebiet der Schweiz einheitlich regeln.

V. Die Vorlehrekurse und die Vorklassen.

1. Die Vorlehrekurse.

Die grosse Arbeitslosigkeit der Nachkriegsjahre gab Anstoss zur Schaffung von Kursen für ältere, später auch für jüngere Arbeitslose der holz- und metallbearbeitenden Berufe.

Auf Anregung des damaligen Berufsberaters, Herrn Stocker, konnte diese Einrichtung, nachdem 1924 die eigentlichen Arbeitslosenkurse eingestellt worden waren, einem andern Zweck dienstbar gemacht werden. Statt einfach stellenlosen Schulentlassenen eine Beschäftigung zu bieten, wurden die neuen Vorlehrekurse zu einem wichtigen Faktor in der Hand des Berufsberaters. Die Vorlehren sind seither der Ort, wohin Jünglinge nach vollendeter Schulpflicht gewiesen werden können, die entweder noch zu jung oder körperlich zu schwach sind für eine handwerkliche Berufslehre,

während andere wieder ihre Eignung und Neigung zu einem bestimmten Beruf erproben müssen. Aber auch zur Beobachtung der Charaktereigenschaften des angehenden Lehrlings, wie auch zur eigentlichen Berufseinführung leisten die Vorlehrklassen hervorragende Dienste. Den späteren Lehrfirmen andererseits erleichtert diese Einrichtung die Auswahl der tüchtigsten Berufsanwärter.

Der Unterricht wird von Fachleuten in kleinen Klassen erteilt und erstreckt sich zu 2/3 auf praktische Arbeit in der Werkstätte und zu 1/3 auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, worunter in erster Linie auch eine gewisse Ergänzung des Schulwissens zu verstehen ist. Die Kurse sind organisatorisch der Allgemeinen Gewerbeschule angeschlossen.

Die Tatsache, dass verschiedene Betriebe, darunter auch die staatliche Lehrwerkstätte, von den neu eingestellten Lehrlingen verlangen, dass sie eine gewisse Zeit in der Vorlehrklasse verbracht haben, mag zeigen, wie hoch die dort erworbenen grundlegenden Berufskenntnisse eingeschätzt werden und welchen Dienst diese Einrichtung den holz- und metallverarbeitenden Gewerben leistet, nimmt sie doch den Betrieben die unproduktive und zeitraubende Einführung in die primitivsten handwerklichen Tätigkeiten ab.

Besonders in Krisenzeiten oder in Jahren, in welchen der Lehrstellenmarkt aus andern Gründen stagniert, sind die Vorlehrkurse hervorragende Institutionen, um den Jugendlichen trotz aller Schwierigkeiten zu ermöglichen, sich weiterzubilden und für einen Beruf vorzubereiten.

2. Die Vorklassen.

Als Ergänzung resp. Entlastung der zeitweise überlasteten Vorlehrkurse wurden die sogenannten Vorklassen geschaffen. Sie stellen eine Zwischenlösung dar zwischen dem allgemeinen Fortbildungsunterricht der 5. Realklassen und den Vorlehrkursen und haben stark handwerklichen Einschlag. Diese Klassen haben das Ziel, die Schüler und Schülerinnen für das praktische Leben vorzubereiten. Die Vorklassen der Allgemeinen Gewerbeschule erziehen zu handwerklich richtigem Arbeiten in der Werkstatt, bieten in Führungen durch Fabriken und Werkstätten Einblick in den Arbeitsprozess und werten die Beobachtungen und gewonnenen Erfahrungen im Unterricht aus. Sie erleichtern den jungen Burschen den schwierigen Uebergang ins Erwerbsleben.

Die Vorklassen der Frauenarbeitsschule vermitteln eine einfache Einführung in die zur Führung eines Hauswesens notwendigen Fertigkeiten.

Die Einrichtung der Vorklassen hat eine besondere Bedeutung erhalten durch das Gesetz betreffend die Verlängerung der Schulpflicht, das alle diejenigen Jugendlichen, "die an dem der Absolvierung der obligatorischen acht Schuljahre folgenden 1. Mai das 15. Altersjahr noch nicht erreicht haben" und nicht eine andere Schule weiter besuchen, verpflichtet, "die handwerklichen Vorklassen der Allgemeinen Gewerbeschule für Knaben, die hauswirtschaftlichen Vorklassen der Frauenarbeitsschule für Mädchen während eines Jahres zu besuchen".¹⁾

1) Gesetz betr. Verlängerung der Schulpflicht für die vom Bundesgesetz über das Mindestalter der Arbeitnehmer betroffenen Kinder, vom 11. Dezember 1943 § 1 Abs. 1, Ges. Slg. BS Bd. 39, S. 21 f.

2.Kapitel: Gesamtarbeitsvertrag und Berufsbildung.

Im vorangehenden Kapitel haben wir versucht, einen Einblick zu gewinnen in die Einrichtungen, die in Basel der beruflichen Ertüchtigung des Nachwuchses des Handwerks und der Industrie dienen. Im besonderen mag dabei aufgefallen sein, wieviele staatliche Hilfe notwendig ist, damit die in den Betrieben erworbene praktische Ausbildung, den tatsächlichen Erfordernissen entsprechend, sinnvoll vervollständigt werden kann durch theoretischen Unterricht, bestehend aus berufskundlichen und geschäftskundlichen Fächern.

Des weitern sind wir in den Zwischenprüfungen und Lehrabschlussprüfungen auf Institutionen gestossen, deren Durchführung fast ausschliesslich in der Hand der Berufsverbände liegt.

Dazwischen liegen mannigfaltige Nüancen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einerseits und staatlichen Organen andererseits. Sie drängt sich zwangsläufig auf, haben doch beide Teile - Staat und Berufsstand - ein grosses Interesse an einer tüchtigen Facharbeiterschaft als Grundstock einer leistungsfähigen und hochgeachteten schweizerischen Wirtschaft.

Noch wichtiger ist aber das Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Regelung der vielen Einzelfragen, die sich innerhalb des Berufsstandes in bezug auf die bestmögliche Gestaltung der Berufsausbildung ergeben. Nur dieses Zusammenwirken wird auch Garantie dafür bieten, dass das Lehrverhältnis wirklich ein "Lehr"-Verhältnis bleibt und nicht zum blossen "Arbeits"-Verhältnis mit allen seinen Nachteilen für den jungen Menschen absinkt.

Der vorläufig beste Weg zur Erreichung dieses Zieles dürfte über den Gesamtarbeitsvertrag führen. Dieser soll in den folgenden Abschnitten dahingehend untersucht werden. Dabei wird sich zeigen, dass dieser Vertrag in verschiedener Weise direkt und indirekt einen Einfluss ausübt auf die Berufsausbildung der betreffenden Berufsangehörigen. Ausser Abmachungen, in welchen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihren Willen bekunden, gemeinsam für die Tüchtigkeit des Berufsnachwuchses Sorge zu tragen, enthalten die Gesamtarbeitsverträge, insbesondere die Basler Verträge des Holz-, Bau- und Metallgewerbes, die auf Grund des Arbeitsrappengesetzes erneuert worden sind, die Möglichkeit, den Kreis der Kontrahenten auf Arbeitgeberseite nur auf beruflich tüchtige und solvente Betriebsinhaber zu beschränken. Dies ist angesichts der Nachteile, denen die Nichtvertragskontrahenten bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten ausgesetzt sind, ein sehr wirksames Mittel, den Willen zur beruflichen Weiterbildung zu stärken. Schliesslich sei auch auf den Vorteil hingewiesen, den der gelernte Berufsarbeiter gegenüber dem ungelernten auf Grund der in den meisten Verträgen vorgenommenen Abstufung der Lohnskala geniesst.

Diese drei Möglichkeiten wollen wir im folgenden kurz betrachten.

I. Bestimmungen über das Lehrlingswesen.

In den Gesamtarbeitsverträgen findet sich eine Regelung des Lehrlingswesens, abgesehen von den Mindestansätzen für die Lehrlingslöhne, nur ganz vereinzelt, sei es, dass sich nur ein Hinweis auf ein Lehrlingsreglement findet, das infolgedessen einen Bestandteil des betreffenden

Vertrages bildet, sei es, dass Normen arbeitsmarktpolitischer Natur oder Empfehlungen zu Zusammenarbeit in Fragen der Berufsbildung enthalten sind. Eine beinahe erschöpfende Regelung hat das Lehrlingswesen nur im Landesvertrag der Buchdrucker und Lithographen erfahren, wo eine Lehr- und Prüfungsordnung vereinbart ist. Sie regelt den Gang der Ausbildung und die Prüfungen für die einzelnen Spezial-Berufe, ferner die Dauer der Lehrzeit, die Zahl der Lehrlinge und die Voraussetzungen für die Lehrlingsannahme.

Es mag die Frage interessieren, weshalb dem Lehrlingswesen beim Abschluss der Gesamtarbeitsverträge so wenig Beachtung geschenkt wird. Liegt es an den vertragschliessenden Parteien oder an der Materie selbst? Ist die Berufsausbildung Tabu für die Arbeitnehmerverbände? Soll die frühere Monopolstellung der Meisterverbände, die unbestreitbar das Berufsbildungswesen auf eine beachtliche Höhe gebracht haben, weiterhin erhalten bleiben? Oder scheuen sich etwa die Gewerkschaften, diese Last auch noch auf ihre schon vollbeladenen Schultern zu nehmen? Es muss erneut betont werden, dass bei der Diskussion dieser Fragen zwei Dinge klar auseinandergehalten werden müssen: die Festsetzung von minimalen Lehrlingslöhnen, die hier noch nicht zur Diskussion steht¹⁾, und ferner die Aufnahme von Bestimmungen, durch welche die Vertragspartner zu gewissen, die Berufsausbildung betreffenden Massnahmen verpflichtet werden.

Ja, besteht überhaupt eine Notwendigkeit, das Lehrlingswesen, um das es hier in erster Linie geht, gesamtarbeitsvertraglich zu regeln, und ist gerade in Basel ein solches Bedürfnis vorhanden? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten. Die Begründung dafür ergibt sich aus der Tatsache, dass Basel auf dem Gebiete der beruflichen Ausbildung, insbesondere in den gewerblichen Berufen, seit dem Bestehen der Gesamtarbeitsverträge eine hervorragende Stellung eingenommen hat, und dass die paritätischen Fachkommissionen, die mit der Beaufsichtigung der Lehrverhältnisse beauftragt sind, als Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen diesen die Gelegenheit geben, die Durchführung der einschlägigen Vorschriften zu überwachen. Eine besondere gesamtarbeitsvertragliche Regelung erscheint dadurch nicht gerade dringend. Die erwähnte Zusammenarbeit besteht in den meisten Berufen schon sehr lange, nämlich seit dem Bestehen der Berufslehrverordnungen, die im Jahrzehnt 1922-1932 entstanden sind und viele Details der Berufsausbildung, die Zahl der Lehrlinge u.ä., regelten; Vorschriften und Abmachungen, die später in die eidgenössischen Reglemente über die Lehrlingsausbildung übernommen worden sind. Auch schon bei der Ausarbeitung dieser Reglemente wirken die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände in gleichem Masse mit, so dass die Berücksichtigung der Wünsche beider Parteien garantiert ist.

Wenn nun aber auf gewerkschaftlicher Seite das Bestreben besteht, einzelne das Lehrlingswesen betreffende Vorschriften in den Gesamtarbeitsvertrag aufzunehmen, so müssen damit doch gewisse Vorteile verbunden sein, d.h. die Einbeziehung des Lehrlingswesens muss für sie mehr bedeuten als nur eine Geste der Arbeitgeberverbände. Tatsächlich hängt mit dem Gesamtarbeitsvertrag nicht nur eine erhöhte Kontrollmöglichkeit durch das Einigungsamt zusammen, sondern es ist dadurch auch in anderer Beziehung ein gänzlich verschiedenes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen, indem der erstere nicht mehr nur einem Einzelnen gegenübersteht, sondern einer Organisation, der Gewerkschaft, die besser als staatliche Organe die Interessen ihrer Mit-

1) vgl. nachf. S. 82 ff.

glieder zu wahren im Stande ist. Der Arbeitnehmer wird sich in jedem Fall, wo ihm Unrecht geschehen ist, lieber an seine Gewerkschaft wenden als an eine staatliche Stelle, sagen wir das Gewerbeinspektorat. Ähnlich ergeht es dem Lehrling, der sich in diesen Belangen an die Fachkommission zu wenden hätte, in der neben dem Vertreter der Arbeitnehmerorganisation eben auch ein solcher der Arbeitgeber sitzt.

Ich komme zum Schluss, dass die gesamtarbeitsvertragliche Regelung des Lehrlingswesens - die Lohnbestimmungen ausgenommen-, wenn auch nicht unbedingt notwendig, so doch wünschbar ist, da sie direkt den Schutz des Lehrlings verstärkt, die Umgehung der Gesetze und Reglemente erschwert und demnach als zusätzliche Sicherung gewertet werden kann.

Ich möchte deshalb nicht unterlassen, die wenigen bestehenden Bestimmungen im Folgenden kurz zu streifen.

Im Landesvertrag für die Brauereien¹⁾, der auch für Basel nicht ohne Bedeutung ist, wird neben dem Lehrlingslohn in einem Art. 4 die Lehrzeit festgelegt.

Art. 11 Abs. 1 lit. c des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Buchbindergewerbe vom Jahre 1938 lautet:

"Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemeinsam alles in ihrer Macht liegende zu tun zur Hebung des Berufes.

Dies geschieht insbesondere durch:

a)

b)

c) Förderung der beruflichen Ausbildung im allgemeinen, Ueberwachung des Lehrlingswesens und Kontrolle über die Durchführung der geltenden Gesetze, Verordnungen und Reglemente."

Der Vertrag für das Basler Gipsergewerbe vom 26. November 1938 enthält in Art. 67 Ziff. II Vorschriften betreffend die Höchstzahl der in den Betrieben zu beschäftigenden Lehrlinge.

Einen verhältnismässig breiten Raum nehmen die Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Basler Gesamtarbeitsvertrag für das Spengler- und Sanitär-Installationsgewerbe ein. Am 24. September 1940 wurde der Art. 4 a über das Lehrlingswesen, der nur den Mindeststundenlohn für Lehrlinge festgelegt hatte und erst einige Monate zuvor in den Gesamtarbeitsvertrag aufgenommen worden war, geändert und lautet seither wie folgt:

"Die Hauptkontrahenten dieses Gesamtarbeitsvertrages sind übereingekommen, über das Lehrlingswesen, insbesondere auch über die Lehrlingslöhne, besondere schriftliche Vereinbarungen abzuschliessen. Derartige Vereinbarungen bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Gesamtarbeitsvertrages und sind während der Dauer dieses Vertrages für alle ihm unterstellten Firmen verbindlich."

Einen Artikel gleichen Inhalts enthält auch der Gesamtarbeitsvertrag des Elektro-Installationsgewerbes des Kantons Basel-Stadt. Während nun die auf Grund dieser Abmachung aufgestellte Vereinbarung bei den Elektrikern sich nur mit der Festsetzung von Lehrlingslöhnen befasst, legt jene der Spengler daneben noch gewisse Grundsätze für die Berufsausbildung fest. Die Artikel, die uns hier in erster Linie interessieren, haben folgenden Wortlaut:

Art. 1.

"Die vertragschliessenden Parteien verpflichten sich gegenseitig, den

beruflichen Nachwuchs zu fördern, ihm alle Aufmerksamkeit zu schenken und in Verbindung mit den zuständigen Behörden (Fachkommissionen, Lehrlingsexperten etc.) alles vorzukehren, was geeignet ist, vorstehenden Grundsatz zu verwirklichen."

Art. 2.

"Es ist den Vertragschliessenden freigestellt, gemeinsam oder jede Partei für sich, theoretische und praktische Kurse für die Lehrlinge durchzuführen. Die vertragschliessenden Parteien verpflichten sich, derartige Bestrebungen gegenseitig zu unterstützen."

Es folgen ein Art. 3 über die Lehrlingslöhne und ein Art. 4, in welchem die Weiterbildung von Spenglerlehrlingen, die in einem weiteren Lehrjahr den Installateurberuf erlernen wollen, und insbesondere deren Entlohnung geregelt ist.

Ganz bezeichnend für die herrschende Tendenz ist Absatz 3 dieses Artikels:

"Der Lehrmeister ist verantwortlich, dass das angestrebte Ausbildungsziel tunlichst erreicht wird."

II. Berufliche Tüchtigkeit als Voraussetzung für die Vertragsfähigkeit.

Die Basler Gesamtarbeitsverträge erfüllen auf andere Weise weit mehr ihre Aufgabe, ein Instrument zur Förderung der Berufsausbildung zu sein, nämlich dadurch, dass an die Berufstüchtigkeit von Meister und Arbeiter bestimmte Mindestanforderungen gestellt werden. Nicht alle Verträge gehen allerdings soweit wie derjenige des Tapezierer-Decorateur-Gewerbes, laut welchem jüngere Meister, die seit Inkrafttreten des Gesamtarbeitsvertrages ein Geschäft eröffnen wollen, im Besitz des eidgenössischen Meisterdiploms sein müssen, während ältere Meister sich über eine ordnungsgemäss absolvierte Berufslehre und über eine mindestens fünfjährige selbständige Tätigkeit im Beruf ausweisen müssen.¹⁾ Doch anerkennen die Basler Verträge des Bau-, Holz- und Metallgewerbes nur solche Firmen als vertragsfähig, deren Inhaber oder Geschäftsführer ihre Berufstüchtigkeit durch Bestehen einer Lehrabschlussprüfung nachgewiesen haben. Es dringt aber auch in diesen Gewerben die Uebung durch, dass dort, wo die Institution der Meisterprüfung vorhanden ist, das Bestehen einer solchen als Nachweis für die berufliche Tüchtigkeit gefordert wird. Auf dem Weg über das vertragliche Schiedsgericht, das im Zweifelsfalle über die Vertragsfähigkeit zu entscheiden hat, kann dieser ungeschriebenen Norm erhöhte Geltung verschafft werden.

Auf diese Weise geht von den Gesamtarbeitsverträgen der Ansporn zur Erlernung eines Berufes und zur beruflichen Weiterbildung nach beendeter Lehrzeit aus; ein Ansporn, der seine besondere Bedeutung dadurch erhält, dass nur vertragstreue Kontrahenten von Gesamtarbeitsverträgen bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung berücksichtigt werden.²⁾ Die Submissionsvorschrift, die diese Bestimmung enthält, geht aber noch weiter, indem sie in § 21 lit. e ausdrücklich vorschreibt:

1) Gesamtarbeitsvertrag für das Tapezierer-Decorateurgewerbe im Kanton Basel-Stadt vom 27. Dezember 1939, Art. 25.

2) Verordnung betr. Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die öffentliche Verwaltung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Juli 1937, Ges. Slg. BS Bd. 37, S. 424 ff.

"Unter Unternehmern und Handwerkern sind solche zu bevorzugen, die berechtigt sind, den Meistertitel zu führen. Die Bewerber sollen die Bedingungen des Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930 und der vom Bundesrat genehmigten Reglemente erfüllen."

Der Gewerbetreibende muss einsehen, dass ihm nur ein Weg zur Erlangung von Staatsaufträgen offen bleibt, nämlich der über eine gute berufliche Ausbildung.

Aber nicht nur für die Staatsaufträge, auch für gewisse staatliche subventionierte Arbeiten werden diese Anforderungen gestellt. In § 39 der Submissionsvorschrift heisst es:

"Diese Vorschriften gelten auch für sämtliche Arbeiten, welche aus dem Ertrag des Gesetzes über dringliche Massnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise im Kanton Basel-Stadt vom 11. Sept. 1936 (Arbeitsrappen) in irgend einer Weise finanziert oder durch Subvention unterstützt werden. ..."

Jetzt erst können wir uns ein Bild machen, welchen Einfluss die Gesamtarbeitsverträge auf die Berufsausbildung haben: wenn dies auch vielleicht im Wortlaut des einzelnen Vertrages nicht sofort zum Ausdruck kommt.

Es ist selbstverständlich, dass diese Vorschriften nicht nur im Hinblick auf eine Steigerung der Berufstüchtigkeit aufgestellt worden sind, sondern auch darauf, die sozialen Verhältnisse in den betreffenden Betrieben zu verbessern. So wird kein Unternehmer zum Gesamtarbeitsvertrag zugelassen, der nicht solvent und sozial gesinnt ist. Damit wird er zum sozialen Verhalten angespornt, und insbesondere wird es auch immer weniger Aussenseiter geben, die dem Gewerbe und den Arbeitern durch Schmutzkonkurrenz schaden können.

III. Besserstellung des gelernten Arbeiters.

Nach dem eben Geschilderten könnte leicht die Meinung entstehen, dass die Gesamtarbeitsverträge einseitig nur den Interessen der Betriebsinhaber, insbesondere der Handwerksmeister, dienen und dass eine Ausschlusslichkeitspolitik nach der Art der Zünfte getrieben werde. Nun sind die Gesamtarbeitsverträge aber doch mehr als eine Abart der alten Handwerksartikel und in erster Linie nicht im einseitigen Interesse der Arbeitgeber geschaffen worden. Ganz im Gegenteil. Sie wollen die Stellung der Arbeitnehmer verbessern, sie vor der Willkür des unsozial eingestellten Unternehmers schützen, indem nicht mehr wie im privatrechtlichen Dienstvertrag der einzelne schwache Arbeiter als Vertragskontrahent dem Arbeitgeber gegenüber steht, sondern ein starker Verband hinter ihm steht.

So ist auch zu erwarten, dass jeder Arbeitnehmer, gemäss seinen beruflichen Qualifikationen, die ihm zustehende Entlohnung erhält. Dies ist allerdings nicht immer leicht zu bewerkstelligen und wird in grossen Fabrikbetrieben zum eigentlichen Problem, weil nicht in jedem Fall so einfach zu entscheiden ist zwischen gelernten Berufsarbeitern und Hilfskräften wie im Handwerksbetrieb. Die Vielzahl der vorkommenden Arbeiten im Grossbetrieb bringt es mit sich, dass eine grosse Zahl angelernter Arbeitskräfte beschäftigt werden muss, dass Leute eingestellt werden müssen die wohl einen Beruf erlernt haben, diesen aber im betreffenden Betrieb nicht ausüben können, u.ä.m. Wie lösen die Gesamtarbeitsverträge

dieses Problem? Anerkennen sie die langjährige, bei geringer Entlohnung erworbene Berufsausbildung des gelernten Arbeiters? Wird er aus der grossen Masse der übrigen Arbeiter hervorgehoben? Erneut können wir feststellen, dass auch in dieser Beziehung ein starker Anreiz zur Erlernung eines Berufes von den Gesamtarbeitsverträgen ausgeht; auch dann, wenn die Möglichkeit nicht besteht, diesen in einem Handwerksbetrieb auszuüben. Die Lohnskalen in allen Gesamtarbeitsverträgen sind entsprechend der beruflichen Ausbildung der Arbeiter abgestuft.

Die nachfolgenden Beispiele mögen dies bekräftigen:

Der Gesamtarbeitsvertrag des Spengler- und Sanitär-Installationsgewerbes vom 13. September 1938 unterscheidet nicht nur nach gelernten und ungelernten Arbeitern und Handlangern, sondern fügt zwischen den gelernten Sanitär-Installateur mit einem Minimallohn von Fr. 1.75 pro Stunde und den ungelernten Hilfsmonteuren, der mit Fr. 1.45 entschädigt wird, eine Gruppe von Hilfsmonteuren ein, die in einem verwandten Beruf eine Lehrabschlussprüfung bestanden haben, und spricht diesen einen Minimalstundenlohn von Fr. 1.55 zu. Die Handlanger erhalten Fr. 1.30 pro Stunde.

Der Berufsarbeiter läuft also nicht Gefahr, einfach als Handlanger bezahlt zu werden, nur weil er nicht im eigenen Beruf arbeitet.

Der Gesamtarbeitsvertrag für die schweizerische Papierindustrie vom 17. Januar 1946 bevorzugt den Berufsarbeiter, der eine regelrechte Berufslehre absolviert hat, vor dem sogenannten Facharbeiter (Angelernter). Die genaue Festsetzung des Facharbeiterlohnes ist zwar den einzelnen Unternehmen überlassen, doch ist vorgeschrieben, dass der Minimallohn der untersten Facharbeiterkategorie 5 Rp. höher sein muss als derjenige der Hilfsarbeiter, der Fr. 1.30 pro Stunde beträgt, während der gelernte Berufsarbeiter Fr. 1.70 pro Stunde erhält.

Im Gesamtarbeitsvertrag für die chemische Industrie vom 4. Januar 1945 wird u.a. unterschieden zwischen Berufsarbeitern, die in ihrem gelernten Beruf arbeiten und den sogenannten Betriebsarbeitern. Die Ersteren erhalten Fr. 1.70, die Letzteren Fr. 1.49 pro Stunde.

Wenn insbesondere in neuerer Zeit eine gewisse Nivellierung der Löhne festzustellen ist, die durch die Teuerungszulagen noch verstärkt wird, so kann diese Entwicklung nicht unbesehen hingenommen werden, denn ihre ungünstigen Folgen sind zu deutlich erkennbar. Weshalb noch eine Berufslehre absolvieren, wenn man nachher nicht viel besser entlohnt wird als der ungelernte Arbeiter? Schon heute häufen sich deshalb die Klagen einsichtiger Kreise, die in diesem ungesunden Zustand eine Gefahr für die Qualität unserer Arbeitskräfte und nicht zuletzt unserer Gesamtwirtschaft erblicken. Es wird Aufgabe der an den Gesamtarbeitsverträgen interessierten Parteien sein, dafür zu sorgen, dass in Zukunft die berufliche Vorbildung bei der Lohnfestsetzung wieder vermehrt berücksichtigt wird.

3. Teil: Zur wirtschaftlichen und sozialen Problematik des Lehrlingswesens.

1. Kapitel: Wonach richtet sich der Bedarf an Lehrlingen?

Das nachfolgende Kapitel soll einzelne den Berufsnachwuchs betreffende Probleme aufwerfen. In erster Linie werden uns jene wirtschaftlichen Gegebenheiten interessieren, die in irgend einer Weise an der Bestimmung der jährlichen Nachwuchsquote für gelernte Berufe mitbeteiligt sind. Es wird sich dabei nicht darum handeln können, die Nachwuchsquote für die Gesamtheit oder für einzelne Berufe herauszuarbeiten, - wer sich für diese speziellen Fragen interessiert, sei auf die Arbeit von Luick hingewiesen¹⁾, - sondern es sollen lediglich gewisse Tendenzen aufgezeigt und zu neuen Diskussionen Anregungen geboten werden.

I. Der Bedarf der Wirtschaft.

1. Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur.

a. Allgemeines.

Wir gehen aus von einer Volkswirtschaft, der ein Produktionsapparat mit einer bestimmten technischen Leistungsfähigkeit eigen ist und die über eine Menge an Arbeitskräften verfügt, die innerhalb gewisser Grenzen unverändert bleibt. Wir vernachlässigen vorderhand irgendwelche störenden demographischen Faktoren und nehmen an, dass die betreffende Bevölkerung einen normalen Altersaufbau aufweist. Wie lässt sich in diesem Fall der Bedarf an Lehrlingen feststellen, wie und wo wird er sichtbar? Der Entscheid über die Anzahl der jährlich zur Ausbildung gelangenden Lehrlinge wird in einer freien Wirtschaft nie in irgend einem staatlichen Amt, im Lehrstellenvermittlungsbureau oder beim Berufsberater gefällt, sondern in den einzelnen Unternehmungen, in der Wirtschaft selbst. Sie bestimmt auf Grund der Anforderungen, die an die Arbeitskräfte gestellt werden, ob der Berufsnachwuchs aus gelernten oder ungelernten Berufsarbeitern bestehen muss. Das wird wiederum vom jeweiligen Stand der Technik abhängen und wird innerhalb einer Volkswirtschaft nach Gebieten verschieden sein, je nach den jeweils vorherrschenden Wirtschaftszweigen. So werden grosse Unterschiede bestehen zwischen stark industrialisierten Gegenden und solchen, in denen das Kleingewerbe dominiert, ganz abgesehen von der Sonderstellung der Landwirtschaft. Im Einzelnen wird es der Unternehmer sein, der durch seine innerbetrieblichen Dispositionen über den Grad der Mechanisierung und Standardisierung weitgehend bestimmt, welche beruflichen Qualifikationen seine Belegschaft aufweisen muss.

Da notwendigerweise eine feste Relation besteht zwischen den eigent-

¹⁾ Luick Willy, Der berufliche Nachwuchs in der Schweiz (Diss. Bern 1929).

lichen Arbeitskräften und dem Berufsnachwuchs, stünde mit dem Entschluss des Unternehmers, eine bestimmte Anzahl gelernter Arbeiter zu beschäftigen, auch schon fest, dass in festgesetztem Verhältnis zu dieser Zahl Jugendliche in entsprechende Berufslehren nachgezogen werden müssen. Wir sehen vorläufig von möglichen Spezialfällen ab und prüfen nun zunächst, von welchen Faktoren der Aufbau der Arbeiterschaft und somit auf Grund der bestehenden Relation auch derjenige der Berufsnachwuchses abhängt.

Die grosse Gruppe der Arbeiterschaft zerfällt in drei Kategorien: die Gelernten oder Facharbeiter, die Angelernten und die Ungelernten oder Hilfsarbeiter. Zwischen den alten gelernten Arbeiter, den Gesellen, der für die Erlernung der ihm eigenen Kunstfertigkeit eine längere Lehrzeit benötigt, und den Ungelernten, den Handlanger alten Stils, hat sich die Schicht der Angelernten eingeschoben, die gegenüber den beiden andern nicht immer leicht abzugrenzen ist. Sombart versucht dies folgendermassen: "Will man einen grundsätzlichen (nicht nur gradweisen) Unterschied zwischen gelernten und angelernten Arbeitern machen, so kann es nur der sein, dass der gelernte Arbeiter eine komplexe, vielgliedrige Arbeit nach Art der alten Handwerksarbeit versteht, eine Arbeit, die ihre Einheit durch ihre Beziehung auf die arbeitende Persönlichkeit empfängt, während der angelernte Arbeiter nur eine Teilverrichtung, eine Spezialarbeit auszuüben vermag, eine Arbeit, die unter rein sach-rationalen Gesichtspunkten abgegrenzt ist."¹) Bereits hier möchte ich feststellen, dass auch innerhalb der einzelnen Gruppen erhebliche Unterschiede bestehen können. So wird insbesondere in der Industrie der alte Vollarbeiter mit allseitiger Handwerksausbildung weitgehend verschwunden sein und einem mehr oder weniger hoch qualifizierten Spezialarbeiter Platz gemacht haben.

Das jeweilige Verhältnis der drei Arbeiterkategorien zueinander wird durch sehr verschiedenartige Faktoren bestimmt. Einen massgebenden Einfluss üben alle jene Massnahmen aus, die sich unter dem Namen Rationalisierung zusammenfassen lassen und die u.a. darin bestehen, dass durch eine Standardisierung der Produkte, eine Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsvorganges oder aber eine Rationalisierung des Arbeitsvollzuges (Taylorismus) derart auf den Faktor Arbeit eingewirkt wird, dass notwendigerweise eine gewisse Umstellung und Anpassung von seiten der Arbeiter und weitgehende Aenderungen in den Anforderungen an die berufliche Vorbildung der Arbeitskräfte die Folge sind. Aber auch zwischenbetriebliche organisatorische Massnahmen, die entweder eine Spezialisierung oder eine Konzentration der Betriebe anstrebt, haben solche Auswirkungen im Gefolge. Besonders in der Industrie, aber auch bis zu einem gewissen Grad im Gewerbe, zeichnet sich eine Entwicklung ab, die etwa dahingeht, dass einmal der ungelernete Arbeiter mehr und mehr verdrängt wird durch den angelernten, der dort zum herrschenden Arbeitertypus wird, während darüber eine Schicht von hochqualifizierten Arbeitern sich bildet, deren Tätigkeit in der Beaufsichtigung der Maschinen, der Arbeitsanweisung usw. besteht.²) Andererseits haben Rationalisierungsmassnahmen von der Art des laufenden Bandes zur Folge, dass weit weniger gelernte Arbeiter benötigt werden, da zur Ausübung der Teilfunktionen am laufenden Band Ungelernte genügen. In gewissen Fällen ist die Schwierigkeit, ungelernte von angelernten Arbeitern zu unterscheiden, sehr gross. Sombart stellt dazu fest, dass "die Anforderungen der modernen Technik,

1) Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. III/1 (München & Leipzig 1927) S. 431.

2) vgl. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. III/2 (München & Leipzig 1927) S. 919 f.; Gerhardt, Art. "Rationalisierung" im Handwörterbuch der Staatswissenschaft, 4. Auflage Erg. Bd. S. 749.

insonderheit die Anwendung von Maschinen" es mit sich bringen, "dass immer mehr gelernte Arbeit in angelernte oder gar ungelernte verwandelt wird, die angelernte aber fortlaufend vereinfacht wird, so dass die Anlernung in immer kürzerer Zeit erfolgen kann." ¹⁾ Welche Bedeutung diesen Erscheinungen bei einer Betrachtung des gesamten Lehrlingswesens beigemessen werden muss, lässt sich leicht ersehen.

Nun bewirken aber die Rationalisierungsmassnahmen nicht bloss eine Veränderung innerhalb der Klasse der Arbeiter bei gleichbleibender Arbeiterzahl, sondern es zeigt sich auch, dass eine Verminderung oder Vermehrung der zur Beschäftigung gelangenden Arbeitskräfte die Folge sein kann. Für den ersten Fall wäre etwa an die Auswirkungen einer erhöhten Mechanisierung, der fliessenden Fertigung oder des Taylor-Systems zu denken, im zweiten Fall an eine rationell gestaltete Produktion, die weitere Nebenbetriebe nach sich zieht (Abfallverwertung). Auch der Einfluss dieser Massnahmen auf den Berufsnachwuchs ist offensichtlich.

b. Die Verhältnisse in Basel.

Es geht hier nicht darum, eine Untersuchung über den Grad der Rationalisierung von Industrie und Gewerbe im Kanton Basel-Stadt anzustellen; das ginge weit über den Rahmen dieser Arbeit hinaus. Doch sollen einige Auswirkungen derselben auf die Arbeiterschaft und allfällige Rückwirkungen auf den Berufsnachwuchs ins Auge gefasst werden.

Wie noch zu zeigen sein wird ²⁾, ist der Anteil der Angelernten an der Gesamtzahl der Arbeiter in Basel relativ hoch. Viele von ihnen haben eine normale Berufslehre absolviert, sei es aus Tradition, sei es aus der richtigen Erkenntnis heraus, dass eine solche noch immer die beste Grundlage für das spätere Fortkommen bildet, oder aber weil sie sich scheuten, als Fünfzehnjährige die ungewisse Laufbahn des Hilfsarbeiters zu betreten. Dann aber bewegt früher oder später die Aussichtslosigkeit, selbständig einen Handwerksbetrieb betreiben zu können, oder auch nur schon die momentane Möglichkeit eines höheren Verdienstes manchen dazu, eine Stelle in einem Betrieb anzunehmen, in welcher er zu einer Spezialarbeit angelernt wird. Den Grad dieser Abwanderung von gelernten Arbeitern in angelernte Berufe zahlenmässig zu belegen, dürfte beinahe unmöglich sein.

Es steht ausser Zweifel, dass neben der eigentlichen Berufslehre die Anlernung im Laufe unseres Jahrhunderts eine erhebliche Bedeutung erlangt hat. Das Gesetz über die berufliche Ausbildung hat deshalb auch diese Art der Einführung in einen Beruf berücksichtigt. ³⁾

Ueber das Verhältnis der verschiedenen Arbeiterkategorien zueinander orientiert nachfolgende Tabelle, die aus den Ergebnissen der Volkszählung 1941 zusammengestellt ist. Zum Vergleich wurden die entsprechenden Zahlen für die Städte Zürich und Bern errechnet. ⁴⁾

1) Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. III/1 S. 432.

2) vgl. S. 62.

3) Bundesgesetz Art. 25, vgl. S. 51.

4) Quellen: Wirtschaft und Verwaltung, hg. vom Stat. Amt der Stadt Basel Heft 2/1945 S. 58.
Volkszählung 1941 Bd. 7 S. 236, Bd. 9 S. 182.

Anteil der Arbeiterkategorien an der Gesamtzahl der Berufstätigen und an der Gesamtarbeiterschaft in den Städten Zürich, Bern und Basel im Jahre 1941.

Arbeiter- kategorie	Anteil an der Gesamtzahl der Berufstätigen									Anteil an der Arbeiterchaft		
	Männlich			Weiblich			Total			Total		
	ZH	BE	BS	ZH	BE	BS	ZH	BE	BS	ZH	BE	BS
	in Prozent											
Gelernte	25,4	23,2	23,4	10,6	9,7	9,3	20,0	18,3	18,5	41	40	36
Angelernte	15,2	13,5	18,1	32,7	35,7	38,0	21,5	21,0	25,0	44	46	49
Ungelernte	7,7	7,2	8,2	6,2	4,2	6,3	7,1	6,1	7,5	14	13	14

Noch deutlicher kommt der hohe Anteil der angelernten Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Arbeiter zum Ausdruck, wenn man sie in Beziehung setzt zu den gelernten Arbeitern. Dabei ergeben sich folgende aufschlussreiche Zahlen. Bei den Männern entfallen auf 100 Gelernte 77 Angelernte und 35 Ungelernte, während bei den Frauen auf 100 gelernte gleich 411 angelernte und 68 ungelernete Arbeiterinnen kommen. Bei den männlichen Angelernten stellt die chemische Industrie das Hauptkontingent. Die Zahl der weiblichen Angelernten ist deshalb so hoch, weil auch die Dienstboten unter diese Kategorie fallen. Immerhin stellt auch die Textilindustrie eine erhebliche Anzahl angelernter weiblicher Arbeitskräfte. Demgegenüber weisen das eigentliche Konfektionsgewerbe, die Holzverarbeitung und die Tabakindustrie die grössten Prozentsätze gelernter Arbeiter auf. Recht beträchtlich ist auch der Anteil der gelernten Arbeiter im graphischen Gewerbe und einzelnen Branchen der Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie. Je ein Viertel der ungelernen Arbeiter entfällt auf die chemische Industrie sowie auf das Baugewerbe mit Einschluss der Industrie der Steine und Erde.

c. Auswirkungen auf das Lehrlingswesen in Basel.¹⁾

Nun wird es interessant sein festzustellen, wie sich auf Grund der aufgezeigten Verhältnisse das Lehrlingswesen in Basel darstellt. Halten wir noch fest, dass sich die Gesamtzahl der Beschäftigten von 1905 bis 1929 um ca. 50%, von 49'873 auf 75'458, vermehrt hat, während sie in den zehn Jahren von 1929 bis 1939 um ca. 2,5% auf 73'518 zurückgegangen ist. Noch stärker wuchs die Zahl der Arbeiter in Industrie und Handwerk, nämlich um ca. 60%, sank dann aber in der zweiten Zählperiode um 20%.

Muss sich nun die Lehrlingshaltung parallel zu den eben aufgezeigten Verhältnissen entwickelt haben? Durchaus nicht, wenn unsere im vorigen Abschnitt gemachten Ausführungen nicht falsch sind. Stehen uns auch nur noch die Zahlen des Jahres 1941 zur Verfügung, auf Grund derer wir das Verhältnis von gelernten zu den übrigen Arbeitern feststellen können, so sind wir uns doch ganz im Klaren über die Entwicklung, die zu diesem Resultat des Jahres 1941 geführt hat. Wir müssen demnach auch annehmen,

1) Wo nichts anderes vermerkt ist, wurden die Zahlen der drei letzten Betriebszählungen verwendet.

dass die Zahl der zur Ausbildung gelangenden gewerblichen Lehrlinge in den in Frage stehenden Jahren im Verhältnis zu den beschäftigten Arbeitern sich vermindert hat. Etwas anders verhält es sich wohl bei den kaufmännischen Lehrlingen, denn, kamen 1929 auf 100 Arbeiter erst 47 Angestellte, so waren es 1939 bereits deren 63.

Absolut betrachtet ist die Zahl der gewerblichen Lehrlinge in der Periode 1905-1929 von 1'915 auf 2'673 angestiegen, um bis zur letzten Zählung wieder auf 2'055 abzusinken. Setzen wir diese Zahlen aber in Beziehung zur Gesamtzahl der Beschäftigten, so erhalten wir folgende Werte: 3,6, 3,5, 2,8%. Noch deutlicher kommt der Rückgang zum Ausdruck, wenn wir den Anteil der gewerblichen Lehrlinge in Industrie und Handwerk an den Arbeitern dieser Wirtschaftszweige bemessen. Wir erhalten dann Verhältniszahlen von 9,4, 7,3, 7,0% für die Jahre 1905, 1929, 1939.

Etwas anders stellt sich die Entwicklung der kaufmännischen Lehrlinge dar. Insgesamt, d.h. Lehrlinge und Lehrtöchter zusammen, ergibt sich für die ganze Zeit ein leicht steigender Anteil an der Zahl der Beschäftigten in Basel. Doch ging die Zahl der Lehrlinge, abgesehen von einem konjunkturbedingten Anstieg bis 1928, stets leicht zurück (Einfluss der Handelsschulen!), sodass der Hauptanteil des Gesamtzuwachses auf die Lehrtöchter, d.h. insbesondere auf die Verkäuferinnen-Lehrtöchter, entfällt; Ende 1944 besetzten die Verkäuferinnen-Lehrtöchter 41,4% aller kaufmännischen Lehrstellen.

Es ist augenscheinlich und zeigt sich ganz besonders deutlich bei der Betrachtung der Entwicklung des kaufmännischen Lehrlingswesens, dass noch weitere Umstände, z.T. auch ausserwirtschaftliche, berücksichtigt werden müssen, will man zu einem einigermaßen brauchbaren Ergebnis gelangen. So wäre es sicher falsch, wollte man Zahlen, die sich auf das Jahr 1929 beziehen, einfach hinnehmen, ohne auf die damalige Hochkonjunktur, oder diejenigen für 1939, ohne auf die vorangegangene Krise hinzuweisen. Ebenso wenig geht an, den Einfluss, den gewisse Veränderungen im Bevölkerungsaufbau der Schweiz auf das gesamte Nachwuchsproblem haben, bei der vorliegenden Betrachtung zu vernachlässigen.

Vorläufig ist festzustellen, dass entsprechend dem anteilmässigen Rückgang der Arbeiter auch der Anteil der gewerblichen Lehrlinge im beobachteten Zeitraum sich verringert hat. Dies ist normal. Doch ist darüber hinaus auch die Nachwuchsquote stets kleiner geworden. Diese Entwicklung kann dann den fortschreitenden Rationalisierungsmassnahmen zugeschrieben werden, wenn es sich erweist, dass sie nicht durch demographische oder andere Faktoren hervorgerufen worden ist.

2. Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage.

a. Allgemeines.

Wir nehmen vorerst einmal an, dass der Berufsnachwuchs in seiner zahlenmässigen Entwicklung ebenfalls von der Konjunkturbewegung erfasst wird. Das heisst, wir erwarten, dass bei einer konjunkturbedingten steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften sich parallel dazu ähnliche Erscheinungen auf dem Markt für jugendliche Arbeitskräfte, und insbesondere auch auf dem Lehrstellenmarkt, zeigen werden. Wir müssten also in der Aufschwungsphase eine vermehrte Nachfrage nach Lehrlingen feststellen können, die in einer später folgenden Rückschlags- und Stockungsphase von einer starken Einschränkung der Neuabschlüsse von Lehrverträgen abgelöst wird.

Das eigentliche Problem, das uns hier beschäftigen wird, ist die Frage, ob diese hypothetische Parallelität sich in der Wirklichkeit tatsächlich einstellt. Dagegen sprechen verschiedene Gründe, die im folgenden dargelegt seien.

Der Lehrstellenmarkt kann dem Arbeitsmarkt nicht gleichgesetzt werden. Immer wieder ergeben sich Unstimmigkeiten zwischen dem Bedarf der Wirtschaft an Berufsnachwuchs und dem Verlangen der Betriebsinhaber nach Lehrlingen. Dieses Missverhältnis besteht schon in normalen Zeiten, stösst man doch neben Berufen mit chronischem Nachwuchsmangel andererseits vielfach auf solche, die wegen der bedrohlichen Ueberfüllung infolge zu grosser Lehrlingskontingente nach staatlichem Schutz rufen.

In Zeiten rasch fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung treten Unstimmigkeiten anderer Art zwischen Arbeits- und Lehrstellenmarkt zu Tage. "Ein Mangel an Arbeitskräften kann nicht, soweit es sich um gelernte Arbeitskräfte handelt, durch sofortige vermehrte Zuweisung von Lehrlingen behoben werden, denn die Ausbildung der Arbeitskräfte bis zur vollen Leistungsfähigkeit braucht Zeit. Ebenso kann einem Ueberfluss an gelernten Arbeitskräften nicht dadurch begegnet werden, dass man die Zahl der Lehrlinge verringert. Zwischen dem Beginn und der Beendigung der Lehrzeit liegt ein Zeitraum, in welchem sich nicht nur die wirtschaftliche Lage ändern kann, sondern in dem auch die Zahl der Lehrlinge noch keinen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsmarktlage hat."¹⁾ Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn man in Unternehmerkreisen vielfach einer zurückhaltenden Einstellung begegnet; denn das Lehrlingsverhältnis bringt nicht nur eine Bindung auf längere Zeit, sondern auch weitgehende rechtliche und moralische Verpflichtungen mit sich. Davor scheut sich in unruhiger Zeit mancher Arbeitgeber.

Es ist ferner eine bekannte Tatsache, dass bei allgemeinem Mangel an Arbeitskräften - ein solcher tritt in einer Aufschwungsphase in einem bestimmten Zeitpunkt unwillkürlich ein - eine starke Nachfrage nach Jugendlichen entsteht. Dies vor allem aus dem Grunde, weil diese anpassungsfähiger sind, als allfällig noch vorhandene Arbeitslose höheren Alters, und zudem zu weit geringeren Ansätzen entschädigt werden müssen.²⁾ Diese Nachfrage betrifft aber primär nicht die Lehrlinge, sondern die übrigen jugendlichen Arbeitskräfte, wie Hilfsarbeiter und Anzuerkennende, sodass die Zahl der für eine Berufslehre noch zur Verfügung stehenden Jugendlichen erheblich zurückgeht. In erster Linie haben diese Beobachtungen Gültigkeit für die Industrie, während im Handwerk die Lage eine etwas andere ist. Hier spielt der Lohn einer einzelnen Arbeitskraft eine grössere Rolle, und da erfahrungsgemäss die Löhne auch der ungelernten Arbeiter bei Knappheit an Arbeitskräften erheblich steigen, wird die Einstellung von Lehrlingen, die zu einem unvergleichlich bescheideneren Lohn beschäftigt werden können, besonders vorteilhaft.

Dass diese Bewegung aber keinen grösseren Umfang annimmt, liegt in der relativen Stabilität des Handwerks begründet. Das wirtschaftliche Verhalten des Handwerks unterscheidet sich ganz wesentlich von jenem kapitalistischer Industrieunternehmungen. Dem Handwerk fehlt die äusserste wirtschaftliche Empfindlichkeit und Reaktionsfähigkeit. Dazu wirken sich bei der Mentalität des Handwerkers eine Reihe nichtwirtschaftlicher Traditionen gegen eine rasche Umstellung und Anpassung an neue wirtschaftliche Voraussetzungen aus. Nicht dass das Handwerk vollständig

1) Bartholdi, Berufsberatung und Arbeitsmarkt, Vortrag, (Bern 1933) S. 13.

2) vgl. auch Vollbeschäftigung, Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, hg. vom Statistischen Institut der Universität Oxford, (Bern 1946) S. 126 f.

unbeeinflusst bliebe von jeder konjunkturellen Schwankung, aber es ist doch so, dass für diesen Wirtschaftszweig als Ganzes gesehen ein gewisser Ausgleich dadurch entsteht, dass einzelne Gruppen wohl von den Preisschwankungen der von der Industrie gelieferten Roh- und Hilfsstoffen, sowie von den Einkommensschwankungen in der Industrie beeinflusst werden, während andere, wie etwa die Nahrungsmittelgewerbe, eine gewisse Krisenfestigkeit insbesondere deshalb aufweisen, weil die Nachfrage nach ihren Produkten sehr unelastisch ist.¹⁾

Bedenkt man nun, dass im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl im Handwerk bedeutend mehr Lehrlinge ausgebildet werden als in den Industrieunternehmen, so lässt sich aus den bisherigen Darlegungen schliessen, dass die Lehrlingsbestände im Ganzen nicht in dem Masse den Konjunkturbewegungen unterworfen sind wie etwa die übrigen Arbeitskräfte.

Haben wir bis jetzt mehr die Nachfrageseite auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt betrachtet, so müssen wir uns nun auch einige Gedanken über das Verhalten der Angebotsseite machen. Im Vordergrund müssen dabei die Beurteilung der Erfolgsaussichten des Lehrstellensuchenden und seiner ökonomischen Lage stehen. Das Zweite scheint mir wichtiger als das Erste. Zudem wird sich dieses Problem bei der Behandlung der psychologischen Faktoren im folgenden Abschnitt III erneut stellen.

Die ökonomischen Verhältnisse der Familien, aus welchen sich der Nachwuchs der gelernten Berufe rekrutiert, haben einen grossen Einfluss auf den Berufsentscheid. Die jungen Handwerker und Industriearbeiter stammen zum grössten Teil aus den untern sozialen Schichten der Bevölkerung. Gerade diese Kreise sind es aber, die von einem konjunkturellen Aufschwung sehr spät erst profitieren können, da die Löhne der Familienernährer nicht im gleichen Masse steigen wie die Preise der Konsumgüter. Ihr Realeinkommen wird demnach geringer. Aus dieser Situation ergibt sich vielerorts die Notwendigkeit des Mitverdienens der Jugendlichen, um damit das zurückbleibende Realeinkommen auszugleichen. Sofortigen und hohen Verdienst finden sie aber nicht in einer Berufslehre, sondern in anderen Arbeitsstellen, als Ausläufer oder Hilfsarbeiter irgendwelcher Art.

Die Bewegung zu den ungelernten Berufen hin wird noch verstärkt durch die mit dem Konjunkturaufschwung einhergehende Nivellierung der Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter, die durch die allgemeine Knappheit an Arbeitskräften hervorgerufen wird. Dadurch werden weitere Bedenken, die vielleicht bis anhin gegen die Ergreifung eines ungelernten Berufes wirksam waren, aufgehoben. Man verdient ja beinahe gleich viel als Ungelernter und zudem fällt die zeitverschwendende Berufslehre weg!

Zugegeben, es wird glücklicherweise immer wieder solche Jugendliche und Eltern geben, denen die nötige Einsicht nicht fehlt und die sich deshalb trotz allem für eine Berufslehre entscheiden in der richtigen Ueberzeugung, damit den besseren Teil erwählt zu haben.

Hier liegt eine grosse Aufgabe der Berufsberatung, dafür zu sorgen, dass in weiten Schichten der Bevölkerung diese Einsicht immer mehr Platz greife. Die Gefahr der Fehlentscheide ist aber trotzdem noch gross, weil beträchtliche Teile der Jugend von der Berufsberatung und dem Lehrstellenvermittlungsbureau nicht erfasst werden, und zwar gerade wieder in vermehrtem Masse zur Zeit der Konjunktur, wo eine Lenkung doppelt wichtig wäre.

Aehnliche Ueberlegungen lassen sich auch für die Zeit des konjunktura-

1) vgl. auch Haarmann, Die Eigenart des Konjunkturablaufes in verschiedenen Wirtschaftszweigen, (Jena 1940) S. 26 f.

rellen Rückgangs anstellen; wobei wiederum zunächst der Zweifel an der Annahme geäussert sei, dass eine Parallelität zwischen der Entwicklung der Lehrverhältnisse und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bestehe.

Einzelne Ueberlegungen, die wir bei Betrachtung der Aufschwungsphase gemacht haben, können analog für die Zeit des Konjunkturrückganges angestellt werden. Daneben ist aber insbesondere noch folgendes zu bedenken: Der Lohn hat in der Abschwungsphase eine erhöhte Bedeutung als Kostenfaktor. Diesem Umstand mag es zuzuschreiben sein, wenn Lehrlinge nicht in dem Masse abgebaut werden, wie zunächst vermutet werden könnte. Diese Tatsache mag Burri, ein um das Berufsbildungswesen verdienter Autor, im Auge gehabt haben, als er über die Verhältnisse bei den kaufmännischen Lehrlingen schrieb: "In Zeiten der Hochkonjunktur und in grösseren, gutgehenden Betrieben kann man es sich leisten, auch die untergeordneten Stellen mit Angestellten, vielleicht mit weiblichen, zu besetzen, die einmal angelernt, längere Zeit auf ihrem Posten bleiben und nicht so oft die sich wiederholende Mühe und Störung des Anlernens mit sich bringen wie die Lehrlinge. Bei sinkender Konjunktur ist eigentümlicherweise die Nachfrage nach Lehrlingen eher grösser, eben weil dann das Gehaltskonto als Kostenfaktor wieder eine grössere Rolle zu spielen beginnt."¹⁾

Hervorgehoben sei ferner noch einmal die Bedeutung der durch Reglement festgesetzten Dauer der Lehrzeit, die für die meisten Berufe drei bis vier Jahre beträgt. Sie kann sehr stark zur Zurückhaltung im Abschluss von Lehrverträgen beitragen.

Sehr unklar ist anderseits die Beurteilung der Lage durch die Lehrlinge und ihre Eltern. Erneut muss auf den nachstehenden Abschnitt III über die psychologischen Faktoren verwiesen werden.

Nur andeutungsweise sei auch vermerkt, welche Gefahr für jene Wirtschaftszweige entstehen können, die es angesichts der allgemeinen Depression unterlassen, für die Heranbildung von Berufsnachwuchs zu sorgen. Erholt sich die Wirtschaft später, so steht dieser Produktionszweig vor einem grossen Nachwuchs- und Facharbeitermangel. Was Max Weber für die Jahre nach der letzten Krise für die Maschinenindustrie ausgesagt hat, dass es nämlich zeitweise schwierig war, genügend gelernte, qualifizierte Arbeiter zu bekommen, und dies trotz weitgehender arbeitssparender Rationalisierungsmassnahmen, hat auch für andere Zweige unserer Wirtschaft gegolten.²⁾

Aus den bisherigen Ausführungen muss hervorgehen, dass es nicht leicht fällt, ein eindeutiges Urteil über das Verhalten der Lehrlinge im konjunkturellen Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung zu fällen. Der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Einwirkungen sind zu viele und das Zahlenmaterial, mit Hilfe dessen gewisse Tendenzen in der Gesamtwirtschaft genauer herausgearbeitet werden könnten, ist nicht vorhanden. Für die Verhältnisse in Basel sei auf den nachfolgenden Abschnitt verwiesen.

Trotzdem ist der Verfasser der Meinung, dass es nicht weiter verantwortet werden kann, Entscheidungen von solcher Tragweite, wie sie auf dem Lehrstellenmarkt gefällt werden müssen dem Zufall zu überlassen. Es ist dringend zu fordern, dass ein staatliches Organ da sei, das sich einen Ueberblick über den Bedarf der Wirtschaft an Berufsnachwuchs und über die Möglichkeiten zur Befriedigung dieser Nachfrage verschafft. Dazu bedarf es naturgemäss besonderer Hilfsmittel, wie etwa einer sorgfältig

1) Burri, Die kaufmännische Berufsschule, (Zürich 1932) S. 7.

2) Weber Max, Gegenwartsfragen der Schweizerischen Wirtschaft (Bern 1938) S. 77.

ausgebauten Lehrlingsstatistik. Von der bereits bestehenden Sektion für berufliches Bildungswesen im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit müssen auf Grund genauer Informationen und Erhebungen Richtlinien an die kantonalen Berufsberater und Lehrstellenvermittlungsämtler, aber auch an die Unternehmer, ergehen, auf Grund derer der Nachwuchs in die richtigen Bahnen geleitet werden kann. Im Bedarfsfalle muss in vermehrtem Masse, als dies heute geschieht, nachträglich noch eine Umschulung an die Hand genommen werden, damit nicht die Arbeitslosenmasse durch moralisch und technisch qualifizierte Arbeitskräfte vergrössert werden, die zufällig einen Beruf erlernt haben, in welchem für absehbare Zeit keine Verdienstmöglichkeiten bestehen. Dabei spielt auch die Frage der Mobilität der Arbeit eine wichtige Rolle, auf die hier aber nicht eingegangen werden kann. Es sei deshalb erneut auf die Studie von Worswick über die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung verwiesen.¹⁾

b. Die Verhältnisse in Basel.

In Basel können wir im Zeitraum 1922-1928 einen Zuwachs von 590 Lehrverhältnissen feststellen. Davon entfallen auf die männlichen gewerblichen Lehrlinge 300 und die kaufmännischen Lehrlinge 150, der Rest zum grössten Teil, auf die Verkäuferinnenlehrtöchter. Dieser Zunahme steht in der Zeit von 1928-1935 eine Verminderung um 1'150 gegenüber, nämlich 700 gewerbliche und 300 kaufmännische Lehrverträge, restliche 150 bei den Verkäuferinnenlehrtöchter. In diesen Zahlen spiegelt sich in grossen Zügen der Verlauf der Wirtschaftskonjunktur dieser Jahre wider. Aus einer Betrachtung der Entwicklung im einzelnen geht hervor, wie sehr sie von der Situation im Baugewerbe abhängig gewesen ist. Der stärkste Rückschlag erfolgte in den Jahren 1933-1935 und betraf in erster Linie die gewerblichen Lehrlinge. Wenn wir auch keine nach den einzelnen Berufen gegliederten Zahlen besitzen, so geht doch aus dem Zeitpunkt dieses Lehrlingsabbaues hervor, dass dieser eine Folge der Krise im Baugewerbe gewesen ist und nicht eine solche der allgemeinen Krise, die insbesondere die Exportindustrien betroffen hatte. Wir finden diese Ansicht bestätigt durch die Entwicklung der kaufmännischen Lehrverhältnisse. Ihre Zahl ist in diesen Jahren relativ konstant geblieben, ja hat sogar leicht anzuwachsen begonnen, nachdem sie zur Zeit der Exportkrise in den Jahren 1930-1931 gesunken war.

Als Ergebnis unserer Betrachtung über die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen können wir festhalten: Wenn auch der Bestand an Lehrverträgen von diesen Schwankungen nicht unberührt bleibt, so spielt sich die ganze Entwicklung doch innerhalb relativ enger Grenzen ab; dies deshalb, weil, abgesehen von manchen psychologischen Faktoren und den durch die Bevölkerungszahl gesetzten Schranken, die vertragsmässigen Bindungen und Verpflichtungen hemmend auf einen übereilten Abschluss von Lehrverträgen wirken. Die vorne aufgeführten Ueberlegungen zeigen überdies, dass durch das verschiedenartige und teilweise entgegengesetzte Verhalten der Individuen ein Ausgleich geschaffen wird. Wenn auch mit der Zahl von 2'300 gewerblichen Lehrlingen 1929 eine einmalige Höhe erreicht worden ist, so bedeutet dies im richtigen Lichte betrachtet, d.h. am damaligen Bestand an Arbeitern gemessen, kein ausserordentliches Ereignis. Schliesslich bleibt sie immer noch um 2,15% hinter dem Anteil von 1905 zurück. Es scheint, dass demnach noch weitere Umstände die Lehrlingshaltung beeinflussen.

1) In: Vollbeschäftigung, Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, hg. vom Statist. Inst. der Universität Oxford (Bern 1946) S. 105 ff.

II. Der Einfluss der Bevölkerungsstruktur.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass in der Schweiz seit der Jahrhundertwende ein starker Geburtenrückgang eingetreten ist. Dies hat insbesondere seit den Nachkriegsjahren eine stets geringer werdende Zahl an Schulentlassenen, d.h. solchen Jugendlichen, die ins Erwerbsleben eintreten können, zur Folge gehabt. Die Entwicklung ist im einzelnen so vor sich gegangen, dass ein erster Tiefpunkt 1932-34 erreicht worden ist; daraufhin war infolge der starken Jahrgänge 1920/21 ein vorübergehendes Ansteigen der Zahl der 15-jährigen in den Jahren 1935/36 zu verzeichnen. Die nach dieser kurzen Erholung erneut eingetretene Abwärtsbewegung wird nach den Berechnungen, die auf Grund der bis heute vorliegenden Geburtenzahlen vorgenommen werden können, erst im Jahre 1953 ihren absolut tiefsten Stand erreicht haben.¹⁾ Interessant ist nun für uns, dass die Geburtenkurve des Kantons Basel-Stadt analog derjenigen der Gesamtschweiz verläuft. Es wäre aber im Falle Basels falsch, zur Errechnung der mutmasslichen Zahl der neu ins Erwerbsleben eintretenden Personen nur auf die Geburtenzahl abzustellen; verursacht doch bei unserem kleinen Kantonsgebiet die Wanderung, die unter den 15- bis 19-jährigen ein erhebliches Ausmass annimmt, sehr grosse Veränderungen. So hat sich in Basel vom ersten Weltkrieg weg nicht wie in der übrigen Schweiz eine konstante Abnahme der 15- bis 19-jährigen, sondern auf Grund des Wanderungsgewinnes ein stetes Anwachsen bis 1929 ergeben; erst dann ist der Abfall bis zum Tiefpunkt im Jahre 1934 erfolgt. Wir müssen uns längere Erörterungen über die Frage, auf Kosten welches Landesteiles der Wanderungsgewinn Basels erfolgt ist, versagen. Immerhin kann vermutet werden, dass die im Jahrzehnt 1920/30 festzustellende Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft von nicht geringem Einfluss ist. Es ist denkbar und sogar wahrscheinlich, dass es sich dabei um Jugendliche gehandelt hat, die in der Landwirtschaft keine Verdienstmöglichkeit mehr gesehen und sich deshalb der Industrie und dem Handwerk zugewandt haben. Als Anhaltspunkt können etwa folgende Zahlen aus den Volkszählungsergebnissen 1920 und 1930 dienen.²⁾ Von 1000 Erwerbenden in der Schweiz entfielen

Jahr	Urproduktion	Industrie, Handwerk,	Handel, Versicherung	Uebrige
1920	261	439	78	222
1930	217	446	98	239

Auf Grund dieser Darstellung der demographischen Verhältnisse wollen wir im Folgenden einige Ueberlegungen anstellen, insbesondere zur Frage, inwiefern die geschilderte Entwicklung sich in der jeweiligen Anzahl bestehender Lehrverhältnisse widerspiegelt. Es wäre dabei ein Leichtes, in den Chor jener einzustimmen, die immer und immer wiederholen, dass in erster Linie der Geburtenrückgang am Rückgang der Lehrlingszahl schuld sei. Zugegeben, diese Behauptung hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes an sich und vor allem ist sie oberflächlich sehr leicht zu beweisen.³⁾ Unterzieht man dagegen den gesamten Fragenkomplex einer näheren Betrachtung, so ändert sich das Bild.

1) vgl. Brüschtweiler, Entwicklungstendenzen der Bevölkerung und die Berufsberatung (in: Berufsberatung und Berufsbildung Heft 3/4 1946) S. 37 ff.

2) Statist. Jahrbuch der Schweiz 1944, S. 45.

3) 1920 gab es in der Schweiz 190'629, 1945 aber nur noch 164'704 männliche Jugendliche im Alter von 15 - 19 Jahren.

Es ist nicht zu bestreiten, dass ein Geburtenausfall vom Ausmass desjenigen in der Schweiz nicht ohne Einfluss auf den Berufsnachwuchs in seiner Gesamtheit d.h. Lehrlinge, jugendliche Hilfsarbeiter und akademischen Nachwuchs sein kann. Die Wirtschaft verlangt alljährlich eine gewisse Anzahl Jugendlichen als Ersatz für die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Berufstätigen.¹⁾ Dabei kann es sich ergeben, dass trotz Einsatz sämtlicher Reserven an irgendeiner Stelle des Produktionsapparates sich ein Mangel geltend macht. Es ist aber zu bezweifeln, ob dieser Mangel primär und in erheblichem Masse bei den gelernten Berufen eintreten wird. Nehmen wir vorerst den kaufmännischen Beruf aus, der trotz den vielfach dort herrschenden schlechten Verdienstmöglichkeiten sich stets eines grossen Zulaufs von Jugendlichen erfreuen kann. Anders steht es mit gewissen Berufen des Handwerks und der Industrie. (Mit dieser Trennung ist aber auch bereits angedeutet, dass noch weitere Faktoren, wir nennen sie psychologische, den Lehrstellenmarkt beeinflussen). Dr.Brüschweiler hat im bereits erwähnten Referat darauf hingewiesen²⁾, dass von 1930 bis 1941 über die Nachwuchsrestriktion hinaus, die infolge des Geburtenrückganges eingetreten ist, ein Verlust von annähernd 4'000 Lehrlingen zu verzeichnen gewesen ist, was auch in der von ihm errechneten Ausbildungsquote zum Ausdruck kommt, die im Beobachtungszeitraum von 45,4 auf 42,3% gesunken ist. Bei den Mädchen ist die Bewegung umgekehrt verlaufen. Bei ihnen ist die Ausbildungsquote von 19,7 auf 21,1% gestiegen und nur ein Ausfall von 600 Lehtöchtern zu verzeichnen gewesen. Die verminderte Ausbildungsquote allein sagt aber meines Erachtens noch gar nichts aus über die Ursache dieser Erscheinung. Insbesondere scheint sie kein Beweis dafür zu sein, dass der Rückgang der Lehrverhältnisse auf den Geburtenausfall zurückzuführen ist. Die für die Mädchen angegebenen Zahlen scheinen gerade das Gegenteil zu beweisen. Es ist durchaus möglich, dass die Wirtschaft infolge gewisser Veränderungen im Produktions- und Verteilungsapparat (Rationalisierung u.s.w.) einen ganz anders getarteten Bedarf an Arbeitskräften und Berufsnachwuchs hat. Es wäre demnach eine Verschiebung von den gelernten zu den angelernten Arbeitern, von den gelernten Arbeitern zum höheren technischen Personal denkbar. In diesem Fall wäre die Abnahme der gewerblichen Lehrlinge auf eine Umstellung in der Wirtschaft und nicht auf den Geburtenrückgang zurückzuführen. Damit soll nun nicht einfach behauptet werden, dass dem in Wirklichkeit so ist, sondern dieses Argument sei lediglich als nicht volles von der Hand zu weisendes in die Diskussion geworfen.³⁾

Ein einigermassen gültiges Urteil lässt sich erst bilden, wenn man die Verhältnisse kennt, die auf dem Lehrstellenmarkt geherrscht haben. War ein dauerndes Ueberangebot an Lehrstellen vorhanden, so wäre der landläufigen Ansicht recht zu geben, wonach der Mangel an Jugendlichen einen grossen Einfluss auf den Rückgang der Lehrverhältnisse auszuüben vermochte. Uebersteigt jedoch die Zahl der Lehrstellensuchenden das Angebot an Lehrstellen, dann ist diese Behauptung in Frage gestellt. Es wäre natürlich zu untersuchen, ob dieser Lehrstellenmangel allgemein war, oder ob er nur in gewissen Berufen aufgetreten ist, ob ev. in andern Wirtschaftszweigen ein Mangel an Lehrlingen geherrscht hat, so dass es lediglich eine Verteilungsfrage und demnach eine Angelegenheit auch der Berufsberatung gewesen wäre. Leider besitzen wir für den Lehrstellenmarkt

1) Für die Berechnung der Nachwuchsquote und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten sei erneut auf die Arbeit von Luick verwiesen.

2) Brüschweiler a.a.O. S. 44 f.

3) vgl. auch die Ausführungen zum Problem der Angelernten S. 61 f.

noch keine zuverlässigen Zahlen, obwohl das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit seit 1933 bei den Berufsberatern und Lehrstellenvermittlungen alljährlich Erhebungen durchführt. Wären diese Zahlen absolut zuverlässig, so wäre es ein Leichtes, die aufgestellte Behauptung zahlenmässig zu belegen. Interessehalber führe ich die in Frage stehenden Zahlen hier an:

Zahl der Lehrstellensuchenden auf 100 angemeldete bzw. beschaffte Lehrstellen.¹⁾

Jahr	Männlich	Weiblich	Total
1933	151	139	147
1934	149	144	147
1935	154	124	142
1936	168	153	162
1937	156	130	145
1938	152	123	140
1939	140	124	134
1940	134	122	129
1941	136	130	134
1942	127	114	122
1943	120	97	111
1944	113	87	103

Danach wäre also während der ganzen Beobachtungszeit ein Ueberschuss der Lehrstellensuchenden, teilweise sogar ein nicht unbedeutender, vorhanden gewesen und unsere Behauptung wäre damit gerechtfertigt. Wenn dieser Ueberschuss in den letzten Jahren auch immer kleiner geworden ist, so ist in diesem Zeitraum immerhin noch kein Mangel an Lehrstellensuchenden aufgetreten, wie es dann im Gefolge der Kriegskonjunktur der Fall war. Aber, wie gesagt, diese Zahlen müssen mit äusserster Sorgfalt aufgenommen werden.

III. Der Einfluss der psychologischen Faktoren.

Ich habe schon wiederholt darauf verwiesen, dass ausser den bis dahin aufgeführten Faktoren stets eine grosse Unbekannte vorhanden ist, dass alle Theorien unrichtig sind, sobald sich das persönliche Verhalten des Einzelnen nicht mit den Notwendigkeiten der Wirtschaft deckt. Wieviele subjektive Motive spielen doch im Moment der Berufswahl mit, oder wie verschiedenartig sind die Beweggründe, die einen Betriebsinhaber veranlassen, sich für oder gegen die Einstellung von Lehrlingen zu entscheiden. Familientradition, Milieu und Schule haben einen grossen Einfluss auf die Berufswahl, ganz abgesehen von der verschiedenartigen Anziehungskraft einzelner Gewerbe.

Was insbesondere das Verhalten der Schule anbetrifft, so wird ihr vielfach der Vorwurf gemacht, sie entspreche den Anforderungen nicht, die das praktische Berufsleben an sie stelle. So äussert sich etwa Nationalrat Dr. Gysler, ein Vertreter des Gewerbestandes: "Wir sind uns des

1) Die Volkswirtschaft, Juli 1945 S. 274.

gewaltigen Einflusses der Schule auf die Tüchtigkeit und die geistige Haltung unseres Volkes voll bewusst, mussten aber leider in den vergangenen Jahren oft feststellen, dass sie gerade in letzterer Hinsicht nicht immer das leistete, was von ihr zu erwarten ist. Sie trug eine Mitschuld daran, wenn das Gewerbe nicht mehr die gebührende Würdigung fand und alles sich den sogenannten "höheren Berufen" zuzudrängen suchte. Oft genug ging nicht nur in den städtischen, sondern auch in den Landschulen die Föhlung mit den eigentlich doch am nächsten liegenden Berufen verloren, sei es, weil sich die Lehrer nicht die Mühe nahmen, veraltetes Anschauungsmaterial durch modernes, entsprechenderes und durch die direkte Berücksichtigung zu ersetzen, sei es, weil sie die aufgeweckteren Schüler, denen sie das Hauptaugenmerk zuwandten, für "Höheres" vorbereiten zu sollen glaubten." ¹⁾ Die Folge ist ein starker Zudrang zu den mittleren und höheren Bildungsanstalten, was den Nachwuchs für die nichtakademischen Berufe umso empfindlicher schwächt, je kleinere Geburtsjahrgänge in das Erwerbsalter aufrücken.

Vieles ist auch schon über die sogenannten Modeberufe gesprochen und geschrieben und dabei oft vergessen worden, dass der Zustrom zu gewissen Berufen, die Meidung anderer, gar nicht so sehr aus einer Modeströmung heraus erfolgt ist, sondern dass fast regelmässig reale ökonomische und soziale Ursachen diese Einstellung des Nachwuchses bedingt haben. Gewisse Berufe stehen nun einmal nicht mehr in gutem Ansehen, weil sie keine günstigen Verdienstaussichten versprechen. Bei andern wieder trifft dies ebenfalls zu, und trotzdem werden sie bevorzugt; so etwa der kaufmännische Beruf, weil er "standesgemäss" und sauber ist und keine besondere körperliche Leistungsfähigkeit erfordert. ²⁾

Die Aufzählung solcher psychologisch bedingter Berufswahlmotive könnte weiter fortgesetzt werden, doch begnüge ich mich mit dem bis jetzt Gesagten und halte vorerst einmal fest, dass sie alle das Eine gemeinsam haben, wirtschaftliche Notwendigkeiten ausser acht zu lassen, und deshalb schwer berechenbare Faktoren auf dem Lehrstellenmarkt, in gewissem Sinne Störfaktoren sind.

Das Interesse der Lenkung dieses Marktes gebietet, dass diesen Störursachen möglichst entgegengewirkt wird. Dies kann geschehen, einmal durch eine Schulreform, die dahin geht, den Jugendlichen ein besseres Verständnis für die handwerklichen Berufe zu vermitteln. In dieser Richtung zielen die freiwilligen Handarbeitskurse für Knaben und die Vorlehrekurse an der Allgemeinen Gewerbeschule, wobei die letzteren ganz besonders geeignet sind, Vorurteile gegen Berufe des Handwerks und der Industrie zu beseitigen.

Neuerdings wird von gewerblicher Seite in der Institution des Fähigkeitsausweises ein neues Mittel empfohlen, mit Hilfe dessen gewisse Berufe anziehender gestaltet werden können. Dr. Gysler meint im bereits erwähnten Referat: "Muss es nicht eine lockende Aufgabe bedeuten, diesen Berufen durch eine zusätzliche Auslese in Gestalt des Fähigkeitsausweises wieder zu vermehrter Geltung zu verhelfen und ihnen auf diesem Wege die fortdauernde Jungerhaltung zu sichern?" ³⁾ Es liegt mir ferne, an dieser Stelle den Fähigkeitsausweis einer Betrachtung zu unterziehen, doch sei immerhin bemerkt, wenn nur die hier beleuchtete Seite des Fähigkeitsausweises zur Diskussion stünde, so wäre es ein Leichtes, dieser Institution die Zustimmung zu geben.

1) Gysler, Das Nachwuchsproblem im Gewerbe, Gewerbliches Jahrbuch 1943 (Bern 1943) S. 193 f.

2) vgl. auch Marbach, Theorie des Mittelstandes (Bern 1942) S. 373 ff.

3) Gysler, a.a.O. S. 192.

Wohl die wichtigste Aufgabe und die grössten Wirkungen hat aber unzweifelhaft die Berufsberatung. Sie vermag, die Neigung und Eignung des einzelnen Menschen bestmöglich zu erkennen und sie mit den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen. Die Arbeit der Berufsberater beginnt indess schon lange vor der individuellen Beratung, der Berufsberatung im engeren Sinn, nämlich dort, wo sie die Oeffentlichkeit über Berufsfragen aufzuklären hat. Hier gilt es anzusetzen, sollen die im Volke herrschenden Vorurteile gegen gewisse Gewerbe zerstreut und den Mangelberufen genügend Nachwuchs zugeführt werden. Aus Zweckmässigkeitsgründen ist deshalb der Berufsberatung meist die Lehrstellenvermittlung angeschlossen und den Berufsberatern damit die Möglichkeit gegeben, in engster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft den Nachwuchs in die richtigen Bahnen zu lenken.

Es kann im Rahmen dieser Arbeit davon Umgang genommen werden, die allgemeinen Probleme der Berufswahl und der Berufsberatung näher zu behandeln. Die diesbezügliche Literatur ist bereits ungeheuer gross. Ich möchte nur auf zwei Arbeiten hinweisen, die sich mit diesem Thema beschäftigen; die eine ist die bereits genannte von Luick, die andere ist eine Dissertation von Adolf Liechti "Probleme des Berufs, der Berufswahl und der Berufsberatung" (Zürich 1932).

Das Berufsberatungswesen hat in der ganzen Schweiz einen erfreulichen Aufschwung genommen. In Basel besteht eine Berufsberatungsstelle seit dem Jahre 1907.

2. Kapitel: Der Lehrlingslohn.

I. Geschichtlicher Rückblick.

1. Das Lehrgeld.

Das Lehrgeldnehmen hat seine einstige Bedeutung fast gänzlich eingebüßt und spielt heute im Rahmen des gesamten Lehrlingswesens eine so kleine Rolle, dass es nur mit einigen kurzen Worten gestreift werden muss. Insbesondere ist interessant festzustellen, in welcher relativ kurzen Zeit diese gesellschaftlich nicht unbedeutende Einrichtung hat verschwinden können, um dem Lehrlingslohn in seiner heutigen Form Platz zu machen. Die Entwicklung stellt ein Stück Wirtschaftsgeschichte dar und öffnet auch den Blick auf die stark veränderte Wirtschaftsgesinnung, die eine Folge des Kapitalismus ist. Während nämlich in früheren Jahren die Eltern bereit waren, einen ansehnlichen Betrag zu bezahlen, damit ihr Sohn von einem Handwerksmeister zu einem tüchtigen Berufsmann ausgebildet würde, verlangen sie heute vom Lehrmeister eine Entschädigung für die vom Lehrling geleistete Arbeit.

Halten wir an dieser Stelle lediglich fest, dass das Lehrgeld

1. als Entschädigung für die gebotene Berufsbildung und die damit zusammenhängenden Kosten und Mühen des Lehrmeisters und
2. als Gegenleistung für Kost und Logis anzusehen war.

Immerhin war das Lehrgeld nicht so hoch bemessen, dass es sämtliche Kosten des Lehrherrn gedeckt hätte und dass man hätte sagen können, die vom Lehrling geleistete Arbeit sei zu 100% Gratarbeit zu Gunsten des Meisters. Vielmehr lag dem Lehrgeld noch eine dritte Funktion zu Grunde, nämlich diejenige der Vertragssicherung. Durch ein meist im voraus zu bezahlendes Lehrgeld sollte dem leichtfertigen Vertragsbruch von seiten des Lehrlings entgegengewirkt werden.

Heute wird nur noch in einzelnen Berufen Lehrgeld verlangt, so für die Koch-, die Conditoren- und die Bäcker-Pâtissier-Lehrlinge, wobei aber meist vom Lehrherrn Kost und Logis geboten werden.

2. Der Lehrlingslohn.

Welche Umstände haben zum raschen Verschwinden der Sitte des Lehrgeldnehmens beigetragen?

Als wichtigster Grund ist die Tatsache zu nennen, dass in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts von der aufstrebenden Industrie eine grosse Anziehungskraft auf die Jugend ausgegangen ist, weil den Jugendlichen dort ein Verdienst in Aussicht gestellt war. Die Folge war, dass sich immer weniger junge Leute für eine Handwerkslehre interessierten, für welche noch ein Lehrgeld zu bezahlen war. So gingen denn einzelne Meister von der Sitte des Lehrgeldnehmens ab und richteten an die Lehrlinge sogar eine kleine Entschädigung aus.

Sodann hat die rasch fortschreitende Spezialisierung der Berufe mitgeholfen, das Lehrgeld zu verdrängen. Der Lehrgang des einzelnen Berufes wurde einfacher, der Lehrling konnte rascher die Arbeit eines ausge-

lernten Arbeiters verrichten, so dass es nur in Ordnung war, wenn er, statt Lehrgeld zu bezahlen, eine Entschädigung für seine Arbeit entgegennehmen konnte.

Hinzu kommt, dass sich eine veränderte Einstellung zum Handwerk als solchem offenbarte, die sich schliesslich in einer offenen Abneigung gegenüber dieser "minderwertigen" Betätigung manifestierte. Sombart, der diesen Problemen seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat,¹⁾ ist zum Schluss gekommen, dass die Hauptursache für die Veränderung im allgemeinen Niedergang des Handwerks zu suchen sei, dass "das Niveau der Gesellschaftsschichten, aus denen sich der Nachwuchs für das Handwerk rekrutierte, im allgemeinen die Tendenz zum Sinken" aufwies,²⁾ was zur Folge hatte, dass die meisten Eltern, die ihre Jungen noch in die Lehre gaben, kein Lehrgeld bezahlen wollten, sondern verlangten, dass diese möglichst bald etwas zum Lebensunterhalt der Familie beitrügen. Sombart hat dabei wohl in erster Linie die Verhältnisse in Deutschland im Auge gehabt, doch ist es in der Schweiz keineswegs anders gewesen, höchstens dass die Entwicklung etwas später eingetreten ist als in Deutschland. Dies geht insbesondere aus dem Bericht des Schweizerischen Gewerbevereins über seine diesbezüglichen Untersuchungen hervor, der unter dem Titel "Die Förderung der Berufslehre beim Meister" erschienen ist.³⁾

Nicht unwesentlich für die Ersetzung des Lehrgeldes durch den Lehrlohn war schliesslich auch die Tatsache, dass zufolge der veränderten Mentalität und der Verdrängung des Handwerks aus seiner einstmalig beherrschenden Stellung auch die althergebrachte Familientradition der Handwerksmeister abzubröckeln begann. Darunter litt auch der Lehrling, der aus der Hausgemeinschaft der Lehrherren verdrängt wurde. Somit mussten die Eltern für Unterkunft und Verköstigung aufkommen und fühlten sich daher weit weniger verpflichtet, ein Lehrgeld zu bezahlen, als früher.

Die Situation war während geraumer Zeit reichlich verworren, da weder starke Berufsverbände vorhanden waren, noch der Staat das Recht zum Einschreiten zu haben glaubte. Die Leidtragenden waren in sehr vielen Fällen die Lehrlinge. Denn nun kam die Kehrseite zum Vorschein. Die Lehrmeister fühlten sich auch nicht mehr moralisch verpflichtet, für eine gute Berufsausbildung zu sorgen; der Lehrling wurde als Handlanger ausgenützt, mit einer geringfügigen oder, was ebenso häufig war, mit keiner Entschädigung abgefertigt. Der Lehrvertragsbruch war an der Tagesordnung.

Ich möchte diesen Abschnitt nicht schliessen, ohne eine interessante Stimme, die sich mit den schweizerischen Verhältnissen um 1880 befasst und die in vorzüglicher Weise der damals herrschenden Unsicherheit zu begegnen gesucht hat, zu zitieren:

"Ueber die Bestimmung des Lehrgeldes oder Lehrlohnes sollen Vorschriften erlassen werden. Die ernste Pflichterfüllung in der Einschulung eines Lehrlings und in dessen Ueberwachung verlangt in den meisten Fällen vom Meister eine Mühe, eine Einbusse von Zeit und Arbeitsmaterial, namentlich in der ersten Zeit der Lehre, dass eine Entschädigung hiefür als billig anerkannt werden muss. Sie wird sich je nach den Gebräuchen des Handwerks oder Ortes höher oder niedriger stellen, aber unter allen Umständen dem Bruche des Lehrvertrages ein materielles Interesse entgegensetzen. Steigt im Verlaufe der Lehre die Leistungsfähigkeit, so gereicht es dagegen dem Lehrherrn

1) Der moderne Kapitalismus Bd. 2 (Leipzig 1902) S. 566-584.

2) a.a.O. S. 577.

3) Gewerbliche Zeitfragen Heft 11 (Zürich 1895),

nur zum Nutzen, wenn er des Lehrlings Fleiss und Arbeitskraft durch einen mit den Leistungen Schritt haltenden kleinen Wochenlohn aufmuntert. Mit umso mehr Freude wird derselbe dann seine Obliegenheiten erfüllen, da ihm eine solche Anerkennung von Seite des Meisters davon Zeugnis gibt, dass nicht Eigennutz dessen Handeln regiert, sondern dass er Fleiss und Tüchtigkeit zu würdigen weiss." ¹⁾

Dieser Meinungsäusserung kommt umso mehr Gewicht zu, als es sich um eine vom Schweizerischen Gewerbeverein veranlasste und prämierte Preisschrift handelt. Sie zeigt auch mit aller Deutlichkeit den Wandel der Gesinnung auf, der die am Berufsbildungswesen interessierten Kreise in jener Zeit erfasste, so wird nicht mehr durchwegs am althergebrachten Lehrgeld festgehalten, aber auch noch nicht bedingungslos der Lehrlingslohn befürwortet.

Die Unsicherheit in der Stellungnahme zur Frage Lehrgeld oder Lehrlingslohn lässt sich bis ins jetzige Jahrhundert hinein verfolgen, nicht zuletzt in einigen Aeusserungen verschiedener Behörden. Durchaus in Ordnung ist die Vorschrift des Basler Gesetzes betr. das Lehrlingswesen vom 14. Juni 1906, die im Lehrvertrag "die beidseitigen Vergütungen" festgehalten haben will. ²⁾

Ganz ähnlichen Inhalts ist Art. 7 lit. f des Bundesgesetzes von 1930. In zwei weiteren Artikeln wird ausdrücklich vorgeschrieben, ³⁾ dass für Ferien und die Zeit des Schulbesuches kein Lohnabzug vorgenommen werden darf. Etwas eigenartig mutet dagegen der Art. 4 Abs. 1 der Verordnung I an, der folgenden Wortlaut hat:

"Die Dauer der Lehrzeit richtet sich in erster Linie nach dem Ziele der Ausbildung und den Anforderungen des Berufes; ferner ist die Höhe des Lehrgeldes bzw. des den Lehrlingen ausgerichteten Lohnes zu berücksichtigen."

Von gleichem Geist zeugt folgender in der Botschaft des Bundesrates zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung enthaltene Abschnitt:

"Die Gegenleistung des Lehrlings für die Ausbildung, die ihm zuteil wird, bestand früher meist in einem Lehrgeld. Ein solches ist nun aber je länger je weniger üblich. Fällt es weg, so ist als Gegenleistung des Lehrlings nur noch seine Arbeit anzusehen. Häufig erhält er für diese sogar noch einen kleinen Lohn." ⁴⁾

II. Heutige Situation.

1. Unterschiedliche Beurteilung des Lohnanspruches.

Bevor wir auf die konkrete Situation bei den Lehrlingen eingehen, wollen wir uns mit einigen grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen. Aus Diskussionen mit Meistern, Arbeitern, Gewerkschaftssekretären und staat-

1) Hug, Das gewerbliche Lehrlingswesen, Preisschrift, (Winterthur 1881) S. 34.

2) § 10 lit. e.

3) Art. 14 Abs. 2, Art. 15 Abs. 1.

4) Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1928, Bundesblatt Jg. 80, Bd. 2 S. 746.

lichen Beamten geht hervor, dass man sich über die Gestaltung des Lehrlingslohnes nicht völlig im Klaren ist. Differenzen sind nicht nur in der Stellungnahme von Betriebsinhabern und Arbeitern vorhanden, die Meinungen wechseln sogar von Gewerkschaft zu Gewerkschaft und vom einen Arbeitgeberverband zum andern.

Was ist überhaupt der Lehrlingslohn? Ist er ein Lohn im üblichen Sinne? Hat der Lehrling einen Rechtsanspruch auf eine Entschädigung, die ihm gestattet, für den Lebensunterhalt selbst aufzukommen? Diese Frage muss wohl verneint werden; die Begründung ergibt sich aus dem Zweck des Lehrverhältnisses selbst. Der Lehrvertrag verpflichtet in erster Linie den Betriebsinhaber und Lehrmeister zur Vermittlung einer umfassenden Berufsausbildung und nicht zur Bezahlung eines Lohnes. Die Beschäftigung im Stücklohn ist deshalb auch nur zulässig, soweit sie die Ausbildung des Lehrlings nicht beeinträchtigt. Und wenn sich aus den Leistungen des Lehrlings an der Lehrabschlussprüfung ergibt, dass er ohne eigenes Verschulden ungenügend ausgebildet worden ist, ist der Lehrmeister zu Schadenersatz verpflichtet.¹⁾ Die Ausrichtung einer Entschädigung erscheint in diesem Lichte gesehen nicht unbedingt gerechtfertigt, ja es stellt sich die Frage, ob der Verzicht auf ein Lehrgeld nicht schon ein grosses Opfer für den Lehrmeister bedeutet.

Bei der ganzen Diskussion spielen naturgemäss auch berufliche Verschiedenheiten eine Rolle, doch kristallisieren sich einige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten heraus:

Eine dauernde niedere Entschädigung der Lehrlinge befürworten jene, welche im Lehrverhältnis in erster Linie das Moment der Berufsausbildung, der Schulung, der Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit und nicht so sehr das Arbeitsverhältnis und den Verdienst betont wissen möchten. Sie weisen mit Recht darauf hin, wie stark gerade auch die psychologische und erzieherische Wirkung ist, die von einem in dieser Weise verstandenen Lehrverhältnis ausgeht, indem dem Lehrling stets vor Augen gehalten wird, dass er sich erst im Stadium der Entwicklung zum Vollarbeiter befindet und deshalb alle seine Kräfte auf die Erlernung seines Berufes konzentrieren muss, wobei die Höhe des Lehrlohnes keine Rolle zu spielen hat. Eine nur bescheidene Vergütung ist wirtschaftlich gesehen überall dort am Platze, wo es sich um einen schwer zu erlernenden Beruf handelt, wo ein Lehrling eine Belastung für den Betrieb bedeutet, da er nicht nur viel Zeit zur Instruktion in Anspruch nimmt, sondern auch durch Verschleiss an Material Mehrkosten verursacht. Immerhin wird sich auch hier im Verlaufe der Lehrzeit eine bescheidene Aufbesserung verantworten lassen.

Ein im Rahmen des Vernünftigen gehaltener, relativ hoher Lehrlingslohn bildet sicher einen vermehrten Anreiz zur Erlernung eines Berufes und schwächt die Versuchung ab, welche die hohen Löhne gewisser Kategorien jugendlicher Hilfsarbeiter im Stadium der Berufswahl darstellen. Vollerorts wird ein hoher Lehrlingslohn schon im ersten Lehrjahr dem tatsächlichen produktiven Beitrag des Lehrlings entsprechen. Die dem Lehrling zustehende Vergütung darf jedenfalls nicht ausbleiben vom Moment an, wo vollwertige Arbeit geleistet wird, was bei leicht zu erlernenden und auf ein enges Spezialgebiet beschränkten Berufen sehr rasch der Fall ist. Eine Entschädigung, die über das normale Mass hinausgeht, birgt hingegen die grosse Gefahr in sich, dass der Betriebsinhaber glaubt das Recht zu besitzen, die berufliche Ausbildung des Lehrlings zu Gunsten einer höheren Arbeitsleistung zu vernachlässigen.

1) Bundesgesetz Art. 16.

2. Hauptmerkmal: bescheidene Entschädigung der Lehrlinge.

Zweierlei fällt bei der Betrachtung der Lehrlingslöhne auf: erstens die mit wenigen Ausnahmen sehr niedrigen Vergütungen und zweitens die erstaunliche Stabilität der Ansätze.

Stundenlöhne von 10, 12, 18 Rp. im ersten Lehrjahr sind noch heute keine Seltenheit. Mir scheint, dass der Beitrag des Lehrlings an den Betriebserfolg - abgesehen von den ersten Wochen und Monaten der Lehrzeit - so gross ist, dass er eine höhere Entschädigung für seine Arbeitsleistung beanspruchen darf. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Berufsschulen bei ihrem derzeitigen Stand dem Lehrling schon zu Beginn der Lehrzeit so viele praktische Kenntnisse vermitteln (Werkstattunterricht an der Allg. Gewerbeschule, kaufmännische Berufsschule), dass er nicht als unproduktives Glied der Belegschaft angesehen werden kann. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen - und die vielen Fälle von Lehrlingszüchtereien beweisen es -, dass der Lehrling vielerorts nicht so sehr als Belastung des Betriebes, denn vielmehr als billige Arbeitskraft gilt.

Zum zweiten erstaunt die stiefmütterliche Behandlung der Lehrlinge bei der Anpassung der Löhne an die jeweiligen Lebenshaltungskosten. Hier wird erneut klar, dass es sich beim Lehrlingslohn eigentlich gar nicht um einen Lohn handelt, auf welchen ein Rechtsanspruch geltend gemacht werden kann, sondern im Grunde genommen um eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers und Lehrmeisters. Nicht nur sind die Ansätze in den letzten zwanzig Jahren konstant geblieben - der Kaufmännische Verein befürwortet in den Jahren des zweiten Weltkrieges noch wie im Jahre 1927 Mindestlohnansätze von Fr. 40.-, 60.-, 80.- entsprechend der Dauer der Lehrzeit¹⁾ -, sondern man nahm auch in den wenigsten Gewerben von der starken Steigerung der Lebenshaltungskosten während der letzten Kriegsjahre Kenntnis. Nur vereinzelt wurden bescheidene Teuerungszulagen gewährt, die jedoch die Teuerung nicht annähernd ausglich.

3. Niedere Löhne nach der Lehre.

Den verhältnismässig niedrigen Lehrlingslöhnen entsprechen die geringen Anfangslöhne, welche die frisch aus der Lehre getretenen Arbeiter und Angestellten erhalten. Dies trifft auch für die Gewerbe mit Gesamtarbeitsvertrag zu, wobei zudem festzustellen ist, dass Basel gegenüber anderen Schweizerstädten, soweit ein Vergleich möglich ist, durch besonders kleine Anfangslöhne auffällt. Als besonders typische Beispiele können die Minimallohnansätze für ledige Arbeiter in Elektro-Installations- und Schlossergewerbe gelten.²⁾

1) Erst im Herbst 1946 wurden diese Ansätze auf Fr. 60.-, 80.-, 100.- erhöht.

2) Die Volkswirtschaft Juni 1943 S. 149 und 151, Juni 1946 S. 254 f.

	Basel		Zürich	
	Okt. 1939	April 1946	Okt. 1939	April 1946
Elektroinstallateure				
im 1. Jahr nach der Lehre	- .90	1.55	1.25	2. --
" 2. " " " "	1.33	1.98	1.35	2.10
" 3. " " " "	1.48	2.13	1.55	2.30
" 4. " " " "	1.63	2.28	1.75	2.45
" 5. " " " "	1.73	2.38	- .--	- .--
Schlosser				
im 1. Jahr nach der Lehre	- .90	1.75	1.30	1.95
" 2. " " " "	1.38	2.03	1.40	2.05
" 3. " " " "	1.49	2.14	- .--	2.15
" 4. " " " "	1.55	2.20	- .--	- .--
nach dem 4. Jahr	1.66	2.31	- .--	- .--

Berücksichtigt man im ersten Beispiel auch die Differenz von 7 bzw. 17 Rp., die in den Lohnansätzen für das 3. Jahr zwischen Zürich und Basel besteht, die von verschiedenen gestalteten Lebenshaltungskosten und anderen nicht wirtschaftlich bedingten Faktoren abhängt, so bleibt noch immer ein Restbetrag von Fr. -.28 als Unterschied für den Minimallohn im ersten Jahr nach der Lehre.

Eine gewisse Abstufung ist durchaus gerechtfertigt, umsomehr als der gelernte Arbeiter meist sehr rasch, d.h. nach 3-4 Jahren den maximalen Lohn erreichen kann. Zudem wäre es psychologisch verfehlt, dem oft noch minderjährigen den Höchstlohn eines gelernten Arbeiters auszurichten. Es ist auch denkbar, dass diese Regelung getroffen worden ist, um den Unterschied zwischen der bescheidenen Lehrlingsentschädigung und dem Lohn des gelernten Berufsarbeiters nicht allzu krass werden zu lassen. Eine solche Differenz könnte auch niemals einen Vergleich mit den Leistungen standhalten.

Vielfach wird die Abstufung auch so gerechtfertigt, dass man erklärt, dem frisch aus der Lehre Entlassenen fehle die Erfahrung in Dingen des Berufes, er sei niemals einem älteren Arbeiter gleichzustellen. Diese Erklärung leuchtet ein, denn längere Praxis bringt immer eine Leistungsverbesserung. Weniger verständlich ist aber der grosse Sprung, den die Lohnskala vom ersten zum zweiten Jahre nach der Lehre macht. Soll die berufliche Tüchtigkeit im Verlaufe dieses einen Jahres derart gestiegen sein? Wohl kaum.

Der Grund für diese Regelung ist also noch anderswo zu suchen. Die Wanderzeit, "die Walz", der Handwerksburschen ist verschwunden. Der Lehrling ist deshalb darauf angewiesen, nach der Lehre möglichst rasch eine Beschäftigung zu finden. Doch ist dies nicht immer sehr einfach, und war es vor allem nicht zur Zeit des Abschlusses der Gesamtarbeitsverträge im Basler Bau-, Holz- und Metallgewerbe. Der bescheidene Lohn im ersten Jahr nach der Lehre bietet daher einen Anreiz, den Arbeiter

nach abgeschlossener Lehre im Betrieb zu behalten. Damit ist ihm, obwohl er einen niedrigen Lohn erhält, mehr gedient, als wenn er unter Umständen während längerer Zeit keine Arbeit findet. Rückwirkend auf die Lehrzeit kann die Weiterbeschäftigung im Betrieb insofern von gutem sein, als sich der Betriebsinhaber mit mehr Interesse für die berufliche Ausbildung des Lehrlings einsetzt, als er dies tun würde, wenn er annehmen muss, dass dieser seinen Betrieb sofort nach der Lehre verlassen wird.

Soweit das Dafür und Dawider. Wie die Verhältnisse bei den Schlossern, aber auch in anderen Berufen, zeigen, geht die Entwicklung in der Richtung einer Verbesserung der Situation der jungen Berufsarbeiter. Ob dies allerdings nur ein Ausdruck der allgemein feststellbaren Nivellierung der Löhne ist, bleibt dahingestellt.

III. Notwendigkeit und Möglichkeiten der Besserstellung der Lehrlinge.

1. Notwendigkeit.

Aus dem bis jetzt Dargelegten lässt sich leicht die Notwendigkeit einer Reform des bisherigen Systems der Lehrlingslöhne herauslesen. Eine durchgreifende Aenderung ist vonnöten, da eine grosse Schicht unserer Bevölkerung, die auf den Verdienst ihrer Kinder angewiesen ist, den Ausfall nicht tragen kann, der dann entsteht, wenn eines oder mehrere dieser Kinder eine Berufslehre absolvieren, während welcher sie nur ganz geringe Entschädigungen erhalten. Aus diesen Verhältnissen heraus werden die jungen Leute vielfach gezwungen, einen ungelerten Beruf zu ergreifen, der ihnen momentan einen grösseren Verdienst einbringt. Dass damit zahlreiche befähigte Jugendliche für die gelernten Berufe verloren gehen und die Gefahr des Nachwuchsmangels akut werden kann, liegt auf der Hand.

Um diesem Uebel zu begegnen, unternimmt man heute allerdings Schritte, die nicht unbedingt zu begrüßen sind. In immer kürzeren Intervallen ertönt der Ruf nach verbesserten Stipendiengesetzen und vermehrten Leistungen des Staates, dem vielfach Folge gegeben wird. So lange die Stipendiengelder zu Gunsten der Mittel- und Hochschüler aller Bevölkerungsschichten verwendet werden sollen, oder zur beruflichen Weiterbildung nach der Lehre, können wir uns damit einverstanden erklären und setzen uns auch für vermehrte Leistungen ein. Denn mit den heutigen Stipendienbeiträgen ist es Söhnen und Töchtern aus untern Einkommenschichten nur unter ganz ungeheuren Opfern möglich, sich einem Studium zu widmen. Wenn aber der hier vorgeschlagene Weg beschritten wird, lassen sich bei den Lehrlingsstipendien Mittel einsparen, die an andern Orten eingesetzt zusammen mit den bisherigen Leistungen erst eine wirkliche Hilfe bedeuten werden.

Denn wenn allein auf dem Gebiete der handwerklichen und kaufmännischen Berufe all jenen geholfen werden sollte, die der Hilfe dringend bedürfen, müssten ganz andere Summen bereitgestellt werden, soll das Stipendium nicht nur ein Tropfen auf einen heissen Stein sein. Die soziale Unsicherheit, das Uebel unserer Zeit, bleibt weiterhin bestehen und lastet auf der Arbeiterfamilie, deren Sohn einen gelernten Beruf ergreifen will. Diese Unsicherheit kann weder durch Stipendien, denen trotz gegenteiligen Beteuerungen noch immer der Geruch des Almosens anhaftet, noch durch Unterstützungen irgendwelcher Art behoben werden. Eine wirkliche und dauernde Hilfe bildet nur ein angemessener Lehrlingslohn, der nicht nur,

wie wir gesehen haben, wirtschaftlich gerechtfertigt ist, sondern auch von jeglichem Unterstützungscharakter frei ist. Auf diese Leistung hat der Lehrling während seiner ganzen, 3 - 4-jährigen Lehrzeit Anspruch, der Familienvater kann deshalb disponieren, während er beim Stipendium nie sicher ist, ob er es auch weiterhin zugesprochen erhält. Ein wesentlicher Faktor der Unsicherheit könnte durch die Lehrlingsentschädigung eliminiert werden. Noch ist auch der Familienschutz nicht vollends realisiert, die Idee des Familienlohnes und der Kinderzulagen sind noch nicht Allgemeingut geworden. Sogar diese Kinderzulagen verlören etwas von ihrer Dringlichkeit, sobald sich sämtliche Arbeitgeber zur Bezahlung einer den Leistungen des Lehrlings entsprechenden Entschädigung herbeiliessen.

Neben den bisherigen Einwänden gegen das Stipendienwesen, die vor allem sozialer und moralischer Art sind, machen sich aber auch finanzpolitische Bedenken geltend. Wo führt das hin, wenn der Staat auch noch den Unterhalt der gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge bestreiten soll? Der in der Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt 1945 für Stipendien an Lehrlinge eingesetzte Posten beträgt Fr. 25'000.-. Mit diesen Geldern kann keine wirksame Hilfe geleistet werden, so lange der Betrag nicht um ein Vielfaches erhöht wird.

Das Stipendium beträgt im Durchschnitt Fr. 350.- für eine dreijährige Lehrzeit. Auf die Arbeitszeit des Lehrlings umgerechnet ergibt dies bei 48 Stunden Arbeit pro Woche einen Betrag von Fr.-.05 per Stunde. Man muss sich deshalb unwillkürlich fragen, ob es nicht das Naheliegendste wäre, dass an Stelle des Fiskus derjenige zu einer Leistung an den Lehrling herangezogen wird, der auch den direkten Nutzen aus dessen Arbeit zieht, nämlich der Betriebsinhaber. Wenn dieser dem Lehrling eine Entschädigung ausrichtet, die nur 5 Rp. über dem jetzigen Ansatz liegt, dann wird es, sofern man die gegenwärtige Stipendienleistung als genügend erachtet, nicht mehr nötig sein, dass die Allgemeinheit für den Lehrlingslohn über den Umweg der Stipendien aufkommen muss.

Abgesehen von einigen Ausnahmen wird man sich der Notwendigkeit einer Besserstellung der Lehrlinge nicht mehr weiter verschliessen können. Der gangbarste Weg dazu führt über einen ausreichenden Lehrlingslohn. Die Erfüllung dieser Forderung bringt indirekt den weiteren Vorteil, dass die Berufslehre natürlich gefördert wird und nicht künstlich über das Stipendienwesen ermöglicht werden muss.¹⁾

Welche Möglichkeiten uns offen stehen, diesem Postulat zur Verwirklichung zu verhelfen, wird in den folgenden Abschnitten dargelegt.

2. Möglichkeiten.

a. Stärkere Progression der Lohnsätze.

Als primäre Forderung muss diejenige nach einem progressiv stärker steigenden Lehrlingslohn ausgesprochen werden. Weder eine dauernd niedrige Entschädigung, noch eine solche, die vom ersten Tag der Lehre an sehr hoch bemessen ist, wird den tatsächlichen Leistungen des Lehrlings entsprechen. Hingegen ist anzunehmen, dass bei Berufen mit durchschnittlichem Schwierigkeitsgrad die Fähigkeiten des Lehrlings im Verlaufe der Lehrzeit derart steigen, dass eine gewisse Anpassung des Lohnes gerecht-

1) Zu den Fragen des Stipendienwesens vgl. Gnehm, Hans R., Berufslehrstipendien und ihre Wirkung auf die berufliche Ausbildung (Diss. Basel 1944).

fertigt ist. Diesem Umstand hat man auch bis heute schon Rechnung getragen, doch ist die Progression der Lohnsätze unseres Erachtens zu gering und entspricht in keiner Weise dem produktiven Beitrag des Lehrlings. Und seien es auch nur Hilfsarbeiten, die der Lehrling ausführt, ein Hilfsarbeiter, der bei Fehlen eines Lehrlings eingestellt werden müsste, würde wohl kaum für 20 - 30 Rp. pro Stunde arbeiten. Es genügt nicht, wenn der Stundenlohn des Lehrlings von Jahr zu Jahr um 10 Rp. erhöht wird, oder, um es anders auszudrücken, wenn die Erhöhung vom 1. zum 2. Lehrjahr 50%, vom 2. zum 3. nur 33%, vom 3. zum 4. Jahr nur noch 25% des zuletzt empfangenen Lohnes beträgt. Unser Vorschlag geht im Gegenteil dahin, dass bei einer Aufbesserung von 50% im 2. Jahr, diese im 3. und 4. Lehrjahr eben 55% oder 60% sein sollte, in gewissen Berufen sogar 75%. Es lassen sich hier keine generellen Normen aufstellen; eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Berufe ist gerechtfertigt. Auch ist zu berücksichtigen, ob drei- oder vierjährige Lehrzeiten vorliegen. Im zweiten Fall wird die Progression weniger rasch eintreten dürfen als bei einer kürzeren Dauer des Lehrverhältnisses. Zu beachten ist aber auch der Ausgangspunkt der Lohnskala. Bei hohen Lehrlingslöhnen im 1. Lehrjahr würde eine 75-prozentige Steigerung vielleicht bereits den Lohn des ausgelernten Arbeiters überschreiten. Aus diesen Gründen sehe ich von einem Beispiel ab, da es leicht absolut aufgefasst werden und zu Missverständnissen führen könnte.

Es wird nun Aufgabe der nächsten Abschnitte sein, aufzuzeigen, mit welchen Mitteln solchermassen verbesserte Löhne durchgesetzt und die Bedingungen für sämtliche Lehrlinge des gleichen Berufes vereinheitlicht werden könnten.

b. Richtlinien der Berufsverbände.

Eine erste Massnahme zur Einflussnahme auf die Gestaltung der Lehrlingslöhne liegt im Erlass von Verbandsrichtlinien. Dieses Mittel ist das einfachste, zugleich aber auch das unverbindlichste und damit das am wenigsten Erfolg versprechende. Es handelt sich dabei darum, dass entweder Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder oder Arbeitnehmerorganisationen zuhänden der Lehrmeister einen Lehrlingslohn empfehlen, den sie als Normal- oder Minimallohn bezeichnen. Die Richtlinien sind aber nicht mehr als blosser Empfehlung, die den Betriebsinhabern als wertvolles Hilfsmittel beim nicht immer leichten Entscheid über die Höhe der Lehrlingsentschädigung dienen können. Gerade diejenigen Firmen, die erstmals einen Lehrling einstellen, sind dankbar für einen solchen Hinweis und werden sich erfahrungsgemäss grösstenteils an die Richtlinien des betreffenden Verbandes halten. Es ist festzuhalten, dass keinerlei gesetzliche Zwangsmittel angewendet werden können, diesen Richtsätzen Nachachtung zu verschaffen.

Es ist naturgemäss sehr schwierig, die Einhaltung von Richtlinien zu kontrollieren. Umso beachtenswerter ist das Ergebnis einer Enquête des Gewerbeinspektorates Basel-Stadt, die im Oktober 1945 die Löhne der kaufmännischen Lehrlinge erfasst hat. An dieser Stelle interessiert uns weniger der Lohn des einzelnen Lehrlings, der beispielsweise im 1. Lehrjahr zwischen Fr. 25.- und Fr. 100.-, im 3. Lehrjahr noch zwischen Fr. 50.- und Fr. 200.- schwankt, sondern wir wollen das Ergebnis der Enquête auf die Einhaltung oder Nichtbefolgung der im kaufmännischen Beruf geltenden Richtlinien für Lehrlingslöhne prüfen. Der Kaufmännische Verein gelangt seit vielen Jahren mit der Empfehlung an die Firmeninhaber,

dem Lehrling im ersten Lehrjahr Fr. 40.-, im zweiten Fr. 60.- und im dritten Fr. 80.- zu bezahlen. Aus der Enquête ergibt sich folgende Situation:

von insgesamt 321 Firmen entlöhnen ihre kaufmännischen Lehrlinge			
im	1. Lehrjahr	2. Lehrjahr	3. Lehrjahr
unter den Richtlinien	10 %	17,8 %	20,3 %
gemäss den Richtlinien	48,3 %	44,8 %	45,2 %
über den Richtlinien	41,7 %	37,4 %	34,5 %

Wohl das Hervorstechendste an diesen Zahlen ist die Tatsache, dass bei steigenden Ansätzen, d.h. im zweiten und dritten Lehrjahr, die Zahl derjenigen Firmen steigt, die mit ihren Lohnzahlungen unter den Richtlinien des Kaufmännischen Vereins bleiben. Andererseits ist anzuerkennen, dass ein relativ hoher Prozentsatz von Betriebsinhabern einen höheren als den von den Richtlinien verlangten Lohn bezahlt.

Allgemeingültige Schlüsse in bezug auf die Nützlichkeit solcher Richtlinien lassen sich nicht ziehen. Denn wie liesse sich feststellen, ob ohne Richtlinien höhere oder niedrigere Lehrlingslöhne bezahlt würden? Eine gewisse Bedeutung kann ihnen trotzdem nicht abgesprochen werden, denn in der Praxis zeigt sich immer wieder, dass zahlreiche Lehrmeister viel bescheidenere Löhne zu zahlen beabsichtigen, und dass sie dann nach einer Intervention von seiten des Berufsverbandes ihre Einstellung ändern. Der Erfolg solcher Massnahmen, die vollkommen auf Freiwilligkeit beruhen, hängt infolgedessen weitgehend vom psychologisch klugen Vorgehen der Verbandsorgane ab. Das ist vielleicht das Unbefriedigende an dieser Einrichtung und lässt es reichlich zweifelhaft erscheinen, ob nach neuen Gesichtspunkten aufgestellte, höhere und progressiv steigende Lehrlingslöhne auf diesem Weg durchgesetzt werden können.

c. Durch Gesamtarbeitsvertrag festgesetzte Mindestlöhne.

Schon einmal im Verlauf dieser Arbeit haben wir Gelegenheit gehabt, uns mit dem Gesamtarbeitsvertrag auseinanderzusetzen. Die Voraussetzungen zu einer Diskussion sind diesmal aber weit bessere, da die Regelung der Lohnsätze die eigentliche und ursprüngliche Domäne des Gesamtarbeitsvertrages ist.

Besteht eine Notwendigkeit, die Lehrlingslöhne gesamtarbeitsvertraglich zu vereinbaren, und wenn ja, wie lässt sie sich begründen? Ich glaube, dass auf Grund des bisher Ausgeführten unter Würdigung aller Umstände nurmehr zwei wirksame Möglichkeiten zur Beseitigung des festgestellten unbefriedigenden Zustandes offen bleiben: entweder schliessen die Berufsverbände zwingende Vereinbarungen ab, die als Bestandteil in die Gesamtarbeitsverträge aufgenommen werden, oder aber der Staat übernimmt es, auf dem Verordnungswege Mindestlöhne für Lehrlinge festzulegen.

Der Vorteil einer gesamtarbeitsvertraglichen Regelung leuchtet wohl jedem ein, der die Gefahr des Staatsinterventionismus kennt. Die Ansätze, die auf Grund von gemeinsamen Verhandlungen gefunden werden, kommen den Bedürfnissen der Vertragspartner am nächsten, haben gegenüber den Verbandsrichtlinien den unbedingten Vorteil, dass sie nicht einseitig dekretiert sind und können unter Umständen einen grösseren Kreis von Arbeitgebern verpflichten, ja es kann sogar erreicht werden, dass für ein ganzes Gewerbe gleiche Bedingungen geschaffen werden. Im Moment, wo die Lehrlingslöhne in den Gesamtarbeitsvertrag aufgenommen sind, besteht ferner die Möglichkeit der Kontrolle durch das Einigungsamt, was

in all jenen Gewerben einen ganz grossen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet, die noch keine gesamtarbeitsvertraglich geregelten Lehrlingslöhne besitzen.

Die Voraussetzungen zu einem derartigen Schritt wären demnach denkbar gute. Wie kommt es nun aber, dass nur eine kleine Zahl der Gesamtarbeitsverträge Mindestlohnbestimmungen für Lehrlinge enthalten? In Basel waren es Ende August 1946 nur 11 der insgesamt ca. 90 bestehenden Verträge; in der ganzen Schweiz nur 50 von den ca. 800 durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit gesichteten Verträge.¹⁾ Der Hauptgrund ist erwiesenermassen in der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, insbesondere der vielen Kleinmeister zu suchen, die den Lehrvertrag stets als persönliche Angelegenheit zwischen sich und dem Lehrling betrachten und deshalb jede Einmischung von anderer Seite ablehnen. Wir begegnen dieser Mentalität schon verschiedentlich, so insbesondere bei den Vorbereitungen für das erste Basler Lehrlingsgesetz und später bei dessen Durchführung.

Man wird sich vielleicht fragen, weshalb in diesem Fall die Gewerkschaften nicht diese Forderungen im Verlaufe von Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen erkämpft haben. Haben sie sich überhaupt für die Einbeziehung der Mindestlohnbestimmungen für Lehrlinge eingesetzt? Ist der Vorwurf berechtigt, den man hie und da hört, die Lehrlinge seien von den Gewerkschaften im Stich gelassen worden, weil man bei Wahlen und Abstimmungen noch nicht mit ihren Stimmen rechnen kann? Der Verdacht scheint nicht ganz unbegründet zu sein. Dass dieses politische Moment aber nicht in allen Gewerkschaften ausschlaggebend gewesen ist, darf wohl angenommen werden und wird in all jenen Gewerkschaften nicht der Fall gewesen sein, die de facto nicht an die Politik irgend einer Partei gebunden waren, und an deren Spitze Leute standen, die sich die Verfechtung der Interessen aller Arbeitnehmer - und zu diesen zählen wir auch die Lehrlinge - zum Ziel gesetzt haben.

Auf diesem Weg kommen wir der Beantwortung der Frage nicht näher. Wir müssen uns vielmehr vergegenwärtigen, dass viele der Gesamtarbeitsverträge in einer Zeit stärkster Krise und grosser Arbeitslosigkeit abgeschlossen worden sind. Die Stellung der Arbeitnehmerverbände war deshalb nicht gleich gefestigt, wie sie es in Zeiten guter Konjunktur ist, wo der Arbeitgeber unter dem Druck des Mangels an Arbeitskräften bereit ist, weit mehr Konzessionen zu machen, als er es in Krisenzeiten täte. Der Wagen, mit welchem die Gewerkschaften zu den Verhandlungen fuhren, war voll mit Forderungen beladen, ja es fanden sich sogar Mindestlohnbestimmungen für Lehrlinge darauf. Leider musste angesichts des holprigen Weges (lies Krise) verschiedenes weniger dringlich Erscheinende ausgeladen werden, worunter sich dann auch alle die Lehrlinge betreffenden Postulate befanden. Man konnte dies mit umso besserem Gewissen tun, als man gewiss war, dass die gesetzlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeitnehmer und insbesondere für Lehrlinge vorzüglich ausgebaut waren. So unterblieb trotz viel guten Willens auf Seite der Gewerkschaften die Aufnahme der Lehrlingslöhne in die Gesamtarbeitsverträge. Eine Ausnahme, die die Regel bestätigt, bildet der Vertrag des Allg. Consumvereins beider Basel, in welchem die Löhne der Lehrlinge im Bürodienst und der Verkäuferinnenlehrtöchter schon seit 1930 in vorbildlicher Weise geregelt sind.

1) Die Volkswirtschaft, Sept. 1946 S. 380.

In Deutschland enthielten hingegen schon im Jahre 1923 3/4 aller Lohnabkommen und Tarifverträge eine Regelung der Entlohnung für Lehrlinge, (Reichsarbeitsblatt 1923 Nr. 11 S. 223* ff).

Es ist nun interessant zu erfahren, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen die Bestimmungen über die Lehrlingslöhne in den einzelnen Gewerben in den Gesamtarbeitsvertrag aufgenommen worden sind. Bezeichnend ist in dieser Beziehung das Beispiel des Elektro-Installationsgewerbes. Dort gelang es im Verlaufe von Verhandlungen, in welchen die Vorortszulagen an die Arbeitnehmer fallen gelassen wurden, quasi als Gegenleistung der Arbeitgeber die Bestimmungen über das Lehrlingswesen in die Verträge hineinzubringen. Eine gesamtarbeitsvertragliche Regelung des Lehrlingswesens hat sich auch im Gipsergewerbe aus verschiedenen Gründen aufgedrängt. Einmal hatten Kontrollen des Einigungsamtes ergeben, dass geradezu unhaltbare Zustände herrschten, indem nicht nur eine übersetzte Zahl von Lehrlingen beschäftigt wurde, sondern dass vielfach noch vor der Lehre ein 3 - 4-jähriges Handlangerverhältnis verlangt wurde, was zur Folge hatte, dass sich keine Basler mehr zu einer Lehre im Gipsergewerbe entschlossen.¹⁾ Zum andern ist zu beachten, dass bei den Gipsern häufig auch ältere Arbeiter ein Lehrverhältnis einzugehen pflegten. Aus diesem Grunde sind auch heute noch die Lehrlingslöhne nicht nur nach der Anzahl der Lehrjahre, sondern auch nach dem Alter des Lehrlings abgestuft, so dass z.B. im ersten Lehrjahr ein 21-jähriger Lehrling Fr. 1.33 Stundenlohn erhält gegenüber Fr. -.72, die der 16-jährige erhält.

Bei den meisten Verträgen handelt es sich aber um solche neueren Datums, wobei es nicht Zufall ist, dass u.a. die Hafner, Spengler und Gipser zu den ersten Gewerben gehören, die in ihren Gesamtarbeitsverträgen Lehrlingslöhne aufgenommen haben; denn vielfach herrscht in diesen Berufen noch ein starkes Zunftbewusstsein, welches solche Massnahmen erleichtert. Bei den Hafnern handelt es sich im übrigen um ein sehr kleines Gewerbe. Die Spengler haben sich seit jeher durch besondere Anstrengungen zur Förderung ihres Berufsnachwuchses ausgezeichnet.

Die jüngsten Verträge zeugen von einer erfreulichen Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der jugendlichen Arbeitnehmer. So stösst man nicht nur immer häufiger auf Minimallohnbestimmungen für Lehrlinge, sondern, was ebenso wichtig ist, auf vorzüglich geregelte Hilfsarbeiter- und Ausläuferlöhne. Aus der untenstehenden Aufstellung ist das Datum der Verträge und damit die grosse Häufigkeit der modernen Gesamtarbeitsverträge ersichtlich.

1. Gesamtarbeitsvertrag zwischen dem ACV und dem Verein der Angestellten des ACV beider Basel vom 7. Februar 1930.
2. Vereinbarung im Gipsergewerbe vom 21. Juli 1937.
3. Kollektiver Arbeitsvertrag der Bell A.G. für das Filialverkaufspersonal vom 22. Oktober 1937.
4. Gesamtarbeitsvertrag für das Hafnergewerbe vom 20. April 1938.
5. Gesamtarbeitsvertrag für das Tapezierer-Decorateurgewerbe vom 7. Dezember 1939.
6. Ergänzung zum Gesamtarbeitsvertrag für das Spengler- und Sanitär-Installationsgewerbe (vom 13. September 1938) vom 30. Mai 1940.
7. Vereinbarung über das Lehrlingswesen im Elektro-Installationsgewerbe vom 7. Oktober 1940.
8. Gesamtarbeitsvertrag für das Autogewerbe vom 19. Mai 1942.
9. Gesamtarbeitsvertrag für den Zahntechnikerberuf vom 14. Nov. 1944.

1) vgl. Kantonsblatt 1937 / II. Sem. S. 65.

10. Gesamtarbeitsvertrag für das schweizerische Brauereigewerbe vom 1. April 1946.
11. Vereinbarung betr. Arbeits- und Gehaltsverhältnisse des Personals der Lebensmittelbranche vom 20. Mai 1946.¹⁾

Nach der Art der bezahlten Löhne unterscheiden sich diese Verträge wie folgt:

Ein Jahresgehalt ist festgesetzt für die Lehrlinge des Bürodienstes des ACV, Monatslöhne erhalten die Verkäuferinnen und die Brauerlehrlinge. Die Lehrlinge des Hafner- und des Tapezierer-Decorateurgewerbes erhalten Wochenlöhne, und die Verträge der übrigen Berufe sehen Stundenlöhne vor.

Es ist zu erhoffen, es dringe immer mehr die Erkenntnis durch, dass auch die Lehrlingslöhne in den Gesamtarbeitsverträge aufgenommen werden müssen, und dass es für den betreffenden Vertrag keine Belastung bedeutet, wenn er solche Bestimmungen enthält. Insbesondere ist die Aufnahme der Lehrlingslöhne in den Gesamtarbeitsvertrag für die kaufmännischen Angestellten anzustreben, was beim ersten Vertrag dieser Art aus begreiflichen Gründen hat unterbleiben müssen.

Ich bin mir der Schwierigkeiten voll bewusst, die der raschen Verwirklichung dieses Postulates entgegenstehen. Einmal bedeutet die Einbeziehung der Lehrlingslöhne in den Gesamtarbeitsvertrag, wobei unserer Forderung entsprechend eine Erhöhung der Ansätze vorgenommen werden müsste, so lange eine Erschwerung der Konkurrenzbedingungen des betreffenden Gewerbes unseres kleinen Stadtkantons, als nicht auch gesamtschweizerisch eine entsprechende Massnahme getroffen wird. Bereits früher habe ich auf die Unmöglichkeit einer sozialen Wirtschaftspolitik eines einzelnen Kantons hingewiesen.

Daneben sind aber noch andere Hindernisse zu überwinden, die nicht wirtschaftsbedingt sind. Ein Faktor, der nicht zu unterschätzen ist, ist das traditionale Denken der Betriebsinhaber, und zwar nicht nur der Handwerksmeister, sondern auch der Inhaber von Handelsbetrieben. Ihrem Empfinden ist es zutiefst zuwider, wenn sie zugeben müssen, dass ihr Verhältnis zum Lehrling durch einen Gesamtarbeitsvertrag berührt wird, und gar noch, wenn es sich um die Festsetzung des Lehrlingslohnes handelt. Fehlende Tradition ist es auch, neben anderen Gründen, weshalb die Gewerkschaften, an denen es läge, beim Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen für eine bessere Berücksichtigung der Lehrlinge einzutreten, dies nicht tun.

d. Staatlich normierte Mindestlöhne.

Eine letzte Möglichkeit, der unbefriedigenden Situation in bezug auf die Lehrlingslöhne Herr zu werden, stellt das Mittel der staatlich normierten Mindestlöhne dar. Grundsätzlich sollte jedoch von dieser Lösung nur Gebrauch gemacht werden, wenn eine gesamtarbeitsvertragliche Regelung nicht erreicht werden kann, also insbesondere in Berufen, für die der Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages nicht möglich ist, oder aber in solchen, die wohl einen Vertrag besitzen, aber ohne Mindestansätze für Lehrlingslöhne.

1) Es besteht ferner ein Reglement betr. die Heranbildung von Einlegerinnen in Buchdruckereien vom 15. Sept. 1938. Ü.a. sind darin auch die zu bezahlenden Mindestwochenlöhne festgelegt.

Die Problematik eines solchen Vorgehens ist offensichtlich. Wer stellt die staatlichen Mindestnormen auf? Ist es nicht so, dass die Lohngestaltung noch weiter verpolitisiert wird, d.h. dass die jeweils stärkste Partei diktieren wird, dass man deshalb unter Umständen mit extremen Lösungen rechnen muss, die aus wirtschaftlichen Gründen einfach nicht tragbar sind? Im übrigen bieten sich naturgemäss weitere Schwierigkeiten, denen man bei jeder staatlichen Festsetzung von Lohnsätzen begegnen wird; wenn sie auch für die Lehrlingslöhne nicht in jeder Beziehung so gross sind, da diese nicht eine derartige Vielgestaltigkeit aufweisen wie die Arbeiterlöhne. Die Bedenken, welche Amonn mit voller Berechtigung in bezug auf staatlich normierte Mindestlöhne ganz allgemein äussert, können nicht in vollem Umfang für die gesetzliche Normierung von Lehrlingslöhnen Geltung haben. Er schreibt:¹⁾ "Eine gesetzliche Einflussnahme auf die Bestimmung der Lohnhöhe ist in effektiver und wunschgemässer Weise schon deshalb schwer möglich, weil die Gesetzgebung sich weder an die verschiedenartigen konkrete Sachlage in den verschiedenen einzelnen Fällen anpassen kann, noch den Veränderungen in der Sachlage, die die Entwicklung oft in rascher Folge hervorbringt, zu folgen vermag."

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass die Höhe der Lehrlingslöhne über lange Zeiträume konstant bleibt, dass ferner nicht verschiedene Kategorien von Lehrlingen desselben Berufes zu unterscheiden sind und dass nur eine Abstufung nach den einzelnen Lehrjahren vorgenommen werden muss. In dieser Beziehung läge also eine gewisse Vereinfachung vor gegenüber den Arbeiter- und Angestelltenlöhnen, die eine solche Regelung eher durchführbar erscheinen liesse.

Wie aber wäre eine Kontrolle zu handhaben, will man nicht die gesamte Wirtschaft in die Hände des Staates spielen? Wie steht es mit den rechtlichen Grundlagen? Solche und ähnliche Fragen tauchen auf und lassen es uns als angezeigt erscheinen, den Weg der staatlich normierten Mindestlöhne immer als eine Notlösung zu betrachten, den man, wenn immer möglich, nicht einschlagen soll.²⁾

Aus den bisherigen Ausführungen muss hervorgehen, dass das Lehrverhältnis eine äusserst komplexe Angelegenheit ist. Es ist anders zu beurteilen als der gewöhnliche Dienstvertrag. Denn nicht nur geht der gesetzliche Schutz über den üblichen zu Gunsten jugendlicher Arbeiter hinaus, sondern der Lehrvertrag begründet neben der Arbeitsverpflichtung des Lehrlings eine Verpflichtung des Lehrmeisters zu sachgemässer Ausbildung des ihm anvertrauten Jugendlichen. Aus dieser Doppelgesichtigkeit entstehen immer wieder Diskussionen, und die grundlegenden Differenzen auf dem Gebiet des Lehrlingswesens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entspringen dieser Zwiespältigkeit. Jede Ausbildung erfolgt durch Arbeitsleistung des Lehrlings, nur dass diese systematisch immer neue Aufgaben umfassen soll; auf diese Arbeitsleistung muss jeder Lehrmeister entscheidenden Wert legen und sie entsprechend entschädigen, das ist der Standpunkt der Arbeitnehmer. Die Berufsbildung muss unter erzieherischen Gesichtspunkten losgelöst von jeglichem Erwerbsgedanken durchge-

1) Amonn, Das Lohnproblem, 2. Aufl. (Bern 1945) S. 58.

2) Im Kanton Basel-Stadt kam im Frühjahr 1946 eine Jugendschutzinitiative zustande, die rund 10'000 Unterschriften trägt. Sie enthält u.a. in Punkt 4 die Forderung: "Gesetzlich normierte Mindestlöhne, sofern solche nicht durch Gesamtarbeitsverträge festgelegt sind." Eine Stellungnahme der Regierung liegt bei Abschluss dieser Arbeit noch nicht vor.

führt werden, es soll der Entseelung der Arbeit begegnet werden, so argumentieren die Arbeitgeber und implizieren die Lossprechung von jeder Verpflichtung zur Bezahlung eines der Arbeitsleistung des Lehrlings entsprechenden Lohnes.

Die beste Lösung liegt wohl, wie überall, so auch hier, in der Mitte. Die Gefahr besteht tatsächlich, dass die Berufslehre ihrer eigentlichen Aufgabe verlustig geht, weil sich der Erwerbsgedanke zu sehr in den Vordergrund drängt. Der Verfasser ist sich auch bewusst, dass er mit seinen Ausführungen über den Lehrlingslohn einer solchen Tendenz Vorschub leistet. Doch muss betont werden, dass in erster Linie der Klarheit wegen darauf verzichtet worden ist, dem ethischen Moment den ihm eigentlich zukommenden Platz einzuräumen. Ich sehe meine Hauptaufgabe darin, die oekonomische Situation zu beleuchten. Es muss nun aber gesagt werden, dass dort, wo auch heute noch das Meister-Lehrlingsverhältnis im alten patriarchalischen Stil vorherrscht, die Lehrlingsentschädigung eine ganz andere Bedeutung hat als etwa in grossen Gewerbebetrieben, wo dieses Verhältnis sehr unpersönlich geworden ist. Der Lehrlingslohn ist dort ein Taschengeld, das je nach Leistung verabfolgt und entsprechend auch erhöht wird. In diesen besonderen Fällen übernimmt nun aber der Lehrmeister auch die Erziehung des ihm anvertrauten Jungen, der damit zu einem Glied der Familie des Meisters wird. Sicher wäre es ideal, wenn dies überall so gehandhabt würde, wenn die Eltern auf die höhere Lehrlingsentschädigung verzichten könnten und mehr Wert auf die Erziehung ihrer Kinder legten. Doch wie die Dinge nun einmal liegen, ist es so, dass in weiten Kreisen der Sinn für diese Werte verloren gegangen oder aber die Familie zu sehr auf den Verdienst des Lehrlings angewiesen ist. Wenn nun aber weder das Eine noch das Andere, d.h. weder eine Berufslehre, in welcher der Lehrling zugleich erzogen wird, noch eine den Leistungen angemessene Entschädigung geboten wird, dann liegt unseres Erachtens Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft vor.

Schlussbemerkungen.

Am Schluss dieser Arbeit können wir feststellen, dass trotz der Beschränkung auf einen verhältnismässig engen Zeitraum sich ein Einblick in drei sehr verschiedene Epochen des Berufsbildungswesens ergeben hat. In einer ersten, welche bis weit ins 19. Jahrhundert hineinreicht, war das Lehrlingswesen eine Angelegenheit der Zünfte und damit öffentlich-rechtlich geregelt. In einer zweiten, die seit der Bundesverfassung von 1848 durch die Geltung des Grundsatzes der Gewerbefreiheit gekennzeichnet ist, schied das Lehrverhältnis relativ früh aus der öffentlich-rechtlichen Regelung aus und wurde zu einer rein privatrechtlichen Angelegenheit zwischen Lehrmeister und Lehrling. In der dritten ging die Entwicklung unter dem Eindruck der schlechten Erfahrung, die man mit der uneingeschränkten Freiheit hatte machen müssen, auf eine wesentlich staatliche Regelung des Lehrlingswesens hin, wenn auch die Berufsstände, wie etwa im Handwerk, immer noch einen bedeutenden Einfluss auszuüben vermögen.

Die Beschränkung auf das Gebiet des Kantons Basel-Stadt hat zu einigen interessanten Feststellungen geführt. Bei der geographischen Lage des Kantons muss berücksichtigt werden, dass die Entwicklung des Berufsbildungswesens nicht unbeeinflusst von derjenigen des an ihn grenzenden Auslandes hat vor sich gehen können. Speziell aus der badischen Nachbarschaft, die anerkanntermassen lange eine hervorragend fortschrittliche Stellung auf diesem Gebiet eingenommen hat, sind wertvolle Anregungen zu uns gekommen. Andererseits stellen sich für den sozial aufgeschlossenen Stadtkanton in der neueren Zeit schwerwiegende wirtschaftliche Probleme. Diese ergeben sich aus den an die Betriebe gestellten hohen Anforderungen, wodurch vielfach die Konkurrenzbedingungen der städtischen Gewerbebetriebe erschwert worden sind. Manches - oft unverständliche - Zögern unserer Behörden muss, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, gerechtfertigt erscheinen. Aus diesem Grunde kann das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 26. Juni 1930 in Basel als grosser Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand gewertet werden. Allerdings sind auch durch dieses Gesetz nicht alle Schwierigkeiten behoben worden, da es sich ausschliesslich mit der Berufsausbildung befasst und die Regelung des Lehrlingsschutzes den Kantonen überlässt. Wir sind hier auf Probleme gestossen, die jenen nicht unähnlich sind, welche sich aus der Durchführung kantonaler Gesamtarbeitsverträge und sonstiger auf ein Kantonsgebiet beschränkter Sozialmassnahmen ergeben haben.

So können wir feststellen, dass wir trotz der Beschränkung auf das räumlich eng begrenzte Gebiet unseres Stadtkantons auf die ganze Vielfalt der mit dieser Materie zusammenhängenden Probleme gestossen sind.

An dieser Stelle sei auch versucht, den Standort der Gegenstandes dieser Abhandlung innerhalb des Systems der Wirtschaftswissenschaft zu finden. Wie in der Einleitung bereits ausgeführt worden ist, sind unter dem Lehrlingswesen die Gesamtheit aller derjenigen Massnahmen des Staates und der Gesellschaft verstanden, welche eine planmässige Lehrlingsausbildung sichern sollen. Die zentralen Probleme sind demnach die Ausbildung des Lehrlings und dessen Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Lehrling verkörpert einen Teil des Produktionsfaktors Arbeit; somit geht es im wesentlichen um die Verbesserung der Qualität dieses Produktionsfaktors. Diese soll durch die koordinierte Ausbildung in Betrieb und Berufsschule erreicht werden. Es kommt dieser Qualitätssteigerung in den

arbeitsintensiven Betrieben des Gewerbes eine ganz besondere Bedeutung zu, kann doch trotz gleichbleibender Menge an Arbeitskräften deren Ergiebigkeit unter anderem durch Verbesserung der beruflichen Ausbildung gehoben werden. Die Eigenart des Lehrverhältnisses verlangt aber weitere Massnahmen des Staates und der Gesellschaft, nämlich solche, die die Arbeitskraft des angehenden Berufsarbeiters vor übermässiger Beanspruchung schützen und eine frühzeitige Qualitätsverminderung infolge gesundheitlicher Schädigung verhindern sollen. Diese Vorkehren liegen auf einer anderen Ebene als die zur Verbesserung der Berufsausbildung zu treffenden. Bei diesen handelt es sich zur Hauptsache um solche wirtschaftspolitischer Art, wobei es im einzelnen um die Förderung des Gewerbes, der Industrie und des Handels geht. Beim Lehrlingsschutz dagegen stehen neben dem Arbeitsrecht auch Fragen der Sozialpolitik zur Diskussion. Die an der Berufsausbildung und am Lehrlingsschutz interessierten Kreise versuchen ihre Forderungen mit politischen Mitteln durchzusetzen. Denn es sind hier Widersprüche vorhanden zwischen den Meinungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. So hatte sich diese Arbeit auch mit den Geschehnissen auf diesem Gebiet zu befassen. Nicht zuletzt musste aber auch die jeweilige historische Situation betrachtet werden. Die Probleme stellen sich verschieden zur Zeit des Zunfthandwerks als zur Zeit der fortschreitenden Industrialisierung.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass man einer sehr komplexen Materie gegenübersteht, einer Fülle von Problemen wirtschaftspolitischer, juristischer, sozialpolitischer und pädagogischer Art. Eine genaue Einordnung dieser Abhandlung kann nicht vorgenommen werden, doch sei festgehalten, dass die beiden Hauptgebiete, in welchen sich die Arbeit bewegt, die Gewerbepolitik als Teil der Wirtschaftspolitik einerseits und die Sozialpolitik andererseits sind.

Noch einige Gedanken zur Berufsbildung: Wiederholt ist auf den vorangehenden Seiten von der Verantwortung die Rede gewesen, die der Betriebsinhaber bei der Berufsausbildung des Lehrlings trägt. Sie liegt nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern er darf auch in Anspruch nehmen, das Interesse der Gesamtwirtschaft an einem vorzüglichen Berufsnachwuchs am unmittelbarsten zu vertreten. Nun haben aber sowohl die Eltern als auch die Mitarbeiter des jungen Menschen ebenfalls eine verantwortungsvolle Aufgabe während der Dauer der Berufslehre. Den Eltern liegt es ob, für eine harmonische Charakterbildung und Erziehung besorgt zu sein; denn die Behauptung ist nicht abwegig, dass die charakterliche Bildung für das spätere Fortkommen als junger Berufsmann mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger ist, als die besten Berufskenntnisse.

Mit dem Abschluss der Lehre beginnt für viele junge Berufsleute die Spezialisierung und damit die Verkümmern vieler Fähigkeiten. Die Weiterbildung des Arbeiters, genauer gesagt die Ausbildung zum Vorarbeiter und Werkführer, ist vielfach noch sehr erschwert, da die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten diesem Zweck nicht voll entsprechen. Hier liegt noch ein grosses Tätigkeitsfeld für Wirtschaft und Gesellschaft; insbesondere sollte hier mit Stipendien nachgeholfen werden, um unter anderem den Besuch von Kursen und Schulen im Ausland zu erleichtern.

Nicht weniger gesetzgeberische und sozialfürsorgerische Arbeit bleibt auf dem Gebiet des Lehrlingsschutzes zu tun übrig. Wie bereits vermerkt, führen kantonale Massnahmen zu einer Erschwerung der Konkurrenzbedingungen der im betreffenden Kanton niedergelassenen Betriebe. Dem kann wohl nur durch ein für die ganze Schweiz geltendes Jugendschutzgesetz begegnet werden. Sein Inhalt sollte ungefähr den Forderungen der Basler Jugendschutzinitiative entsprechen, welche Ferien in der Dauer von

drei Wochen (18 Arbeitstage) verlangt, die Arbeitszeit inkl. Schulbesuch auf 44 Stunden pro Woche beschränkt u.ä.m. Vorderhand wird man aber die bestehenden Bestimmungen soweit als möglich zu erweitern versuchen und dabei neben den oben erwähnten Forderungen auch für eine bedingungslose Koalitionsfreiheit der Lehrlinge eintreten müssen, die bisher noch nicht gewährleistet ist.¹⁾ Zudem ist eine vermehrte Einbeziehung der Lehrlinge in die Gesamtarbeitsverträge anzustreben.

1) vgl. Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz betr. das Lehrlingswesen vom 13. April 1943, S. 12 ff.

Literaturverzeichnis

- Amonn, Alfred Das Lohnproblem. 2.Aufl. (Bern 1945)
- Bartholdi, Karl Gegenwartsfragen der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik. Vortrag. (Flawil 1932)
- Berufsberatung und Arbeitsmarkt. Vortrag. (Flawil 1933)
- Das Basler Schulwesen 1880-1930 hg. vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt. (Basel 1930)
- Die Bedeutung von Handwerk und Detailhandel im Gefüge der schweizerischen Volkswirtschaft (= Schriften des Schweiz. Gewerbeverbandes Nr. 7). (Bern 1938)
- Bendel, Heinrich Zur Frage der gewerblichen Erziehung in der Schweiz. (Winterthur 1883)
- Beuttner, Paul Sozialpolitische Strömungen in der heutigen Gewerbepolitik. (Weinfelden 1943)
- Brüschweiler, Carl Entwicklungstendenzen der Bevölkerung und die Berufsberatung, (in "Berufsberatung und Berufsbildung" Heft 3/4 1946)
- Bücher, Karl Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang. (Eisenach 1877)
- Burckhardt, Paul Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart. (Basel 1942)
- Burri, J. Die kaufmännische Berufsschule. (Zürich 1932)
- Entwurf eines Bundesgesetzes betr. Berufslehre und Berufsbildung (= Gewerbliche Zeitfragen Heft 28). (Bern 1918)
- Ergebnis der in den Sektionen des Schweiz. Gewerbevereins gemachten Erhebungen betr. das Lehrlingswesen und Gesellenwesen. (Zürich 1886)
- Erlasse betr. die berufliche Ausbildung und das Lehrlingswesen im Kanton Basel-Stadt hg. vom Gewerbe-Inspektorat Basel-Stadt. (Basel 1943)
- Fluri, Max Eine städtische Frauenarbeitsschule einst und jetzt. (Basel o.J.)
- Frauenfelder, G. Geschichte der gewerblichen Berufsbildung der Schweiz. (Luzern 1938)
- Gewerbliche Enquête III. Teil betr. die Gewerbegesetzgebung in der Schweiz. Bearbeitet von Dr. Fritz Göttisheim. (Basel 1883)
- Gewerbliches Jahrbuch (Bern 1943 ff.)
- Gilg, Annemarie Das Lehrlingsrecht im schweizerischen öffentlichen Recht. (Diss. iur. Zürich 1940)
- Gnehm, Hans R. Berufslehrstipendien und ihre Wirkung auf die berufliche Ausbildung. (Diss. Basel 1944)

- Göttisheim, Emil Der Basler Gewerbeverein während den ersten 25 Jahren seines Bestehens. (Basel 1892)
- Gsell, Emil Gewerbe und Rationalisierung. (SA aus der Festgabe für August Schirmer). (St.Gallen 1941)
- Gysin, Arnold Arbeitsrecht. (Zürich 1943)
- Haarmann, Gert. W. Die Eigenart des Konjunkturablaufes in verschiedenen Wirtschaftszweigen. (Jena 1940)
- Hedtstück, Heinrich Sozialpolitik des Kantons Basel-Stadt. (Diss. Basel 1936)
- Hygi, Camille Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit in Basel. (Diss. Basel 1918)
- Hug, Gottlieb Das gewerbliche Lehrlingswesen. Preisschrift. (Winterthur 1881)
- Jeangros, E. Meisterlehre und Gewerbeschule. (Bern 1937)
- Joss, Fritz Meisterlehre und Berufsschule. Referat. (Zürich o.J.)
- Jucker, E. Fördern Stipendien die berufliche Ausbildung? (in "Berufsberatung und Berufsbildung" Heft 9/10 1942)
- Kindlimann, W. Entwicklung des Lehrlingswesens im Schweizer Buchdruckgewerbe. (Basel 1940)
- Krebs, Werner Organisation und Ergebnisse der Lehrlingsprüfungen im In- und Auslande (= Gewerbliche Zeitfragen Heft 4). (Zürich 1888)
- Die Förderung der Berufslehre beim Meister (= Gewerbliche Zeitfragen Heft 11). (Zürich 1895)
- Liechti, Adolf Probleme des Berufs, der Berufswahl und der Berufsberatung. (Diss. Zürich 1932)
- Luick, Willy Der berufliche Nachwuchs in der Schweiz. (Diss. Bern 1929)
- Luppe Tarifverträge für Lehrlinge. (in "Reichsarbeitsblatt" Nr. 9 1923)
- Marbach, Fritz Theorie des Mittelstandes. (Bern 1942)
- Miaskowski, August von Die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel während der ersten hundert Jahre ihres Bestehens. (Basel 1877)
- Salin, Edgar Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit (in "Schweiz. Wirtschaftsfragen, Festgabe für Fritz Mangold"). (Basel 1941)
- Savoy, Emile L'apprentissage en Suisse. (Louvain 1910)
- Scherrer, Carl E. Ueber Wesen und Bestimmung des Handwerkers (= Schriften des Schweiz.Gewerbeverbandes Nr.13). (Bern 1940)
- Schmid, Adolf Die gewerblichen Lehrlingsprüfungen Basel-Stadt 1877-1927. (Basel 1929)

- Schmidlin, Wilhelm Ergebnisse der Beratungen in der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen über die Fortbildung der Handwerkslehrlinge. (Basel 1848)
- Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 10, 11 (Gutachten und Verhandlungen über das Lehrlingswesen in Deutschland). (Leipzig 1875)
- Siegfried, Ernst Entwicklung und Bedeutung der gewerblichen Berufsschule im Kanton Bern. (Diss. Bern 1936)
- Siegfried, Paul Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel von 1777-1926. (Basel 1927)
- Sombart, Werner Der moderne Kapitalismus Bd. I/II (Leipzig 1902), Bd. III (München & Leipzig 1927)
- von Steiger Die Hebung des inländischen Gewerbes. Referat. (Zürich 1879)
- Stocker, Otto Sind wir mit der Lehrlingsgesetzgebung auf dem rechten Weg? Vortrag. (Basel 1914)
- Die erzieherische und volkswirtschaftliche Bedeutung der Berufslehre (in "Schweiz. Pädag. Zeitschr." Heft 1/2 1917).
- Die Basler Vorlehrklassen. (Bern 1925)
- Strub, Walter Ist der obligatorische Werkstattunterricht an den Gewerbeschulen notwendig oder überflüssig? (Bern 1937)
- Tanner, Ernst Das Lehrlingswesen in der Schweiz (in "Festschrift 25 Jahre Schweiz. Verb. für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge"). (Zürich 1927)
- Tièche, A. Ueber gewerbliche und industrielle Berufsbildung. (Bern 1885)
- Tschudi, Hans Peter Privates und öffentliches Lehrlingsrecht. (Diss. iur. Basel 1936)
- Tschumi, H. Der Schweiz. Gewerbeverband. Festschrift. (Bern 1929)
- Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz. (Einsiedeln 1925)
- Vollbeschäftigung. Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik hg. vom Statist. Institut der Universität Oxford. (Bern 1946)
- Wege der Schule zum Beruf. Bericht der Arbeitstagung von Montreux April 1942. (Zürich 1942)

Varia

Sammlung der Gesetze und Beschlüsse für den Kanton Basel-Stadt (abgekürzt: Ges. Slg. BS)

Eidgenössische Gesetzessammlung. Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (abgekürzt AS)

Gesamtarbeitsverträge, für den Kanton Basel-Stadt geltende (gesammelt vom Ständigen Staatl. Einigungsamt Basel-Stadt)

Jahresberichte etc.

Bericht über die gewerblichen Lehrabschlussprüfungen Basel-Stadt.

Bericht über die schweiz. gewerblichen Lehrlingsprüfungen, die Förderung der Berufslehre, die Berufsbildung und die Lehrlingsfürsorge, hg. vom Schweiz. Gewerbeverband, 1889 ff.

Jahresbericht des Sekretariates für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung Basel 1907 ff.

Jahresbericht der Allgemeinen Gewerbeschule Basel 1888 ff.

Jahresbericht des Arbeiterbundes Basel 1911 ff.

Jahresbericht der Frauenarbeitsschule Basel 1879 ff.

Jahresbericht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt 1867 ff.

Jahresbericht des Kaufmännischen Vereins Basel 1862 ff.

Jahresbericht des Schweizerischen Gewerbeverbandes 1880 ff.

Staatsarchiv.

Handel und Gewerbe

Y 3	Sammlung der Handwerksartikel der Stadt 19. Jahrhundert.
Y 5	Abänderung der Verhältnisse der zünftigen Handwerke 1854-55
Y 6	Handwerksverordnung, Verordnung über das Meisterrecht
Y 7	Aufhebung der Bestimmungen über zünftige Handwerke 1871-1874
Y 14	Lehrlingswesen
Z 1	Gewerbe und Industrie

Erziehung

- B 33 Gewerbliche und industrielle Berufsbildung und deren Subventionierung durch den Bund 1870 ff.
- LL 12,5 Fortbildungsschule für Handwerker 1848
- LL 12 Lehrlingsschule der Zeichnungs- und Modellierschule 1881-87

Grossratsprotokoll 1863 ff.

Verwaltungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat 1875 ff.

Statistik.

Betriebszählung 1905, 1929, 1939.

Die Gewerbebetriebe im Kanton Basel-Stadt 1939 (= Mitteilungen des Statist. Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 63)

Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahreshefte hg. vom Statist. Amt des Kantons Basel-Stadt 1942 ff.

Zeitungen und Zeitschriften.

Basler Nachrichten, Jg. 1858-1860, 1880-1884

National-Zeitung (Schweizerischer Volksfreund aus Basel), Jg. 1854-1880, 1900-1910

Schweizerische Arbeitgeberzeitung, Zürich 1906 ff.

Schweizerische Gewerbezeitung, Bern 1884 ff.

Berufsberatung und Berufsbildung, Zürich 1916 ff.

Gewerkschaftliche Rundschau, Bern 1909 ff.

Die Volkswirtschaft, Bern 1928 ff.

Lebenslauf.

Am 12. Oktober 1920 wurde ich, Oswald Albert Franz Karli von Basel und von Zufikon (Aargau), als Sohn des Oswald und der Pauline Karli-Meienberg in Niederbipp (Bern) geboren. Ich besuchte die Primarschule und das Realgymnasium in Basel und erhielt im Frühjahr 1939 das eidgenössische Maturitätszeugnis. Im gleichen Jahr nahm ich das nationalökonomische Studium an der Universität Basel auf, das ich nach mehrfachen Unterbrechungen durch Militärdienstleistungen und Erwerbstätigkeit im Mai 1947 abschloss.

Ich hörte Vorlesungen und besuchte Seminarien der Herren Professoren Bonjour, Brogle, Furlan, Germann, Haab, Lewald, Mangold, Ritschl, Ruck, Salin, Simonius, Voechting und Wagner.

Die Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Professor E. Salin.

